Nr. 75. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 30. März 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts"

mit der illustrirten Sonntags-Beilage

„Die neue Welt".

Die Aenderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt haben, erfreuen sich des lebhaftesten Beifalls unseres Leserkreises.

Unsere

Literarische u. Volkswirthschaftliche Rundschau

werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des Inhalts unseres Blattes angesehen. Durch unsere

Unterhaltungs-Beilage

ist dem Unterhaltungsbedürfniß unserer Leser und Leserinnen in reichstem Maße Rechnung getragen worden. Wir beginnen in ihr am 1. April den Abdruck des spannenden, an erschütternden Konflikten reichen Romans

Ein alter Streit

von Wilhelmine von Hillern.

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für die Monate April, Mai u. Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 7487.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts".

Der Panama-Schreck

beherrscht das parlamentarische Leben in Frankreich. Die Zahl derer, die durch die Arton'schen „Papiere" belastet werden, beträgt mehr als 100, und die meisten derselben gehören oder gehörten der Deputirtenkammer und dem Senat an. Nun will aber die Staatsanwaltschaft und das Ministerium blos ein halbes Dutzend Abgeordnete verfolgen, und hat zunächst blos gegen drei Anklage erhoben, die merkwürdigerweise sämmtlich nicht Freunde des Ministeriums sind. Hiergegen bäumt sich die öffentliche Meinung auf, und die Regierung wird, falls sie dem Sturm Trotz bietet, ihn wohl kaum überdauern.

Wie die „Petite Republique" meldet, machen auch die beiden früheren Ministerpräsidenten: Bourgeois und Ribot, ihren Einfluß geltend, um die Angelegenheit zu vertuschen. „Man könne doch nicht die Hälfte des Parlaments entehren" — sollen sie gesagt haben.

Besser die Hälfte entehren, als das ganze Parlament und die ganze Republik.

Unter den Bestochenen, die das Ministerium schonen will, befindet sich Rouvier, ehemaliger Minister und sogar Ministerpräsident und fanatischer Sozialistenfresser, wie alle Spitzbuben. Die Sozialisten, die in der von der Kammer niedergesetzten Kommission durch Rouanet und Deville vertreten sind, werden ihn nicht entwischen lassen.

Ein anderer Sünder ist leider durch den Tod dem Strafrichter entzogen worden: der frühere Handelsminister und eine zeitlang Kammerpräsident Burdeau, ein ob seiner „antiken Tugend und Unbestechlichkeit gefeierter Held der Bourgeoisie, dem die dritte Republik ein öffentliches Leichenbegängniß bereitete. Gegen Burdeau, der auch der verunglückten internationalen Arbeiterschutz-Konferenz von Berlin (1890) angehörte, war schon früher die Anklage erhoben worden, er sei in den Panamaschwindel verwickelt, allein an dem gefestigten Ruf dieses Musters bürgerlicher Tugend prallte die Anklage ab. Unser Freund Gallus klärte uns schon vor Jahresfrist über den wahren Charakter des Biedermanns auf, der, ebenso wie sein Freund Barthou, von Arton 50 000 Frcs. erhalten und für die Panama-Millionendiebe förmlich den Schlepper gemacht hat. Sic transit gloria mundi!

* * *

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns unterm 28. d. M. das folgende über die Panama-Affaire:

Unglaublich, aber wahr! Das Kabinet Meline hat es gewagt, die zweite Panama-Untersuchung womöglich in noch empörenderer Weise zu vertuschen, als dies unter seinen opportunistischen Vorgängern in der ersten Panama-Untersuchung der Fall war. Es ist eine unerhörte Herausforderung an die Oeffentlichkeit, an das elementarste Rechtsgefühl, die notorischen großen Diebe unbehelligt zu lassen und vier arme Teufel als Sündenböcke herauszugreifen. Die 2 200 000 Franks, die Arton nach seiner vor Gericht abgegebenen Erklärung unter die Parlamentarier vertheilt hatte, wären also so gut wie ausschließlich in die Taschen verstorbener oder gegenwärtig nicht mehr dem Parlament angehörenden Panamisten gewandert und von den 187 gegenwärtigen Parlamentsmitgliedern (75 Deputirten und 62 Senatoren), die für die Panama-Anleihe gestimmt, wären blos vier der Bestechung dringend verdächtig, darunter obendrein drei Mitglieder der Kammer-Opposition und nur ein einziger obskurer ministerieller Senator! . . All die notorischen Vertuschungskniffe in der ersten Panama-Untersuchung, die jahrelange „Unauffindbarkeit" des Arton, der unter dem radikalen Ministerium wenige Tage nach dessen Regierungsantritt festgenommen werden konnte, die feststehenden Unterhandlungen der panamistenfreundlichen Minister Ribot und Loubet mit dem „unauffindbaren" Arton über die Auslieferung seines Checkbuches, — all' diese Machenschaften wären also von den opportunistischen Regierungsmännern auf die Gefahr ihrer politischen Entehrung begangen worden lediglich zu dem Zwecke, drei oppositionelle Abgeordnete und einen x-beliebigen Senator zu retten! . . . Die vom Kabinet Meline arrangirte Untersuchungsposse ist wirklich zu plump, um von irgend einem zurechnungsfähigen Menschen ernst genommen zu werden.

Die vier Sündenböcke sind: der regierungsfreundliche Senator Levrey, dessen Existenz erst seit gestern dem Publikum bekannt wird; Alfred Naquet, Senator zu den Panamazeiten und einer der hervorragendsten Führer der boulangistischen Bewegung, Abgeordneter seit 1889 und Mitglied der linksradikalen Fraktion; Henry Maret, radikaler Abgeordneter und Chefredakteur des Oppositionsblattes „Radikal"; Antide Boyer, sozialistischer Abgeordneter von Marseille. — Der Entehrungsversuch des panamistenfreundlichen Ministeriums gegen Boyer ist besonders infam. Boyer's Beziehungen zu Arton haben mit der Panama-Korruption nichts zu thun. Das wurde bereits wiederholt festgestellt: einmal vor der parlamentarischen Untersuchungskommission in der Panama-Affäre (1892—1893), dann in der ersten gerichtlichen Panama-Untersuchung und in zwei Schwurgerichts-Verhandlungen. Boyer hatte ein volles Jahr nach dem Votum über die Panama-Anleihe in einer momentanen Geldverlegenheit bei Arton 3000 Franks gegen einen regelrechten Wechsel entliehen, und zwar durch die Vermittelung eines Kollegen, namens Barbe, da Boyer bis dahin Arton garnicht kannte. Die Schuld wurde von Boyer der Verabredung gemäß in monatlichen Raten zurückgezahlt, wie das durch die auf der Rückseite des Wechsels verzeichneten Quittungen bestätigt wird. Die Rückzahlungen belaufen sich auf 1800 Franks und haben erst mit der Flucht Arton's aufgehört. . . . Noch mehr, eine Stunde vor Einbringung des Verfolgungsantrages in der Kammer wurde Boyer auf seinen eigenen Wunsch vom Untersuchungsrichter vernommen, wobei dieser ihm erklärte, es lägen gegen ihn keine belastenden Beweise vor; zu gleicher Zeit aber verlangte der Ober-Staatsanwalt (procureur général), das unmittelbare Werkzeug des Justizministers, die Aufhebung der Immunität Boyer's! Dieser Sachverhalt, von Boyer in der gestrigen Nachtsitzung der Kammer dargelegt, machte den tiefsten Eindruck. Der sozialistische Abgeordnete wurde von allen Seiten mit Sympathiebezeugungen überhäuft. — Daß er für die Panama-Anleihe gestimmt hat, erklärt sich hinlänglich aus dem Umstand, daß die von ihm vertretene Hafenstadt an der Durchstechung des Panama-Kanals in hervorragender Weise interessirt war. Aus demselben Grunde hat der andere sozialistische Abgeordnete von Marseille, der Dichter Clovis Hugues, für die Panama-Anleihe gestimmt. Und man weiß jetzt, daß der freche Panamisten-Retter, Justizminister Darlan, nahe daran war, auch Clovis Hugues in den Verfolgungsantrag aufnehmen zu lassen. . . .

Die Entrüstung über den schändlichen Ausgang des politisch wichtigsten, weil gegen die aktiven Parlamentarier gerichteten Theils der Untersuchung ist um so gewaltiger, als man ziemlich allgemein die „staatsmännischen" Eigenschaften der Herren Darlan und Meline unterschätzt oder je nachdem überschätzt hatte. Der schlimmste Feind des Ministeriums konnte nicht den Gedanken fassen, daß die seit 1892 am politischen Körper Frankreichs zehrende Eiterbeule des Panamismus zum zweiten Mal unaufgeschnitten bleiben soll, und das unter viel erschwerenderen Umständen als 1892—1893, da man keinen Arton und keine Arton-Checkbücher unter der Hand hatte.

Die Stimmung der Kammermehrheit gegen das korrupte Ministerium machte sich Luft in der Wahl der mit der Berathung über den Verfolgungsantrag betrauten Kommission. Die sonst so erprobte Regierungsmehrheit schmolz plötzlich zusammen und es wurde eine oppositionelle Mehrheit in die elfgliedrige Kommission gewählt, darunter die Sozialisten Gabriel Deville und Rouanet. Die Folge davon war, daß die Kommission vor allem die Mittheilung der Untersuchungsakte verlangte. Da trat aber etwas ein, was die Regierung um den letzten Rest auch ihres äußeren Ehrbarkeitsscheins gebracht hat. Nach vielem Hin- und Herreden erklärte der Justizminister in der Kommission und dann in der Kammer, der Untersuchungsrichter, der in seinen Entschlüssen vollkommen „unabhängig" (!!!) sei, willige zwar in die Auslieferung „einiger" Akte ein, aber — man errathe! — der Schriftführer sei verreist und habe den Schlüssel vom Aktenschrank mitgenommen! . . . Unnütz zu sagen, daß Darlan, der um 6 Uhr abends vom Verlangen der Kommission unterrichtet war, bis zur Wiederaufnahme der Kammersitzung um 10 Uhr abends mehr als genug Zeit hatte, um den Schriftführer nebst dem Schlüssel nach Paris zurückzuschaffen. Der Schriftführer wohnt nämlich in Charenton bei Paris, wohin es rasche Fahrgelegenheiten per Bahn und Dampfschiff mehrere Mal in der Stunde giebt. Der „Schlüsselstreich", wie die Blätter den possenhaften Kniff des Justizministers nennen, erweckte den allzu begründeten Verdacht, daß es sich um die Absicht handle, gewisse Dokumente aus den Untersuchungsakten zu entfernen. Ein sozialistischer Abgeordneter sprach diesen Verdacht in der Kammer rund heraus. Ist es doch in den letzten Tagen bekannt geworden, daß die erdrückenden Belastungsdokumente gegen die Großpanamisten, beigebracht von Charles de Lesseps, dem ehemaligen Verwaltungsraths-Mitglied der Panamagesellschaft, aus den Akten der ersten Panama-Untersuchung verschwunden waren.

Der ehrliche Theil der Oeffentlichkeit hatte, wie es sich nun herausstellt, allzu große Hoffnungen auf den guten Ruf des Untersuchungsrichters Le Poitevin gesetzt. Dessen richterliches Gewissen hat sich gegen die ihm aufgedrungene unsaubere Arbeit nur so weit aufgebäumt, um einen Augenblick seine Demission anzubieten. Er parirte aber Ordre bis zuletzt, den Beweis liefernd, daß es in der entwürdigten Klassen- und Parteijustiz der Bourgeoisrepublik keine weißen Raben giebt.

Eine gründliche Reinigung des Augiasstalles der Korruption konnte man füglich von einem Kabinet Meline und von einem Justizminister Darlan, der als Kommissions-Berichterstatter den David Raynal, den Urheber der „verbrecherischen" Eisenbahn-Verträge reingewaschen und in seinem gegenwärtigen Amte die Untersuchung gegen die opportunistischen Phosphatschwindler von Algerien hatte vertuschen lassen, nicht erwarten. Ebenso leicht hätte sich Münchhausen beim eigenen Schopfe aus dem Sumpfe emporziehen können, in welchem er bis zum Halse steckte. Die von Darlan geleitete „Reinigungsarbeit" übersteigt aber denn doch allzu sehr das Maß des selbst einer panamistenfreundlichen Regierung Erlaubten. Es ist ein politisch-juristischer Skandal, der noch viel ärger ist als der politisch-finanzielle Panama-Skandal.

Dieser Eindruck spiegelt sich selbst in einigen gescheidteren ministeriellen Preßorganen wieder, die nun mit einem Mal auch ihrerseits „volles Licht" verlangen. Die Regierung hat eben zu viel retten wollen — das ist ihr Pech. Sie steht nun entwürdigt, wie auf frischer That ertappt da.

Ob aber dieses Verhältniß parlamentarisch im Sturze des Ministeriums seinen logischen Ausdruck finden wird, erscheint noch immer zweifelhaft. Die geretteten Panamisten haben ein dringendes persönliches Interesse an der Erhaltung ihrer Retter am Ruder. Und die nichtpanamistischen Regierungstruppen sind durch ein „höheres" Partei-Interesse gezwungen, sich zu passiven Mitschuldigen des Kabinets zu machen.

* * *

Die Telegraphen-Bureaus melden folgendes über die Weiterentwickelung der Panama-Affäre:

In der Angelegenheit Arton hat die Kommission einstimmig beschlossen, die nachgesuchte Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung einzelner Deputirten zu ertheilen.

Aus den Erklärungen des Untersuchungsrichters Poittevin vor der Immunitätskommission geht hervor, daß demnächst noch 3 bis 4 neue Auslieferungsansuchen eingebracht werden sollen.

Naquet telegraphirte an die Kommission und an den Staatsanwalt von London aus, er werde heute nach Paris zurückkehren. — Mehrfach verlautet, Arton habe im ganzen 31 ehemalige und gegenwärtige Parlamentarier angegeben, welche zusammen etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen Franks an Bestechungen erhalten hätten.

„Gaulois" veröffentlicht heute mehrere Blätter aus dem Schuldbuche Artons. Man erwartet in den nächsten Tagen einen Verfolgungsantrag gegen vier weitere Abgeordnete und zwar gegen Rouvier, Julien, Hugues und Goirand.

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Paris gemeldet: Die Kommission in der Panama-Affäre beschloß einstimmig, die Strafverfolgungs-Gesuche zu genehmigen. Sieben Mitglieder der Kommission werden heute in der Kammer beantragen, eine parlamentarische Panama-Enquete, die im Jahre 1892 beschlossen wurde, neu zu eröffnen und abermals eine Enquete-Kommission einzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. März 1897.

Der Reichstag beendigte heute die dritte Lesung des Etats. Zu Debatten, an denen sich unsererseits Singer, Liebknecht und Bueb betheiligten, gab nur noch der Post-Etat und der Etat der Reichs-Eisenbahnen Anlaß. Bei dieser Gelegenheit konnte man wieder sehen, welches ungewöhnliche Talent der Unterstaatssekretär der Reichspost, Fischer, besitzt, um jedermann vor den Kopf zu stoßen und sich von jedermann bittere Lektionen zu holen. Herr Fischer soll hoffen, der Nachfolger Stephan's zu werden. Mit solchen Manieren wird er wohl nicht zum Ziel kommen. Nachdem der Etat in seiner Gesammtheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt war, kam die Polen-Interpellation betreffend die Auflösung von polnischen Wählerversammlungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache zur Verhandlung. Der Abgeordnete Czarlinski begründete die Interpellation, worauf Herr v. Bötticher nachzuweisen suchte, nicht die Polizei habe die fraglichen Versammlungen aufgelöst, sondern die Vorsitzenden der Versammlungen.

Es scheint das ein kleines Wortspiel zu sein. Gewiß ist, daß der Gebrauch der polnischen Sprache polizeilich verboten ward. Und das ist der Punkt, auf den es ankommt.

Der Reichstag beschloß die Besprechung der Interpellation, vertagte sich aber, da die Zeit inzwischen sehr vorgerückt war, bis morgen 1 Uhr. Wir können auf eine interessante Debatte gefaßt sein. —

Das preußische Abgeordnetenhaus begann heute die Berathung des Etats des Finanzministeriums und der in Verbindung damit stehenden Besoldungsvorlage. Die Nationalliberalen, die bei der ersten Etatsberathung schwerwiegende Bedenken gegen den Regierungsplan vorgebracht hatten, ließen heute durch den Abg. Dr. Sattler erklären, daß sie zwar noch an der Forderung einer gleichmäßigen Behandlung der richterlichen und der Verwaltungsbeamten festhalten, daß sie sich aber im Interesse der schon lange auf Aufbesserung wartenden Beamten zunächst mit einer Ausgleichung der schärfsten Gegensätze begnügen wollen. Auch von einer Aufbesserung der Unterbeamten haben die Nationalliberalen, die bei der ersten Lesung von angeblicher Fürsorge für diese am schlechtesten gestellten Beamten förmlich übertriefen, Abstand genommen; sie begnügen sich mit einer Resolution, worin sie die Regierung ersuchen, durch den nächsten Etat eine Ausgleichung der bei den Gehältern der Unterbeamten hervorgetretenen Ungleichheiten und Härten herbeizuführen, unter gleichzeitiger anderweitiger Regelung des Wohnungsgeldzuschusses. Die Zentrumspartei geht schon weiter, sie verlangt von der Regierung in der nächsten Session eine Vorlage über die Aufbesserung der Besoldungen der unteren Beamten, womit freilich auch noch nichts erreicht ist, da die Regierung selbst einer einstimmig vom Hause angenommenen Resolution keine Folge zu geben verpflichtet ist. Aus diesem Grunde erklärte auch der Abg. Rintelen (Z.) im Gegensatz zu seiner Partei, die sich ihre definitive Entscheidung noch vorbehält, gegen die ganze Vorlage zu stimmen. Natürlich warnte der Finanzminister Dr. v. Miquel unter Aufzählung dessen, was in den letzten Jahren für die

Beamten geschehen ist, davor, jetzt schon an eine Aufbesserung der Unterbeamten zu gehen; infolge zu weitgehender Forderungen könne die Vorlage auf Nimmerwiedersehen verschwinden, wodurch die Unzufriedenheit unter den Beamten nur noch vergrößert würde. Die Regierung sei bereit, den Kommissionsbeschlüssen als einem Kompromiß zuzustimmen, sie rechne aber darauf, daß dies Kompromiß an keiner Stelle durchbrochen wird. Für die Freikonservativen erklärte Abg. v. Tiedemann-Bomst und für die Konservativen Graf zu Limburg-Stirum sich mit der Vorlage einverstanden. Letzterer wandte sich auch gegen den Antrag auf Aufbesserung der Unterbeamten mit der sehr billigen Ausrede, daß man nicht übersehen könne, ob eine allgemeine Erhöhung der Unterbeamten nothwendig sei. Gegen die in der Vorlage zu tage tretende Systemlosigkeit wandte sich noch Abg. Gothein (frs. Vg.), während sein Parteigenosse Ehlers dieselbe warm befürwortete und selbst nichts gegen eine en bloc-Annahme einzuwenden hatte. Die Ausführungen dieses „freisinnigen" Herrn gipfelten in einem solchen Lob für die Regierung, daß am Schluß seiner Rede die Konservativen ihm lebhaften Beifall spendeten, ein Erfolg, auf den Herr Ehlers hoffentlich nicht allzu stolz ist.

Angenehm unterbrochen wurde die Sitzung durch einen Zwischenfall, der als eine Art Nachspiel zur Zentenarfeier angesehen werden kann und den Beweis liefert, wie es mit dem Patriotismus mancher Klassen bestellt ist. Das ungeheuerliche Ereigniß, das diesem Zwischenfall zu grunde lag, war die Thatsache, daß der Regierungspräsident von Hannover, v. Brandenstein, einer Aufforderung des dortigen Stadtdirektors, seinen Namen unter einen Aufruf zur Feier des Sedantages und zur Zentenarfeier zu setzen, keine Folge gegeben hat, nicht etwa, weil es dem Herrn an der Eigenschaft fehlt, die man gemeinhin als nationalen Sinn bezeichnet — solche Beamte sind in Preußen undenkbar — sondern weil diejenigen, die die Aufforderung erließen, einen unverzeihlichen Formfehler begangen hatten; sie haben die Würde seines Amtes nicht geachtet und ihm eine gedruckte Aufforderung zugehen lassen, was den Regierungspräsidenten sehr verschnupft und die staatserhaltenden Parteien in Hannover in große Aufregung versetzt hat. Diesen harmlosen Vorgang bauschte Abg. Wallbrecht (natl.) unter Berufung auf unser Hannoversches Parteiorgan, das seine Freude darüber ausgedrückt habe, in der heutigen Sitzung ungeheuer auf und gab dadurch den Konservativen und dem Minister des Innern Gelegenheit, ihre Ansichten über Taktgefühl vor dem Lande darzulegen. Freiherr von der Recke gab natürlich seinem Beamten recht, da derselbe sich im Stande der Nothwehr (!) befunden habe. Nicht der Regierungspräsident habe taktlos gehandelt, als er eine kurze gedruckte Aufforderung zurückwies, sondern der Abg. Wallbrecht habe gezeigt, daß es ihm an Selbsterkenntniß fehle. Diese offenbare Beleidigung eines Mitgliedes des Hauses ließ der Vizepräsident Dr. Krause nicht nur ungerügt, er erklärte sie sogar, als er von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, ausdrücklich als zulässig. Für den Abg. Wallbrecht legten sich seine Parteigenossen Dr. Sattler und v. Eynern ins Zeug, ebenso billigte Abg. Ehlers (frs. Vg.) sein Verhalten, während Abg. Graf Limburg-Stirum (k.), dem Minister beispringend, Herrn v. Brandenstein als einen besonders schneidigen Beamten pries. Auch Abg. Imwalle (Z.) trat für den Regierungspräsidenten ein.

An und für sich ist ja die ganze Sache höchst gleichgiltig. Interessant ist es jedoch, daß im Patriotismus machende Herren die äußere Form höher achten, als die Sache. Die Ausdrücke, in denen sich die Debatte bewegte, waren so freundliche, daß die Anregung eines Mitgliedes, dem nächsten Parlamentsalmanach einen Auszug aus Knigge's Umgang mit Menschen beizugeben, durchaus am Platze war. Und in diesem Hause sitzen keine Sozialdemokraten, die angeblich den Ton des Reichstages so heruntergebracht haben sollen! —

Warum Herr v. Kardorff keine Diäten braucht. Zu diesem denen um Stumm höchst unbequemen Thema bringt die „Voss. Ztg." folgende Notiz: In dem Bericht der Eisenbahn-Untersuchungskommission, Aktenstück Nr. 11, in den Drucksachen des Abgeordnetenhauses von 1873/74, Band I, wird auch über die Thätigkeit des Herrn v. Kardorff bei der Posen-Kreuzburger Bahn berichtet. Da heißt es:

.... Es giebt der zum Gründungskomitee gehörige Zeuge v. Kardorff selbst an, daß jedem der drei Mitglieder desselben von der Baugesellschaft 25 000 Thaler baar ausgesetzt und auch gezahlt sind und daß außerdem denselben zusammen, sofern die Zeichnungen der Adjazenten 1 100 000 Thaler überstiegen, eine Provision von 25 pCt. von dem Mehrbetrage und ferner für den Fall der Fortsetzung der Bahn in das Kohlenrevier ½ pCt. der Bausumme bewilligt sei ..... v. Kardorff ist nicht nur Mitglied des Gründungskomitee's und demnächst des Aufsichtsraths der Eisenbahngesellschaft, sondern gleichzeitig auch Mitglied des Aufsichtsraths der Baugesellschaft gewesen, welche letztere er selbst mit zur Ausführung der Eisenbahn Posen-Kreuzburg ins Leben gerufen hat ... Jene Doppelstellung des v. Kardorff ist kürzlich seitens des königlichen Eisenbahnkommissariats hierselbst für unzulässig erachtet und dies auf Beschwerde des ersteren vom Handelsminister im Erlaß vom 28. April 1873 in Rücksicht auf die Vertretung kollidirender Interessen aufrecht erhalten.

Es kann unserer Sache im Volke nur nützen, wenn es genau die Ehrenmänner kennen lernt, die uns mit dem Brustton der Ueberzeugung systematisch bekämpfen. —

Meineids-Prozeß Schröder und Genossen. Aus Essen geht die telegraphische, überraschende Nachricht ein, daß das Wiederaufnahme-Verfahren in Sachen der schwer geprüften Genossen Schröder und seiner Leidensgenossen von der Strafkammer des Landgerichts zu Essen abgelehnt ist. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer, hat gegen diesen ablehnenden Beschluß sofort Beschwerde beim Ober-Landesgericht erhoben. Gegenüber der zweifellos unschuldig im Zuchthause Schmachtenden ist uns der ablehnende Beschluß durchaus unerklärlich. —

Internationales Amt für Arbeiterschutz. Aus Zürich wird uns geschrieben: Während der Bundesrath in seiner Botschaft an die Bundesversammlung sich auf wenige Mittheilungen beschränkt und die Antworten der ausländischen Regierungen auf die Anfrage wegen des internationalen Arbeiterschutzes und insbesondere des internationalen Amtes für Arbeiterschutz nur ganz kurz summarisch erwähnt, hat National- und Regierungsrath Curti in St. Gallen jüngst in einer dortigen Versammlung mitgetheilt, daß Oesterreich und Belgien mit der Gründung eines internationalen Amtes für Arbeiterschutz einverstanden, Deutschland und Italien nicht dagegen seien und einzig Frankreich und Rußland es „einstweilen abgelehnt haben, auf den Plan einzugehen". Es ist geradezu köstlich, daß die Zweibundstaaten auch in dieser sozialpolitischen Frage Arm in Arm aufmarschiren; aber nicht köstlich ist in der That, daß das republikanische Frankreich in der Frage des Arbeiterschutzes, worin es freilich noch herzlich wenig geleistet hat, sich ebenfalls von dem Russen leithammeln läßt. Dem kapitalwüthigen Meline und seiner russischen Unterthänigkeit sieht diese Haltung freilich gleich. Den Sozialdemokraten in der französischen Kammer dürfte diese neueste Leistung dankbaren Stoff für weitere geeignete Bearbeitung bieten. Daß die deutsche Regierung nicht dafür und nicht dagegen ist, diese ihre Haltung entspricht auch ihrer inneren Sozialpolitik, was auch von Italien gilt. Herr Curti meint, daß die Instandsetzung des Bureaus schon heute für die drei oder vier zustimmenden Staaten möglich sei und daß sich mit der Zeit auch die anderen Staaten anschließen würden. — Die Kosten des internationalen Amtes für Arbeiterschutz berechnet Herr Curti auf 120 000 bis 180 000 Fr. pro Jahr.

Die italienischen Stichwahlen haben uns keine Erfolge gebracht. Eine Privatdepesche aus Rom meldet:

„Unsere Kandidaten erlagen mit kleinen Minoritäten von 50 bis 100 Stimmen. Die Siege der Gemäßigten sind blos der Wahlhilfe der Klerikalen zu danken. Acht Republikaner wurden in den Stichwahlen meist mit Unterstützung der Sozialisten gewählt. Die charakteristischste Erscheinung bei den Stichwahlen ist die Niederlage der drei ehemaligen Unterstaatssekretäre Forti, Bonacci und Rava. Eine neue Verurtheilung des Systems Crispi."

Wolff's Bureau meldet:

Bisher sind die Ergebnisse von 50 Stichwahlen bekannt. Es wurden gewählt 27 Ministerielle, 10 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 12 Radikale, 1 Sozialist (?). Der frühere Minister Bonacci und die früheren Unterstaatssekretäre Rava und Papa unterlagen ihren Gegenkandidaten. Die Ergebnisse von 12 Stichwahlen stehen noch aus.

Auf Kreta kämpfen jetzt die Truppen der Großmächte im Bunde mit den Türken gegen die Bevölkerung, der feierlich die Autonomie zugesichert wurde. Es liegen folgende Meldungen vor:

Das Bombardement am Freitag seitens der internationalen Geschwader hat unter den Christen große Verheerungen angerichtet; wegen des Mangels an Nahrungsmitteln ist ein Aufstand der Mohamedaner zu befürchten.

Aus Athen wird gemeldet:

Die Regierung gab den Führern der Grenzarmee strenge Befehle, die Truppen im Zaume zu halten und keinen Angriff zu gestatten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Knecht Hermann Homann aus Schwedt a./O. wurde am 27. März von der Strafkammer des Landgerichts Prenzlau wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. —

* * *

Deutsches Reich.

— Ueber die Aufgaben des Reichstages, die noch der Erledigung harren, schreiben die „B. P. N.":

Von den von den verbündeten Regierungen dem Reichstage unterbreiteten Vorlagen harren das Invalidenversicherungs-Gesetz und der Entwurf über die Handwerksorganisation immer noch der ersten Berathung. Der Reichstag wird kaum umhin können, wenn nicht beide, so doch wenigstens eine vor Ostern vorzunehmen. Dann bleibt aber fast keine Zeit mehr zu anderen Arbeiten und so wird denn die Hauptthätigkeit, d. h. die entscheidende über die Mehrzahl der Entwürfe der Tagung in die Zeit nach Ostern fallen. Abgesehen von den mit dem Etat zusammenhängenden Vorlagen würden also vor Ostern nur das Subhastationsgesetz, die Hypothekenordnung und das Konversionsgesetz zu stande gekommen sein. Die größere Anzahl, und darunter die umfangreichsten, harren der Erledigung. Gesetzentwürfe, wie das Handelsgesetzbuch, die Unfallversicherungsnovelle, das Invalidenversicherungs- und Auswanderungsgesetz werden bei den Plenareinzelberathungen längere Erörterungen herbeiführen, ganz abgesehen von dem Handwerksorganisations-Entwurf, dessen Einzelbestimmungen von zwei verschiedenen Seiten angegriffen werden dürften. Auch über den Entwurf betreffs der Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern werden noch eingehende Plenarberathungen erwartet. Nimmt man hinzu, daß der Bundesrath dem Reichstag noch weitere Vorlagen zuzustellen gedenkt, so wird das Arbeitspensum des Reichstages nach Ostern nicht als klein bezeichnet werden können.

— Die letzte Nachwahl. Nach dem amtlich festgestellten Ergebniß der am 24. März im ersten Merseburger Reichstags-Wahlkreise (Liebenwerda-Torgau) stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl erhielten von 14 147 abgegebenen giltigen Stimmen der Generalarzt a. D. Dr. Bussenius-Torgau (Rp.) 6163, der Prediger emer. Knörcke-Zehlendorf (frs. Vp.) 6047 und der Buchdruckereibesitzer Müller-Schkeuditz (Soz.) 1928 Stimmen; 9 Stimmen waren zersplittert. Es kommt daher zwischen Bussenius und Knörcke zur Stichwahl. —

— Zur Russifizirung des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes schreibt die „Berl. Corr.":

Die in der Presse verbreiteten Mittheilungen der „Neuen Berl. Korresp." über angebliche Differenzen im Staatsministerium, die hauptsächlich die Reform des Vereins- und Versammlungsrechts betreffen sollen, sowie die damit verbundenen weiteren Angaben beruhen auf Erfindung. —

— Die diesjährige Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen (Organisation der Freisinnigen Vereinigung) wird nach dem Beschlusse des geschäftsführenden Ausschusses erst im Herbst stattfinden. Dies geschieht, wie das Organ der Partei, das „Berliner Tageblatt" mittheilt, „weil sich dann die Verhältnisse, wie sie sich vor den Reichstags-Wahlen gestalten werden, klarer übersehen lassen. Der Ausschuß ist auch der Meinung, daß die nächste Zeit vor allem dazu benutzt werden müsse, um in den einzelnen Provinzen und Wahlkreisen eine möglichst eifrige Thätigkeit zu entfalten. Je schwerer und bedeutungsvoller der nächste Wahlkampf sein wird, um so früher und energischer müssen die Vorbereitungen dazu beginnen. —

— Der Bund der Landwirthe hat recht unglücklich auf dem Gebiete der Sozialpolitik debutirt. Am letzten Sonntag stieg der wissenschaftliche Hintermann des Bundes der Landwirthe, der alles beweisende Dr. Ruhland, zu den Arbeitern herunter und rieth ihnen in einer Schlosser- und Maschinenbauer-Versammlung ab, sich von der Sozialdemokratie verführen zu lassen, er pries die allerkleinsten Mittel, die Fabrikküchen und Kantinen. Aus dem Verlauf der Versammlung wird er aber ersehen haben, daß sein Versuch aufs gründlichste verunglückt ist, daß die Arbeiter von seinem alten Eiapopeia nichts wissen wollen und daß sie an der Politik der großen Mittel festhalten. —

— Milde Gaben für unsere Marine. Entgegen dem gegen den „Vorwärts" gerichteten Dementi der „Nationallib. Corr." theilt die „Bresl. Morg.-Ztg." mit, Geheimrath Krupp wolle allein ohne Konsortium die Schiffe bauen und sie dann an die gerade Bedarf habenden Staaten vermiethen.

Wir glauben, daß die Leiter der Krupp'schen Werke in ihrem bewährten und niemals falsch spekulirenden Patriotismus einfach die von unseren Marine-Enthusiasten schmerzlich entbehrten Schiffe bauen und sie sich später mit deutschen Steuergeldern abkaufen lassen werden. —

— Der merkwürdige Prozeß, über den wir unter dem Titel „Ein Gerichts-Kapitel von der Gnade" an anderer Stelle berichten, zeigt, wie untergeordnete Personen auf die Erledigung von Gnadengesuchen Einfluß zu haben vermeinen. Mit dem Staatsanwalte müssen wir erklären, daß Vorgänge, wie sie dieser Prozeß aufgedeckt hat, frappiren müssen, und daß jedermann annehmen müsse, daß es mit dem Recht bei uns schlecht bestellt sei. Wir können die Lektüre des lehrreichen Prozeßberichtes aufs dringendste empfehlen.

Selbst die zahme „National-Zeitung" droht mit einer Interpellation im Abgeordnetenhause. —

— Die erste Pfändung bei einem Handweber*) auf grund des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes ist erfolgt. Ein Weber in Leutmannsdorf in Schlesien ist davon betroffen.

*) Siehe auch den Artikel zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung in der zweiten Beilage der Nr. 44 des „Vorwärts".

Wie aus einem Bescheide des Landrathsamtes in Schweidnitz hervorgeht, sollte der Weber für das letzte Halbjahr 1894 und das erste Halbjahr 1895 Marken der zweiten Lohnklasse zu 20 Pf., für die spätere Zeit aber nur solche der ersten Lohnklasse zu 14 Pf. kleben. Wie man zu dem Verlangen kommt, daß der Mann, der nachweislich höchstens 200 M. im Jahre verdient, auch nur ein Jahr Marken zu 20 Pf. kleben soll, ist uns unbegreiflich, da dies mit den Bestimmungen des Versicherungs-Gesetzes absolut nicht im Einklang zu bringen ist. In dem landräthlichen Bescheide ist von dem ortsüblichen Tagelohn die Rede, derselbe ist nach diesem Bescheide offenbar von Mitte 1895 ab herabgesetzt worden, aber nach dem Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetze kann doch niemand, der unter 850 M. Jahresverdienst hat, zu höheren Wochenbeträgen als 14 Pf. herangezogen werden, unseres Erachtens ist also der Hinweis auf den ortsüblichen Tagelohn verfehlt. Der gepfändete Weber gehört nun aber keineswegs zu den hartgesottenen Sündern, die gar nicht geklebt haben, er hat sogar noch ziemlich fleißig geklebt, sein Rückstand beträgt insgesammt 10,94 M.; dabei ist das Jahr zu 52 Beitragswochen gerechnet, das heißt, er soll jährlich 52 Marken kleben. Sehen wir von den 20 Pfennig-Marken ganz ab und legen unserer Berechnung nur 14 Pfennig-Marken unter, so hat der Mann also im Jahre 52mal 14 Pf. gleich 7,28 M. Beiträge zu zahlen, dazu giebt ihm sein Fabrikant pro Kette 10 Pf.; zur Verarbeitung einer solchen werden als Durchschnitt zwei Arbeitswochen amtlich angenommen, mithin hat der Fabrikant, wenn alles glatt geht, jährlich 2,60 M., der Weber aus eigener Tasche aber 4,68 M. jährlich zu leisten.

Nach der landräthlichen Entscheidung soll der Fabrikant zwar pro Kette 14 Pf. leisten, er thut es aber nicht und hat andernfalls Entziehung der Arbeit in Aussicht gestellt, deshalb kann der Weber nicht energisch vorgehen, denn schließlich ist der Hungerlohn von 200 M. im Jahre immer noch besser, wie gar keiner.

Böser Wille liegt eigentlich bei keinem der Hausweber, die mit dem Kleben im Rückstande sind, vor, vielmehr ist das arg verklausulirte Gesetz und der Umstand schuld, daß die starken Schultern der Fabrikanten den kleinen Theil, die schwachen der Weber den schweren Theil tragen sollen. Bei den miserablen Löhnen ist es unmöglich, die nichtgeklebten Wochenbeiträge in der verlangten, verhältnißmäßig kurzen Zeit nachzuholen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden bei der demnächstigen neuen Berathung des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes alles aufzubieten haben, um die Klebepflicht, wie es sich gehört, auf die Schultern der Fabrikanten zu bringen. Jetzt liegt nämlich den Hauswebern die Klebepflicht ob. Das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz sollte ja die Krone der Sozialreform-Gesetze sein, daß die erste Arbeiter-Pfändung auf grund dieses Gesetzes gerade mit der Hundertjahr-Feier zusammenfällt, können wir als ein günstiges Omen für kleben von beiden erachten.

Die Handweber sind eine zum Verschwinden verurtheilte Arbeiter-Kategorie, die nur noch wenig zahlreich ist, hier könnten die Herren Landräthe der betreffenden Kreise einmal eine soziale Friedensthat thun, wenn sie an entscheidender Stelle befürworten wollten, daß den armen Handwebern die rückständigen Beiträge erlassen würden. Diese Aermsten, die bei 17—18 Stunden täglicher Arbeitszeit etwa 60 Pf. verdienen, hätten diese Hilfe eher verdient, als die ostelbischen Junker. Ein ganz verschwindender Theil dessen, was nach unserer Schätzung die Hundertjahr-Feier gekostet hat, dürfte ausreichend gewesen sein, den Ausfall an rückständigen Beiträgen der Handweber zu decken. Wenn statt dessen der Exekutor weiter die wurmstichigen 50 jährigen Möbelfragmente der Weber unter den Hammer bringt, so wird es sicher nicht die Sozialdemokratie sein, welche dabei zu kurz kommt. —

Württembergischer Landtag. (Eig. Ber.) Die Freitagsitzung beschäftigte sich nochmals mit der Handwerkerfrage, um sodann zu den Arbeitern überzugehen. Zuerst wird die Gründung einer neuen Fachschule für Feinmechanik und Elektrotechnik, welche im Schwarzwald errichtet werden soll, genehmigt; dieselbe soll hauptsächlich zur Hebung des Kleingewerbes beitragen und somit keine Ingenieur- oder Hochschule bilden. Als Zuschüsse an Handwerksmeister zur Ausbildung von Lehrlingen werden pro Jahr 5000 Mark ausgeworfen, außerdem beschließt das Haus, „die Regierung zu ersuchen, die Bereitwilligkeit auszusprechen, Mittel in höherem Betrage als bisher zur Unterstützung kleingewerblicher Unternehmungen auf dem Lande, soweit allgemein volkswirthschaftliche Interessen dadurch gefördert werden, zu bewilligen." Eine sehr interessante Debatte entspann sich über die Titel Dampfkessel-Inspektion und Gewerbe-Inspektion. Volkspartei und Zentrum wetteiferten mit einander, in „Arbeiterfreundlichkeit" sich zu überbieten, wohl in anbetracht der etwa bevorstehenden Wahlen. Hähnle (Vp.) freut sich, daß nun die Dampfkessel-Inspektion von der Gewerbe-Inspektion getrennt wird und verlangt Anstellung weiblicher Vertrauenspersonen bei der Fabrikinspektion. Eckard (Z.) wünscht männliche Arbeiter als Hilfskräfte der Fabrikinspektoren und erst später soll der Anstellung weiblicher Vertrauenspersonen näher getreten werden. Genosse Kloß vertrat sodann in längerer Rede den sozialdemokratischen Standpunkt. Redner begründet die Anstellung weiblicher Hilfskräfte damit, weil es den Arbeiterinnen den männlichen Fabrikinspektoren gegenüber an Muth und Vertrauen fehle, auch müssen die Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter heraus gewählt werden, die praktisch thätig sind und wissen, wo Mängel gesucht werden müssen. Minister v. Pischek erwidert dem Vorredner, er habe auch Berichte über weibliche Inspektoren aus England gelesen, darin wird aber festgestellt, daß die weiblichen Vertrauenspersonen sich von politischen Agitationen nicht ganz fern halten, auch die technischen Kenntnisse und die Autorität den Fabrikanten gegenüber nicht besäßen. Der Minister meint, es sei zu wünschen, daß die Inspektoren sich selbst an den einzelnen Orten weibliche Auskunftspersonen anstellen. Betreffs der Anstellung männlicher Arbeiter besitzt der Herr Minister eine sehr naive Anschauung, er befürchtet, daß die betreffenden Arbeiter sich nicht ganz von dem Einfluß politischer Organisationen freihalten würden, ja er bezweifle sogar, ob es Arbeiter mit den erforderlichen Kenntnissen gebe! Genosse Kloß wehrt sich gegen diese Verdächtigungen des Herrn Ministers und führt die Gewerbegerichte an, bei welchen größtentheils die Arbeiterbeisitzer aus Sozialdemokraten bestehen, und wird gerade überall die Objektivität und Gewissenhaftigkeit dieser Beisitzer rühmend hervorgehoben, und was bei den Gewerbegerichten möglich ist, wird auch bei der Fabrikinspektion eintreffen. Minister von Pischek anerkennt, daß die Arbeiter als Gewerbegerichtsbeisitzer objektiv urtheilen, da sitzen sie aber in einem Kollegium, während sie bei der Fabrikinspektion auf sich allein angewiesen und nicht selbständig genug wären. Hierauf bringen Haußmann (frs. Vg.) und die Zentrumsmänner Eckard und Rembold ihre Arbeiterfreundlichkeit zur Schau, sodann wird das Kapitel genehmigt. Bei Kapitel: „Fürsorge für Arbeitsvermittelung" führt der Berichterstatter Sachs aus, daß die Verbindung der württembergischen Arbeitsämter miteinander sich gut bewährt habe. Redner wünscht Verminderung des „Stromerwesens" und theilt dieselben in drei Klassen ein. Diejenigen, die arbeitsunfähig sind, müssen vom Landesarmenverband versorgt werden, diejenigen, die keine Arbeit finden können, sollen durch Verpflegungsstationen in ihrem Bestreben, Arbeit zu suchen, unterstützt werden, so daß man gegen die eigentlichen Stromer, die nicht arbeiten wollen, energischer vorgehen könne. Es werden sodann 6000 M. für 1897/98 und 7000 M. für 1898/99 für die Arbeitsämter als Staatsbeitrag bewilligt. Bei Titel: Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung beklagt der Abg. Stockmaier, daß die Rentenempfänger nicht wieder gesund werden wollen. Minister von Pischek führt aus, daß die Anstalt ein Vermögen von 16 200 000 M. besitze, das Geld sei für Arbeiter nützliche Zwecke angelegt. — In der Sonnabendsitzung wird der Etat des Innern abgeschlossen und zur Berathung des Departements des Auswärtigen übergegangen. Von der Volkspartei ist eine Anfrage an den Minister des Innern eingegangen, bis wann die Vorlegung eines Gesetzes betr. die periodische Wahl der Ortsvorsteher zu erwarten sei. (Bekanntlich sind in Württemberg sämmtliche Ortsvorsteher auf Lebenszeit gewählt.) —

Oesterreich.

— Der Reichsrath wurde heute vom Kaiser mit einer Thronrede eröffnet, der wir die folgenden Stellen entnehmen: „Die auf die Erweiterung des Wahlrechts abzielende gesetzgebende Thätigkeit hat ihren Abschluß gefunden, und es ist gelungen, breiten Schichten der Bevölkerung eine verfassungsmäßige Vertretung zu gewähren. Es wird nunmehr möglich sein, die Interessen aller Kreise mit jener Mäßigung, die aus der verantwortungsvollen Mitarbeit für das Wohl der Gesammtheit entspringt, nach dem Maße ihrer Berechtigung geltend zu machen. So wichtig auch diese Ausgestaltung der Verfassung für die staatliche Gemeinschaft sich darstellt, sie erhält ihre volle Bedeutung in dem Bestreben nach gesunden sozialen Reformen. Ihre Thätigkeit wird darauf gerichtet sein, für die Bevölkerung in materieller und kultureller Beziehung ausreichende Vorsorge zu treffen, innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaftsordnung vorhandene Gegensätze zu mildern, ohne an die Leistungsfähigkeit der Unternehmer für sozialpolitische Zwecke übermäßige Ansprüche zustellen und ihre auch ihren Arbeitern zugute kommende Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande zu schwächen. In diesem Sinne wird die Regierung zunächst Entwürfe für eine Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes vorlegen." Als die wichtigste und dringlichste Aufgabe für den nächsten Sessionsabschnitt erscheint jedoch eine Ordnung der Vereinbarungen, die sich auf die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit den Ländern der ungarischen Krone, auf die in beiden Staatsgebieten nach gleichen Grundsätzen zu behandelnden Verzehrungssteuern, auf die Regelung der Bankfrage, die Fortführung der Valutareform und endlich auf die Beitragsleistung zur Deckung der Bedürfnisse des gemeinsamen Haushalts der Monarchie beziehen. Die Thronrede kündigt auf dem Gebiete der inneren Verwaltung Vorlagen betreffend das Versicherungswesen und betreffend die Bevölkerung an, welche ihren Erwerb im Auslande sucht, und hebt die besondere Sorgfalt für die Pflege von Wissenschaft und Kunst hervor und das Bestreben, auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts in ruhiger Ausgestaltung der bestehenden Einrichtungen die allgemeine Bildung zu heben. Die vornehmste Aufgabe der Schule wird die erziehliche Thätigkeit bleiben. Die Thronrede kündigt ferner Aenderungen der Konkursordnung an, sowie Vorlagen über Friedensrichter, Gemeindevermittelungs-Aemter, Checks und kaufmännische Anweisungen und Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Die Kodifizirung des Strafrechtes wird in Angriff genommen, sobald ein durch die Zivil-Prozeßgesetze in seinem formellen Theile auf eine neue Basis gestelltes Rechtsleben den Beginn dieser großen Gesetzgebungs-Arbeit gestattet. Die Regierung wird sich die Vorlage der Militär-Strafprozeßordnung, welche den besonderen militärischen Interessen sowie den Erfordernissen moderner Rechtswissenschaft Rechnung trägt, angelegen sein lassen und einen Gesetzentwurf betreffend die Wahrung des militärischen Geheimnisses einbringen.

Der nächsten Zeit wird ein Gesetzentwurf über Erhebung und zwangsweise Einziehung der direkten Steuern unter Regelung der Entschädigung der Gemeinden für Erhebung der staatlichen Steuern zukommen. Die Thronrede kündigt alsdann eine Reform des Gefällstrafgesetzes und Gebührengesetzes an. Behufs gründlicher Ordnung der Haushalte beabsichtigt die Regierung aus den Mehrerträgnissen der Konsumsteuern eine namhafte Zuweisung an die Länder der Krone zu beantragen und die Bestrebungen der Länder nach Schaffung besonderer Landessteuern thatkräftig zu fördern. Weitere Vorlagen betreffen die Eröffnung und Nutzbarmachung der binnenländischen Wasserstraßen, die Entwickelung des Seeverkehrs, die Herstellung neuer Bahnverbindungen und die Verstaatlichung einzelner Bahnlinien.

Was die auswärtige Politik betrifft, ist es dem einverständlichen Zusammenwirken sämmtlicher Großmächte gelungen, die mit den jüngsten Wirren im Orient aufgetauchten Gefahren einzudämmen, und es darf wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die diesfalls unternommene Aktion trotz mancher im Laufe der Verhandlungen zum Vorschein kommenden Meinungsverschiedenheiten und Bedenken zu einer gedeihlichen, im Wesen befriedigenden Lösung führen werde. Dies gilt zunächst von der unvorsichtig heraufbeschworenen kretensischen Frage, die meine Regierung veranlaßt hat, im Einvernehmen mit unseren Bundesgenossen und in enger vertrauensvoller Fühlung mit den anderen uns befreundeten Mächten eine Reihe von Maßregeln zu ergreifen, deren Zweck ist, durch eine auf die Erhaltung des territorialen status quo hinzielende Aktion friedenstörende Tendenzen und Aspirationen in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. Kann somit die Haltung Griechenlands in der gegenwärtigen Phase keinesfalls auf die Billigung der Großmächte zählen, so muß andererseits auch die Türkei beherzigen, daß sie eine große Verantwortung auf sich laden würde, falls sie unter Verkennung ihrer vitalsten Interessen und gegen die einstimmigen Rathschläge der europäischen Mächte sich der Beseitigung trauriger Mißbräuche entziehen und damit einen Zustand erhalten sollte, der den Keim steter Beunruhigung in sich trägt. Es darf wohl der Erwartung Raum zu geben sein, daß auch in dieser Richtung das unabweislich Erforderliche sichergestellt werde.

Ungarn.

Budapest, 29. März. Der kürzlich im hiesigen 7. Bezirke wiedergewählte Abgeordnete Morszanyi hat abermals sein Mandat niedergelegt. Dem Vernehmen nach wird die liberale Partei Ludwig Csernatory für diesen Bezirk als Kandidaten aufstellen. Eine besondere Ehre wird es für keinen Politiker sein, von Wählern ein Mandat zu erhalten, die in der Beurtheilung von Korruptionsaffären so wenig vorurtheilslos sind, wie die Wähler des in dem bösartigen Eintrittskartenschwindel verurtheilten Abg. Morszanyi. —

Italien.

— Nicht blos auf deutsche, sondern auch auf italienische Redaktionstische fliegen mitunter sogenannte „vertrauliche" und „geheime", das heißt das Licht der Oeffentlichkeit scheuende Aktenstücke. Ein solches Aktenstück — ein wirkliches „Denkmal der Schande" für unsere Gegner — ist dieser Tage unserem italienischen Bruderorgan, dem „Avanti", zugeflogen. Es ist ein „vertrauliches und geheimes" Zirkular, das die Staatsanwaltschaften den unter ihrer Jurisdiktion stehenden Polizeibehörden zugesandt haben, das also aus dem Ministerium des Innern stammt und offenbar mit dem Justizministerium vereinbart ist. Justiz und Polizei sind heutzutage in allen Polizeistaaten Zwillingsgeschwister oder richtiger siamesische Zwillinge, die nicht von einander zu trennen sind. In diesem Zirkular wird die Polizei aufgefordert, Erkundigungen einzuziehen und Mittheilungen zu machen über den Stand der sozialistischen Bewegung in ihren Kreisen, ob dieselbe stark oder schwach ist, welche Personen an der Spitze stehen, welche sich hauptsächlich hervorthun; ob sozialistische Zeitungen bestehen, welche? mit wie viel Abonnenten? ob und welche Organisationen vorhanden sind — ob die Agitation gemeingefährlich ist und die öffentliche Ordnung bedroht; welchen Einfluß die Agitation auf die Jugend hat; welchen Einfluß die Partei in den Gemeinden und auf die Gemeindevertretung hat; welche Prozesse gegen die Sozialisten anhängig waren und sind; welche Denunziationen gegen sie vorliegen und so weiter.

Des ferneren wird aufgefordert, ein scharfes Auge auf die Sozialisten zu haben, das Gesetz, namentlich die Paragraphen über Aufreizung der Klassen gegen einander ꝛc. aufs strengste in Anwendung zu bringen, und wo immer sich die Nothwendigkeit ergiebt, Vorbeugungsmaßregeln (also Verbote ꝛc.) zu treffen. Und das alles, damit die „soziale Ruhe" und der bürgerliche Friede erhalten wird! Das heißt: zur Erhaltung der sozialen Ruhe und des bürgerlichen Friedens den polizeilich organisirten Bürgerkrieg proklamiren.

Unser Bruderorgan drückt der Regierung des Herrn Rudini für dieses ebenso niederträchtige wie kurzsichtige Rundschreiben das verdiente Brandmal auf die Stirn und stellt fest, daß weder die Bourbonen, noch die Oesterreicher jemals dieses tiefe Niveau der Reaktion erreicht haben, auf welchem das liberale Königreich Italien der Savoyarden (die piemontesische Monarchie stammt aus Savoyen) sich bewegt.

Nun, das Ministerium Rudini ist nur die Fortsetzung des Ministeriums Crispi. Und das Propheten-Wort Mazzini's muß sich doch erfüllen: Crispi ist der letzte Minister der Savoyarden-Dynastie. —

Portugal.

— Arbeitsleistung eines Finanzministers. Der gegenwärtige portugiesische Finanzminister Ressano Garcia versieht außer den Geschäften seines Regierungsamtes noch folgende Berufsobliegenheiten: Er ist Chefingenieur des städtischen Bau-Amts von Lissabon, sodann Dozent der Wasser- und Brückenbaukunst an der Kriegsakademie, ferner Dozent der Handelswissenschaften an der gewerblichen Hochschule, Kammersyndikus für die Eisenbahngesellschaft, Kammersyndikus für die Gas- und Elektrizitätsgesellschaft, Kammersyndikus der Gesellschaft für Hafenelevatoren, Direktionsmitglied der städtischen Wasserleitungsgesellschaft und endlich noch Direktionsmitglied der Tabaksmonopol-Gesellschaft. — Das Oppositionsblatt „Secolo" bemerkt hierzu:

„Wenn der Herr Ministerpräsident nicht neidisch ist, daß sein Kollege von dem Finanzministerium aus den Mitteln des Staates und der gesammten Privatgesellschaften ein vierfaches Ministergehalt bezieht, so werden wir es dem Herrn auch nicht mißgönnen. Wir sind sogar überzeugt, daß dieser bewundernswerthe Mann neben seinen anderen Berufsgeschäften das ihm anvertraute Ministerportefeuille ebenso gut verwalten wird, wie die Mehrzahl seiner Vorgänger. Nur hegen wir die Befürchtung, daß man im Auslande Herrn Ressano Garcia nicht in gleicher Weise würdigen wird und daß deshalb leicht das Vertrauen zu unserer Finanzverwaltung erschüttert werden kann, vorausgesetzt, daß überhaupt noch irgendwo ein solches Vertrauen vorhanden ist." —

Amerika.

— Das Feuer des kubanischen Aufstandes hat schon mehrfach nach den benachbarten Inseln hinübergeflackert. Nach Meldungen aus Portorico wurden 22 Aufständische, die einer Separatistenbande angehören, welche auf der Insel erschienen war, gefangen genommen. Der Rest der Bande wird lebhaft verfolgt. —

Australien.

Adelaide, 24. März. Heute legte Barton von Neu-Südwales, der von der Bundeskonvention den Auftrag dazu erhalten hatte, dieser den folgenden Bundesverfassungs-Entwurf vor:

1. Die Macht, die Privilegien und das Gebiet der verschiedenen Kolonien sollen unverändert bleiben, es sei denn, daß eine Kolonie freiwillig auf ihre bestehenden Rechte im Interesse der Erlangung von Einheit des Gesetzes und der Verwaltung verzichtet. 2. Nach der Gründung einer Bundesregierung sollen keine Grenzveränderungen stattfinden, es sei denn, daß die betreffende Kolonie selber ihre Zustimmung giebt. 3. Das Bundesparlament soll das ausschließliche Recht haben, Zölle aufzuerlegen und einzutreiben. 4. Das Bundesparlament soll ferner einzig und allein die Ueberwachung über die Streitkräfte der Kolonien zu Lande und zu Wasser besitzen. 5. Zwischen den verbündeten Kolonien soll völliger Freihandel bestehen. Das zu gründende Bundesparlament soll aus einem Senat und einem Repräsentantenhause bestehen. Die Zahl der Repräsentanten soll sich nach der Zahl der Bevölkerung richten. Das Repräsentantenhaus soll das ausschließliche Recht der Besteuerung besitzen. Die Vollzugsgewalt soll aus dem von der Königin zu ernennenden Generalgouverneur, einen ihm beizugebenden Rathe und dem obersten Bundesgericht bestehen. Dieses soll zugleich die oberste Instanz der verbündeten Kolonien sein.

Reichstag.

200. Sitzung vom 29. März. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Marschall, Graf Posadowsky, v. Goßler.

Den Tisch des Präsidenten ziert ein Blumenstrauß mit der Ziffer 200.

Präsident **v. Buol**: Ich eröffne die Sitzung und nehme zunächst Veranlassung, den freundlichen Gebern des herrlichen Blumenstraußes meinen Dank für die Ehrung auszusprechen. Ich lehne die Ehrung aber ab und übertrage sie auf das Haus, welchem das Hauptverdienst zukommt. (Zustimmung.)

Die dritte Berathung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsschatzamts.

Hamburgischer Bevollmächtigter Senator Dr. **Burchard** kommt auf die Anregungen des Abg. Molkenbuhr zurück, welcher darüber Beschwerde geführt hat, daß die Hamburgischen Zollbeamten nicht dieselben Gehälter bekommen wie die preußischen, daß Hamburg an den Erhebungskosten, die es vom Reiche erhalte, Ersparnisse mache. Der Staatssekretär des Reichs-Schatzamtes hat die Sache schon richtig gestellt. Als Hamburg dem Zollverein angeschlossen wurde, wurden die Beamten für die Zollerhebung neu angestellt, und es waren meistens jüngere Beamte, denen man die höheren Gehälter der älteren Beamten nicht gewähren konnte. Eine große Anzahl der etatsmäßigen Beamtenstellen war in der ersten Zeit gar nicht besetzt, namentlich von den Aufseherstellen. Auch die Assistentenstellen wurden vielfach von Aufsehern und Supernumeraren wahrgenommen, die natürlich nicht das Gehalt der Assistenten erhielten. In den Jahren 1889—1894 sind etwa 400 000 M. an Gehältern erspart worden, wovon aber 237 000 M. zu Entschädigungen an die Supernumerare verwendet worden sind, welche etatsmäßige Stellen versahen. Herr Molkenbuhr hätte sich also etwas eingehender informiren sollen, ehe er hier auftrat.

Abg. Graf **Stollberg** (k.) richtet an den Schatzsekretär die Frage, wie das Jahreserzeugniß der Zuckerfabriken berechnet werden soll.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Das Gesetz geht davon aus, daß der Berechnung des Kontingents lediglich die vollständig abgefertigte Zuckermenge zu grunde gelegt werden soll. Es muß also am Schlusse des Jahres in Rechnung gezogen werden der abgefertigte Zucker zuzüglich des noch vorhandenen. Diese Summe stellt das Gesammterzeugniß dar.

Beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds kommt Abg. **Lieber** (Z.) auf den Antrag der deutschen Volkspartei zurück, der eine Verminderung der Pensionirungen von Offizieren verlangte. Der Abg. Galler behauptete, daß der Antrag vollständig demjenigen entspreche, den das Zentrum in der bayerischen Volksvertretung eingebracht habe, dem dort auch zwei bayerische Prinzen zugestimmt hätten. Es handelt sich bei dieser Frage um die Scheidung zwischen der Kommandogewalt und der Verwaltung. Die Anstellung und Entlassung der Offiziere sei in Preußen Sache der Krone allein; es finde keine Gegenzeichnung des Kriegsministers statt, während diese für Verwaltungssachen nothwendig sei. In Bayern aber werde die Ernennung und Verabschiedung der Offiziere vom Kriegsminister gegengezeichnet. Also liegen die Verhältnisse sehr verschieden. Herr Galler wird also einsehen, daß es gefährlich ist, Zentrumsanträge abzuschreiben. (Heiterkeit.)

Beim Reichs-Invalidenfonds kommt Abg. Graf **Oriola** (natl.) auf seinen Streit mit dem General v. Viebahn wegen der Pensionen der Wittwen französischer Offiziere und Unteroffiziere zurück, die höher seien als die Pensionen der Wittwen der deutschen Militärs. Der Artikel der „Kölnischen Zeitung", auf den er sich bezogen habe, sei nicht der, welchen General v. Viebahn meinte, in welchem behauptet wurde, daß aus dem Invalidenfonds an Hinterbliebene französischer Militärs größere Pensionen gezahlt würden, als an die Hinterbliebenen deutscher Militärs. Er habe nur die Pensionen der neueren französischen Gesetze im Auge gehabt und bitte um eine Uebersicht über die Gesetzgebung der verschiedenen Staaten bezüglich dieses Punktes.

Generalmajor **v. Viebahn**: Ich habe allerdings nur daran gedacht, daß aus dem Reichsinvalidenfonds höhere Renten gezahlt würden an französische Wittwen und Waisen als an deutsche. Das ist nicht der Fall. Wenn die Pensionen in Frankreich jetzt höher sind, so ist damit noch nicht festgestellt, daß die Pensionen der Hinterbliebenen der im Kriege 1870/71 gefallenen französischen Militärs höher sind; eine rückwirkende Kraft ist dem Gesetze nicht beigelegt worden. Die Militärverwaltung wird dieser wichtigen Angelegenheit dauernd ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Zum Etat der Post- und Telegraphenverwaltung liegt folgender Antrag des Abg. Müller-Sagan (frs. Vp.) vor:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Gleichstellung der Post- und Telegraphenassistenten sowie Postverwalter aus der Klasse der Zivilanwärter mit den Post- und Telegraphenassistenten sowie Postverwaltern aus der Klasse der Militäranwärter in bezug auf die Zulassung zur Sekretärprüfung von neuem in Erwägung zu ziehen."

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) beschwert sich darüber, daß man in Westpreußen nicht genügende Postagenturen einrichte.

Abg. **Krzyminski** (Pole) beschwert sich darüber, daß ein Rittergutsbesitzer im Kreise Inowrazlaw von der Postverwaltung chikanirt werde, weil er seinen Namen nicht so schreiben will, wie es der Landrath verlangt, nämlich Manske statt Manski. Trotzdem daß Gericht dem Manski recht gegeben hat, werden sämmtliche an ihn gerichteten Briefe als unbestellbar zurückgeschickt und Einschreibesendungen, die er nicht mit dem Namen Manske quittirt, werden ihm nicht ausgehändigt, trotzdem die Postverwaltung über die Namensschreibung gar nicht zu entscheiden habe.

Unterstaatssekretär **Fischer**: Die allgemeinen Beschwerden über das Fehlen von Postagenturen an einzelnen Orten sind kaum ein geeigneter Gegenstand zur Verhandlung. Bezüglich der Beschwerde des zweiten Redners muß ich erklären, daß es der Postverwaltung gleichgiltig ist, ob der Herr Manske oder Manski schreibt. Er sollte sich zunächst an die Postverwaltung beschwerdeführend wenden, schließlich sogar an das Reichs-Postamt. Hier kann ich keine Stellung zu der Sache nehmen.

Abg. **Singer** (Soz.): Durch diese Ausführungen ist um die Sache herumgeredet worden. Aber die Sache liegt ganz anders. Die Postverwaltung weigert sich, dem betreffenden Herrn seine Postsachen auszuhändigen. Das ist eine ganz gewöhnliche Chikanirung der Postverwaltung gegenüber einem Polen. Die Beschwerde an den preußischen Landrath hat mit dem Verhalten der Postverwaltung nichts zu thun. Das Skandalöse besteht darin, daß solche Dinge überhaupt vorkommen. Die Postbehörden sollten selbst eingreifen, denn solche Dinge sind ortsbekannt. Ich hätte es für richtiger gehalten, daß der Unterstaatssekretär erklärt hätte, daß er die Sache untersuchen und abstellen will. Belehrungen über den Beschwerdeweg brauchen wir nicht, so klug sind wir selbst.

Abg. **v. Czarlinski** verwahrt sich gegen die Verdrehung seiner Worte; er habe dem Unterstaatssekretär von seiner Absicht, eine Beschwerde vorzubringen, Kenntniß gegeben. Die Dinge seien übrigens auch schon früher zur Sprache gebracht worden.

Abg. **Lieber** (Z.): Die Erzählungen des Abg. Krzyminski erinnerten an den englischen Roman „too strange not to be true". Zu seltsam sind diese Mittheilungen, um nicht wahr zu sein. Diese Dinge sind zurückzuführen auf die preußischen Maßregeln gegen die Polen, die schließlich ins Kindische ausarten und der Lächerlichkeit anheimfallen. (Zustimmung links, beim Zentrum und bei den Polen.) Was wir für nöthig halten hier vorzubringen, darüber entscheiden wir, und müssen Bemängelungen und namentlich die sonderbare Form der Kritik, welche der Herr Unterstaatssekretär einem größeren Muster abgelauscht zu haben scheint, zurückweisen. Was nützt eine Beschwerde bei der Reichspostverwaltung, wenn eine preußische Behörde der Postverwaltung Vorschriften macht! Sind wir denn mit der Reichsverwaltung der Willkür eines preußischen Landraths anheimgegeben?! (Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.)

Unterstaatssekretär **Fischer**: Ich habe keine Belehrung ertheilen wollen. Ich verkehre lange genug im Reichstage, um zu wissen, daß mir das nicht zusteht. Ich habe nur gemeint, daß man auf dem andern Wege schneller zum Ziele kommen würde. Einen Zusammenhang zwischen dieser Differenz und der polnischen Nationalitätsfrage zu entdecken, vermag ich nicht. Wenn die Vorgänge von jener Seite her (Sozialdemokraten) gleich als skandalös bezeichnet werden, so bin ich daran gewohnt, daß jeder einzelne Fall von dort verallgemeinert wird.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Um eine Polenfrage kann es sich doch bei einem evangelischen Gutsbesitzer nicht handeln. Daß der Landrath die Aushändigung der Briefe untersagt habe, finde ich doch seltsam. Die Herren Postbeamten würden mich schön ausgelacht haben, wenn ich ihnen solche Zumuthungen gestellt hätte. Die Postverwaltung macht sich ja in einem solchen Falle regreßpflichtig für jeden Schaden, welcher entsteht.

Abg. **Krzyminski**: Ich habe die Akten erst am Sonnabend erhalten, konnte die Sache also nicht eher vorbringen. Eine Beschwerde an die Postdirektion in Inowrazlaw und die Ober-Postdirektion in Bromberg ist erfolglos geblieben. (Hört! im Zentrum.) Was für das übrige Deutschland unglaublich erscheint, ist für die Provinz Posen leider nur zu wahr. Die Sache spielt seit April vorigen Jahres.

Unterstaatssekretär **Fischer**: Ich höre heute zum ersten Mal von der Sache. Sollte also nicht der Beschwerdeweg schneller zum Ziele geführt haben?

Abg. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Die Postverwaltung hat doch weiter nichts zu thun als zu ermitteln, ob die Person, an welche der Brief bestellt wird, auch wirklich der richtige Empfänger ist. Ob sich der Betreffende Manski oder Manske, Schulz oder Schultz schreibt, geht die Postverwaltung gar nichts an. Redner geht dann auf die Streitfrage zwischen Breslau und der Postverwaltung ein. Es wurde von der Stadtverwaltung ermittelt, daß eine ganze Anzahl von Telephonverbindungen zwischen der Wohnung und der Fabrik verschiedener Unternehmer ohne Zustimmung der Stadt angelegt sind. Die Stadt hat schließlich auch von der Postverwaltung verlangt, daß sie sich bei der Neuanlage von Telephonverbindungen und bei der Verlegung bestehender Anlagen mit der Stadt ins Einvernehmen setzen solle. Dieser Anspruch der Stadt ist berechtigt anerkannt. Die Stadt hat aber nicht das Recht, die Entfernung bereits bestehender Anlagen zu verlangen.

Abg. **Singer** (Soz.): Während der 12 Jahre des Gesetzes waren die Fälle nicht sehr selten, daß die Post zum Handlanger der Polizei machte. Mit der Ausflucht, von den Dingen keine Kenntniß habe, sollte der Unterstaatssekretär sich etwas sparsamer verfahren; denn in der Postverwaltung werden Zeitungen gelesen, namentlich auch sozialdemokratische Zeitungen, und aus diesen kann die Postverwaltung von unseren Beschwerden Kenntniß nehmen. Der Unterstaatssekretär hatte erklärt, daß in Frankfurt a. M. Kinder unter vierzehn Jahren nicht mehr beschäftigt werden sollen. Es werden aber jetzt 15- und 16jährige junge Leute beschäftigt. Sie erhalten je 8 Pfennige für das Austragen einer Depesche. Die höheren Postbeamten arbeiten auch nicht im Akkordlohn. Ich halte es für unstatthaft, daß diese jungen Leute für den Außendienst herangezogen werden. Ich hoffe, daß der Unterstaatssekretär sich generell gegen eine solche Beschäftigung von jungen Leuten ausspricht.

Unterstaatssekretär **Fischer**: Der Vorredner sieht in dem Falle in der Provinz Posen ein Symptom dafür, daß die Postverwaltung der Polizei zu helfen geneigt ist. Wir halten die Postverwaltung unabhängig von allen Einflüssen, soweit sie nicht in den Gesetzen begründet sind. Der vom Vorredner angeführte Fall betrifft grundsätzliche Auffassungen. Die Beschäftigung eines sehr jugendlichen Menschen im Innern der Postbureaus ist untersagt worden. Nach unseren Vorschriften müssen Personen, die im Bestelldienst beschäftigt werden, wenn auch nur aushilfsweise, mindestens 18 Jahre alt sein. Ich werde die Beschwerde des Vorredners untersuchen und, wenn sie sich als berechtigt ergiebt, Remedur schaffen.

Abg. **Wenders** (Z.): Die Wiederherstellung des direkten telephonischen Verkehrs zwischen Düsseldorf und Gerresheim ist in einer Eingabe verlangt und vom Reichstage im vorigen Jahre als der Berücksichtigung werth erkannt worden. Trotzdem ist seitens der Postverwaltung noch nichts geschehen, was eine große Erbitterung hervorgerufen hat.

Direktor im Reichspostamt **Scheffler**: Die Zahl der Leitungen steigt fortwährend, so daß die Straßen überlastet sind und neue Leitungen nicht mehr gelegt werden können. Das ist in Düsseldorf und an anderen Stellen der Fall gewesen. Daher mußte der direkte Verkehr aufgegeben werden.

Abg. **Hammacher** (natl.): Die technischen Schwierigkeiten infolge der Vermehrung der Drähte sind in Berlin besonders groß, so daß zur Aufhebung des direkten Verkehrs geschritten wird, wie in Gerresheim. Bezüglich der Breslauer Angelegenheiten haben die Gerichte entschieden, daß neue Anlagen nur mit Zustimmung des Magistrats gemacht werden dürfen. Gegen diese Entscheidung hat die Verwaltung den Kompetenzkonflikt erhoben. Das war das Unglücklichste, was man thun konnte.

Direktor **Scheffler**: Allerdings sind die Entfernungen in Berlin ebenso groß und größer als zwischen Düsseldorf und Gerresheim. Aber wir können bei solchen Ortschaften nicht mehr durchkommen, namentlich, weil das Vorhandensein elektrischer Starkstromleitungen aller Art die Anlage erheblich erschwert. Schließlich handelt es sich in Gerresheim nur um einen Anschluß, in Berlin würden Hunderte davon betroffen.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Reform-P.) kommt auf den Fall Bashford zurück und behauptet, daß der größte Theil der Ausführungen des Staatssekretärs auf irrthümlichen Informationen beruht habe. Der Staatssekretär meinte, daß nur eine kleine Anzahl von Zeitungen sich auf die Seite des damals Beleidigten gestellt hätten. Man habe allgemein den Eindruck, als wenn einzelne nöthige Verbesserungen nur darum in der Postverwaltung hintangehalten würden, um bei einem über kurz oder lang nothwendigen Wechsel in der obersten Leitung dem neuen Staatssekretär Gelegenheit zu geben, als Reformator zu glänzen.

Abg. **Werner** (Reform-P.): Bezüglich des Postamtes in Hannover wurde in Zeitungen behauptet, daß eine Verfügung ergangen sei, daß die Telephonistinnen einen gewissen Ort nur sehr sparsam aufsuchen sollten. Das Vorhandensein der Verfügung ist mir bestätigt worden. In Berlin soll verboten sein, daß die Telephonistinnen zu ihrem Dienste mit dem Rade kommen. Es würde mir ein großes Vergnügen bereiten, wenn ich solcher Beschwerden überhoben würde. Aber solange diese Beschwerden kommen, werden wir sie hier vorbringen, ob es dem Staatssekretär angenehm ist oder nicht.

Abg. **Singer** (Soz.) bittet die Untersuchung bezüglich Frankfurt a. M. auszudehnen auf die Frage, ob die jugendlichen Arbeiter in Akkordlohn beschäftigt werden.

Unterstaatssekretär **Fischer**: Die Verfügung bezüglich der Telephonistinnen in Hannover ist sofort zurückgenommen worden, als wir davon Kenntniß erhalten hatten. Vermittelst Fernsprechers habe ich die Nachricht erhalten, daß in Frankfurt a. M. jugendliche Personen von 15 und 16 Jahren zur Austragung von Depeschen nicht verwendet werden.

Abg. **Liebknecht** (Soz.) verweist darauf, daß zur Zeit des Sozialistengesetzes die Postverwaltung verordnet habe, daß die Postämter sich, wenn der Verdacht besteht, daß die Postsendungen verdächtige Schriften enthielten, an die Polizei wenden sollten. Das Sozialistengesetz ist beseitigt worden, aber manche Schweinereien bestehen noch fort, die damit in Zusammenhang standen, so auch diese Verordnung.

Unterstaatssekretär **Fischer**: Nur den gesetzlichen Bestimmungen ist die Post unterworfen und als das Sozialistengesetz bestand, galt es auch für die Postverwaltung.

Abg. **Liebknecht**: Die Antwort genügt mir nicht. Es handelt sich darum, ob die Verordnung formell aufgehoben ist.

Unterstaatssekretär **Fischer**: Es bestehen bezüglich des Postverkehrs nur die gesetzlichen Bestimmungen, keine weiteren.

Damit schließt diese Debatte. Es folgt nunmehr die Erörterung des Antrags Müller-Sagan (frs. Vp.), der sich auf die frühere Verhandlung und die schon früher erfolgte Annahme des Antrags bezieht.

Unterstaatssekretär **Fischer** empfiehlt die Ablehnung des Antrags, während Abg. **Schädler** (Z.) die Annahme befürwortet.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Im übrigen wird der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung ohne weitere Debatte erledigt.

Beim Etat der Eisenbahn-Verwaltung bemängelt es Abg. **Bueb** (Soz.), daß im Abgeordnetenhause ein Beschluß des Reichstags über die Wünsche der Eisenbahntelegraphisten von dem Eisenbahnminister abfällig beurtheilt sei.

Geheimrath **Wackerzapp** bittet das Haus, die Erwägungen der verbündeten Regierungen abzuwarten.

Abg. **Hammacher** (natl.): Es hat auch mich befremdet, daß der preußische Eisenbahnminister den Beschluß des Reichstages durchaus abgelehnt hat. Er hat nicht zu entscheiden, sondern die verbündeten Regierungen.

Abg. **v. Stumm** (Rp.): Der preußische Eisenbahnminister ist vollständig berechtigt, die Wünsche der Eisenbahn-Telegraphisten, soweit sie preußische Beamten sind, zu beurtheilen, ohne Rücksicht auf die Beschlüsse des Reichstages.

Im übrigen wird der Rest des Etats erledigt.

Beim Etatsgesetz weist Abg. **Lieber** (Z.) darauf hin, daß die Feststellung der Ziffern des Etatsgesetzes einen rein akademischen Charakter trage angesichts des in Aussicht stehenden Nachtragsetats. Es muß vorbehalten bleiben, beim Nachtrag das Etatsgesetz zu revidiren, und wenn es wirklich sich herausstellen sollte, daß die Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern steigen, dann müssen wir die Spannung zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen wieder auf die alte Höhe bringen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Eine sachliche Differenz besteht nicht, aber formell halte ich eine nachträgliche Aenderung des Etatsgesetzes nicht für nothwendig. Man kann die Sache bei dem Nachtragsetat richtig stellen.

Abg. **Lieber** (Z.): Der Fertigstellung des Etatsgesetzes will ich keine Schwierigkeiten bereiten.

Das [illegible] gesetz und das Anleihegesetz wird darauf im einzelnen und [illegible] der ganze Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokr[illegible]en angenommen.

[illegible]gt die Interpellation der Polen v. Czarlinski und [illegible]:

[illegible]n letzter Zeit sind im Schwetzer Kreise, Provinz Westpreußen [illegible]ippinken — (7. d. Mts.) und in Linsk (14. d. Mts.) — vorschriftsmäßig angemeldete Wählerversammlungen aufgelöst worden, weil die Redner in denselben sich der polnischen Sprache bedienten.

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:

1. Sind dem Herrn Reichskanzler diese Vorfälle bekannt und
2. ist der Herr Reichskanzler bereit, zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Wählerschaft Anordnungen zu treffen, um der Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen."

Abg. **Czarlinski** (Pole): Nach Einbringung der Interpellation haben wir von einem Bescheide des Ministers auf die erhobenen Beschwerden gehört; aber mit welchem Erfolge, ersehen Sie daraus, daß gestern eine Versammlung aufgelöst ist. (Hört! hört!) Der Minister hat den Regierungspräsidenten „mit Weisungen" versehen. Wir haben darunter eine Zurückweisung verstanden. Der Bescheid des Oberpräsidenten hatte uns auch nicht vollständig befriedigt, aber wir konnten uns doch dabei beruhigen. Der Regierungspräsident von Marienwerder hat unter dem 10. März uns mitgetheilt, daß er dem Landrath von Schwetz die Prüfung der Beschwerde zugewiesen hat. Dieser Landrath aber hüllt sich in wenig beredtes, aber sehr verständiges Schweigen. Es ist das derselbe Herr, der sich im Kreise Schwetz stets als gewaltiger Agitator hervorthut, und ich wundere mich, daß er bis heute Wahlkommissar geblieben ist. Der § 17 des Wahlgesetzes für das Deutsche Reich stellt unsere Berechtigung, die Sache vor den Reichstag zu bringen, außer Zweifel. Vor einem Monat hat sich das preußische Abgeordnetenhaus mit einer ähnlichen Interpellation beschäftigt. Ich mußte mich damals über die jämmerlichen Zustände beklagen, welche unsere Interpellation nöthig machen, und auch heute bin ich noch der Meinung, daß eine solche ein sprechendes Zeugniß über die Handhabung des öffentlichen Rechts und der Gesetze in den polnischen Landestheilen ist. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist als Grundrecht allen Staatsangehörigen, also auch den polnischen gegeben. (Zustimmung.) Das Ueberwachungsrecht der Polizei geht diesem Grundrecht nicht vor. Die polnischen Agitationen nahm der Minister als notorisch an, bewiesen hat er aber ihr Bestehen nicht. Es besteht eine Ministerialverfügung, wonach der früheren Handhabung entsprechend der Gebrauch fremder Sprachen in Versammlungen zurückgehalten werden solle. Eine solche Handhabung war aber früher nicht in Geltung. In der zweiten in der Interpellation bezeichneten Versammlung erklärte der zur Ueberwachung entsendete Gendarm, daß er polnisch nicht verstehe, worauf eine Anzahl von anwesenden Personen dem Vorsitzenden bezeugten, daß der Gendarm ganz gut polnisch spräche.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Auf seiten der Regierung besteht nicht die Absicht, das verfassungsmäßig gewährleistete Recht der freien Wahl und der freien Zusammenkunft irgendwie zu beschränken. Bis zum Eingang der Interpellation hatte der Reichskanzler von den Vorgängen keine Kenntniß, weil von keiner Seite seine Einmischung nachgesucht worden ist. Erst nach Eingang der Interpellation hat der preußische Minister des Innern mir das Material zugestellt und ich habe daraus eine Kenntniß der Vorgänge erhalten. Heute ist ein dritter Fall in Osche erwähnt worden. Zwei von diesen Fällen scheiden aus, denn weder in Osche noch in Liesk hat eine Auflösung der Versammlung stattgefunden. Die Versammlung in Liesk hatte schon begonnen, als der Gendarm erschien. Der Vorsitzende sprach in polnischer Sprache und der Gendarm bat um die Anwendung der deutschen Sprache. Nach mehrfacher Zurückweisung dieser Bitte des Gendarmen erklärte der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen. (Unruhe; Zuruf: Man wollte eben nicht deutsch sprechen!) Der Gendarm hat die Versammlung nicht aufgelöst. In Osche sollte, wie eine gestern spät abends beim Minister eingegangene Depesche besagt, die Versammlung wegen Polnischsprechens aufgelöst sein. Der telegraphisch eingeforderte Bericht ergiebt auch hier eine Schließung der Versammlung durch den Vorsitzenden. In Lippinken sprach der überwachende Amtsvorsteher die Bitte aus, deutsch zu sprechen. Darüber entspann sich eine Unterhaltung mit dem Leiter der Versammlung; der Amtsvorsteher meinte, daß die Anwesenden sämmtlich deutsch sprechen könnten. Im Laufe der Unterhaltung sagte der Beamte, er könne auch französisch sprechen, aber polnischen Verhandlungen könne er nicht folgen. Diese Versammlung wurde aufgelöst. Der Minister hat die Regierung angewiesen, für die bevorstehende Wahl in Schwetz dafür zu sorgen, daß Wählerversammlungen nicht lediglich wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache aufgelöst werden. Es liegt also für den Reichskanzler keine Veranlassung vor, einzuschreiten, nachdem der preußische Minister für die Wahlversammlungen Fürsorge getroffen hat. Der Vorredner hat einen ehrenwerthen Beamten heftig angegriffen. Ich enthalte mich, das Material hier vorzutragen, was in bezug auf die polnische Agitation in den Berichten vorliegt. Da kommen Dinge zur Sprache, die nicht schön sind, und ich kann nur wünschen, daß selbst bei der Heftigkeit des Wahlkampfes doch Maß gehalten wird hüben und drüben. Wer den Frieden wünscht, muß seinerseits dazu beitragen, daß der Friede nicht gestört wird. Da wird der Abg. von Czarlinski mir zugeben, daß, wenn die Thatsachen richtig sind (Zuruf: Wenn!) auf seiten der Polen auch Fehler vorgekommen sind. Mögen wir sachlich sprechen, aber enthalten wir uns, persönliche Beschuldigungen auszusprechen, die der Sache nicht dienen können.

Auf Antrag des Abg. v. Jazdzewski wird die Besprechung der Interpellation beschlossen, aber gleichzeitig ein Vertagungsantrag angenommen.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Besprechung der Interpellation und erste Lesung der Handwerkervorlage).

Parlamentarisches.

Die Auswanderergesetz-Kommission hat heute Vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Cuny ihre erste Sitzung abgehalten. Die eigentliche Tendenz des Gesetzes: den „Auswandererstrom" beliebig dahin zu „lenken", wohin es dem jeweiligen Reichskanzler beliebt, kam wiederholt in der heutigen Berathung zum Ausdruck sowohl seitens der Regierungsvertreter wie auch des Leiters des „Alldeutschen Verbandes", Abg. Hasse. Dieser hat auch eine große Anzahl von Anträgen gestellt, die alle mehr oder minder offen diesen Zweck erkennen lassen. Wie es den Anschein hat, giebt man sich in den Kreisen der Regierung wie auch der Kolonialschwärmer allen Ernstes der Hoffnung hin, in nicht allzu ferner Zeit den deutschen „Auswandererstrom" von Amerika und Australien ab- und nach den deutschen Fiebersümpfen und Sandwüsten in Afrika hinlenken zu können. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß diese Hoffnungen, sobald man sich an die „Ab"- bezw. „Hinlenkung" macht, jämmerlich Schiffbruch erleiden werden.

Im übrigen bot die Debatte über die ersten acht zur Annahme gelangten Paragraphen keine besonders erwähnenswerthen Momente. Es handelte sich um diejenigen Bestimmungen betreffend die Erlaubnißertheilung für Unternehmer zur Beförderung von Auswanderern nach überseeischen außerdeutschen Ländern, zu welchen nach Auffassung der Regierung die deutschen Kolonien nicht gehören. Die nur vom Reichskanzler zu ertheilende Erlaubniß wird abhängig gemacht von einer Sicherheitsleistung in Höhe von 50 000 Mark. Von dieser Kaution kann der Reichskanzler Abstand nehmen, wenn die um Konzession einkommende Gesellschaft eine deutsche ist und die Besiedelung eines von ihr in überseeischen Ländern erworbenen Gebiets sich zur Aufgabe macht. Ueber anderweitige Ausnahmen soll nach der Vorlage nur der Bundesrath entscheiden können. Zu den letzteren Bestimmungen liegen noch einige Anträge von den Abg. Frese und Hasse vor, über welche erst in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden soll. —

Im preußischen Abgeordnetenhause haben konservative, freikonservative und Zentrums-Agrarier beantragt, die Regierung zu ersuchen, daß sie ihren Einfluß im Bundesrath dahin geltend macht, daß derselbe dem vom Reichstage angenommenen Antrag, betreffend die Aufhebung von Zollkrediten bei der Einfuhr von Getreide u. s. w., seine Zustimmung ertheile und die zur Durchführung dieses Antrages erforderlichen Anordnungen sobald als möglich treffe.

Partei-Nachrichten.

In Nordhausen hatte der Arzt Dr. med. Schultes nach seiner im Monat Januar d. J. erfolgten Niederlassung um seine Aufnahme in den dortigen ärztlichen Verein nachgesucht. Im Februar wurde ihm vom Vorsitzenden die Mittheilung gemacht, daß seine Aufnahme mit Einstimmigkeit erfolgt sei. Dr. Schultes hat nun im sozialdemokratischen „Nordhäuser Volksblatt" inserirt. Deswegen angegriffen, erklärte er unter anderem, daß er Sozialdemokrat sei. Man stellte dann an ihn das Ansinnen, entweder aus unserer Partei oder aus dem ärztlichen Verein auszutreten. Er lehnte beides ab, worauf die übrigen Aerzte den Verein auflösten und an demselben Abend, wo dies geschah, in einem anderen Lokal einen neuen gründeten.

Unser Nordhäuser Bruderorgan bemerkt zu diesem Vorfall: „Wenn die Herren Aerzte des Nordhäuser Aerztevereins — nach Ansicht des Fortschrittlers Prof. Virchow sollte der Arzt der Anwalt der Armen sein — es für unwürdig erachten, mit einem sich zu unseren Zielen bekennenden Kollegen im Rahmen ihrer Interessenvertretung zu verkehren, so müssen die Arbeiter den unerbittlichen Schluß hieraus ziehen, daß sie es für noch unwürdiger erachten, jene Herren als Aerzte zu Rathe zu ziehen, sie in dieser Eigenschaft in ihre Heimstätten aufzunehmen."

Die Sozialdemokratie Ungarns hält zu Pfingsten in Budapest ihren diesjährigen Landeskongreß ab. Die Tagesordnung wird demnächst veröffentlicht.

Das erste slavische Parteiblatt Ungarns erscheint am 1. Mai in Budapest in der Buchhandlung der „Volksstimme" (Wesselenyi-Gasse 19b).

Die vereinigten Vorstände der „Schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei", der „Norwegischen Arbeiterpartei", der „Vereinigten norwegischen Fachvereine" und der „Dänischen Arbeiterpartei" laden zum „Fünften allgemeinen skandinavischen Arbeiterkongreß" ein, der vom 19.—21. Juli in Stockholm abgehalten wird. Der letzte Kongreß dieser Art fand vor fünf Jahren in Malmö statt. Zur Sprache soll unter anderem die schwedisch-norwegische Unionsfrage kommen, „weil der Konflikt die demokratische Entwickelung hemmt und dem Militarismus neuen Wind zuführt. In gewerkschaftlicher Beziehung soll eine bessere Verbindung zwischen den 3 Ländern angebahnt werden.

Gleichzeitig werden in Stockholm eine Reihe anderer Arbeiterkongresse stattfinden, so der Parteikongreß der schwedischen Sozialdemokratie und Fachkongresse, sowie ein Kongreß der schwedischen Stimmrechtsvereine.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Parteigenosse Wessel, Redakteur der „Niederrheinischen Volkstribüne" in Düsseldorf, hat am Montag in dem dortigen Gefängniß die sechsmonatige Freiheitsstrafe angetreten, die ihm im Duell- und Spiritistenprozeß auferlegt wurde. Gegen ein anderes bereits rechtskräftiges Urtheil, das auf 2 Monate Gefängniß lautet, hat der genannte Parteigenosse das Wiederaufnahme-Verfahren beantragt. Die Entscheidung steht noch aus. Außerdem schweben noch zwei Beleidigungsklagen gegen ihn.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 29. März. (W. H.) Die „Ffl. Z." meldet aus Konstantinopel: Die Botschafter haben den englischen und den russischen Konsul in Tokat aufgefordert, als Vertreter der Großmächte an der Untersuchung der Metzeleien theilzunehmen. Täglich laufen neue Nachrichten über Verübungen von Grausamkeiten in Kleinasien ein. In der Nähe von Enzindjan, dem Sitze des Kommandanten des 4. Armeekorps, haben blutige Ereignisse stattgefunden. An hochstehende Armenier gerichtete Depeschen melden, daß in der letzten Woche Ströme von Blut geflossen seien. Die Pforte sucht mit allen Kräften den Eindruck, welchen die Nachrichten über neue Massacres auf Europa machen, zu mildern. Die Pforte ist machtlos gegenüber den Urhebern der Metzeleien und offenkundigen Agitationen aus dem Palaste.

München, 29. März. (W. T. B.) Der Hauptkassirer der „Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank", Staudacher, gegen welchen mit zwei anderen Beamten der Bank wegen der seinerzeit gemeldeten Defraudationen Termin vor dem Landgericht München I auf den 26. April angesetzt war, hat sich heute Nachmittag erschossen.

Budapest, 29. März. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Der klerikale Abgeordnete Pfarrer Kalmann meldete einen Antrag an, in welchem die Stellung des Abgeordneten Grafen Stefan Tisza als Präsident der Industriebank des Abgeordneten Hieronymi als Präsident der Agrarbank und des Abgeordneten Enyedy als Generaldirektor der letzteren Bank als mit dem Abgeordnetenmandate unvereinbar erklärt wird.

Oravicza, 29. März. (W. T. B.) Heute fand in der Benzin-Abtheilung der Petroleum-Raffinerie der Oesterreichisch-Ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft eine Kessel-Explosion statt, durch welche die Fabrik in Trümmer gelegt wurde. Unter den Trümmern sind zahlreiche Arbeiter verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Bisher wurden 6 Schwerverwundete und eine größere Anzahl Leichtverletzter geborgen.

Paris, 29. März. (B. H.) Im Prozesse gegen die Aerzte Boisloux und la Jarrige wegen zahlreicher verbrecherischer Frauenoperationen wurde heute das Urtheil gefällt. Beide wurden zu je fünf Jahren Gefängniß verurtheilt. Des im Sitzungssaale äußerst zahlreich anwesenden Publikums bemächtigte sich große Erregung wegen des milden Urtheils. Die Menge rief: „Nieder mit der Magistratur! Nieder mit den Geschworenen! Tod den Geschworenen! Nieder mit dem Gerichtshof!" Nur mit größter Mühe gelang es den Gendarmen, den Saal zu räumen.

Paris, 29. März. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Unter den zahlreich erschienenen Deputirten herrscht große Erregung. Die Deputirten Jullien und Clovis Hugues, deren Namen in Verbindung mit der Panama-Angelegenheit in der Presse genannt waren, protestiren energisch gegen diese Verleumdungen und ersuchen die Kammer in betreff ihrer die parlamentarische Unverletzlichkeit aufzuheben, damit sie sich vertheidigen und alsdann die Verleumder gerichtlich belangen können. Die Deputirten Salis und Goirand protestiren ebenfalls lebhaft gegen die Anschuldigungen, die gegen sie erhoben und erinnern daran, daß sie stets Gegner des Panamakanals gewesen seien. Die Kammer beschloß alsdann die Sitzung auszusetzen.

Während der Aufhebung der Sitzung herrscht in den Wandelgängen eine äußerst lebhafte Erregung. Alle Deputirten sind tiefbewegt über die energischen Proteste ihrer Kollegen auf der Tribüne. Nach Wiederaufnahme der Sitzung hält die hochgradige Bewegung an. Der Justizminister Darlan erklärt, der General-Staatsanwalt glaube, daß kein neuer Verfolgungsantrag gestellt werden könne, da sich keine neuen Thatsachen ergeben hätten. Der sozialistische Deputirte Deville beschuldigt den Justizminister, das Geheimniß der Untersuchung verletzt zu haben, indem er verlauten ließ, daß er neue Verfolgungsanträge einbringen könnte. (Lebhafte Unruhe.) Minister Darlan verwahrt sich energisch gegen diesen Vorwurf. Boyer und Maret erklären hierauf, daß sie für den Verfolgungsantrag stimmen werden, der ihnen ermögliche, ihre Schuldlosigkeit darzuthun. (Beifall.) Das Haus beschließt ohne namentliche Abstimmung fast einstimmig die Genehmigung der Verfolgungsanträge. Der Sozialist Rouanet schlägt vor, eine Untersuchungskommission für die Panama-Angelegenheit zu ernennen und verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit. Nachdem Ministerpräsident Meline sich mit der Dringlichkeit einverstanden erklärt hat, wird dieselbe angenommen.

Lavertujon brachte folgende Tagesordnung ein: Indem die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt und von dem Versprechen, die Aktenstücke mitzutheilen, Akt nimmt, beschließt sie, die Ernennung einer Untersuchungskommission zu vertagen. Meline erklärte, diese Tagesordnung anzunehmen. Hierauf wird der erste Theil derselben, welcher die Billigung der Erklärungen der Regierung ausspricht, mit 329 gegen 243 Stimmen, und der zweite Theil mit 270 gegen 268 Stimmen angenommen. Hierauf ging das Haus zur Budgetberathung über.

Kanea, 29. März. (W. T. B.) Heute Vormittag wurden 675 Mann Oesterreicher vom 89. steierischen Regiment in der Sudabai ausgeschifft. 400 Mann davon werden morgen das bei der Bai gelegene Fort Irredin besetzen.

Kanea, 29. März. (W. T. B.) Heute früh 8 Uhr ging die unter dem Befehl des französischen Hauptmanns Perignon stehende Truppenabtheilung, nämlich 75 Franzosen, 60 Italiener mit drei Geschützen und 20 Engländer mit einem Geschütz von hier nach dem Fort Sudaschi ab. Die Abtheilung traf um 11 Uhr dort ein und besetzte das Fort. Um 11½ Uhr wehten die französische, die italienische, die englische und die türkische Flagge über dem Fort. Die Geschütze waren auf dem Marsche von den Mannschaften durch die Schluchten gezogen worden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Ein Gerichtskapitel von der „Gnade".

Vor der Strafkammer zu Hildesheim spielte sich vorgestern ein sensationeller Prozeß ab. Angeklagt war der Privatsekretär Pfahl aus Hannover wegen eines vollendeten Betruges und eines Betrugsversuchs. Der Angeklagte ist in Hannover ansässig und scheint dort gewissermaßen als Spezialität die Anfertigung von Begnadigungs-Gesuchen zu betreiben. Unstreitig hat er darin viel Glück gehabt; denn viele seiner Gesuche hatten Erfolg. Ja, der Angeklagte besaß ein solches Renommee, daß die hervorragendsten Rechtsanwälte ihren verurtheilten Klienten den Rath ertheilten, sich an ihn zu wenden; denn wenn Einer in der Beziehung etwas fertig bringe, so sei es Pfahl. Man munkelte, daß er enge Beziehungen zu hohen Beamten in Berlin habe, mit deren Hilfe es ihm gelinge, seine Zwecke zu erreichen. Thatsache ist, daß ein Bruder des Beschuldigten Geh. Oberfinanzrath in Berlin ist. Schließlich fand die Staatsanwaltschaft Anlaß zum Vorgehen gegen Pfahl. Es waren drei Landleute wegen schwerer Körperverletzung zu je 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden und sie wandten sich an Pfahl, um ihre Begnadigung zu erzielen. Pfahl erklärte sich bereit, sein Möglichstes zu thun, und er soll dabei darauf hingewiesen haben, daß er in Berlin sehr gute Verbindungen habe, durch deren Vermittelung er den Zweck erreichen werde. Er habe in Berlin einen Bruder, der sei Geheimer Oberfinanzrath, und dann habe er auch auf andere hohe Persönlichkeiten in Berlin, so u. a. auf den Geheimen Rath v. Lucanus vom Zivilkabinet und den Geheimen Oberjustizrath Horstmann Einfluß und bei denselben Zutritt. Der Angeschuldigte hat sich dann einen Revers unterschreiben lassen, wonach er, wenn die Verurtheilten aus der Haft entlassen würden, 1650 M. erhalten solle. Pfahl will dann nach Berlin gereist sein und dort Schritte gethan haben. Jedenfalls ist Thatsache, daß die Verurtheilten, die inzwischen verhaftet worden waren, aus dem Gefängniß beurlaubt wurden. Die zuständige Staatsanwaltschaft ist dann drei Mal zum Bericht aufgefordert worden und hat dreimal die Begnadigung nicht allein nicht befürwortet, sondern sogar dargelegt, daß die Handlungsweise der Verurtheilten eine solch rohe gewesen, daß durchaus kein Grund vorliege, eine Begnadigung eintreten zu lassen. Ebenso ungünstig lauteten die von der Direktion der Strafanstalt in Hannover eingeforderten Berichte. Trotzdem ist die vollständige Begnadigung erfolgt. Pfahl machte nun noch auf 1775 M. Anspruch, wurde aber mit seiner Klage im Zivilprozeß abgewiesen, da nicht festgestellt werden konnte, daß gerade durch ihn die Begnadigung erfolgt sei. Es hatte nämlich zuletzt auch noch ein Lehrer aus Lehrte auf Veranlassung der Frauen der Verurtheilten ein Gnadengesuch angefertigt und abgesandt. Es wird dem Angeklagten nun vorgeworfen, daß er den inzwischen Begnadigten unter Vorspiegelung falscher Thatsachen, daß er in Berlin auf hohe Persönlichkeiten Einfluß besitze, das Geld abgenommen habe. Ferner wird ihm zur Last gelegt, daß er einem Verwandten derselben ein Darlehen von 300 M. abgenommen habe, indem er ihm schrieb, er wolle das Geld für einen hohen Beamten in Berlin, damit dieser ihn für reich halte. Die Verhandlung währte vier Stunden. In ihrem Verlauf wurden die Namen mancher hoher Beamten in Berlin in die Erörterung verwickelt, worauf der Staatsanwalt die Verlesung einer bei den Akten befindlichen Erklärung des Justizministers und die eventuelle Vernehmung des Geheimen Oberjustizraths Horstmann beantragte. Vom Präsidenten wurde mitgetheilt, daß der Bruder des Angeklagten, der Geheime Oberfinanzrath Pfahl in Charlottenburg, in der Anklagesache wegen des nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses jede Aussage verweigert habe. Der Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer aus, daß der vorliegende Fall viele Kreise interessire; der Angeklagte sei ein Mann, der in Begnadigungsgesuchen große Erfolge gehabt habe. Er habe sich darin einen solchen Ruf erworben, daß sogar Rechtsanwälte seine Hilfe in Anspruch genommen hätten. Es sei wirklich wünschenswerth, einmal beim Zivilkabinet anzufragen, ob der Angeklagte dort wirklich Einfluß gehabt und ob er bei Herrn v. Lucanus gewesen sei. Auffallen müsse es doch, daß die drei Landleute, obwohl die Staatsanwaltschaft in drei Berichten sich gegen deren Begnadigung ausgesprochen, trotzdem begnadigt seien. Das sei doch geradezu frappirend. Wie das zugehe, wisse er nicht, ob es der Einfluß des Angeklagten sei oder sein Glück. Er glaube, daß der Angeklagte keinen Einfluß besitze, sondern nur den Namen und die hohe Stellung seines Bruders zum Deckmantel benutzt habe. Das Treiben des Angeklagten sei ein gemeingefährliches; denn jedermann müsse annehmen, daß es mit dem Recht bei uns schlecht bestellt sei und Bestechlichkeit herrsche. Er beantrage, den Angeklagten schuldig zu befinden und ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß zu verurtheilen. — Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da er in der Handlungsweise des Angeklagten keine betrügerische Handlung gegenüber den Begnadigten fand.

Kommunales.

Weibliche Armenpflege. Bekanntlich liegt es in der Absicht, Frauen in größerem Maße zu den Geschäften der Armenkommissionen heranzuziehen. Die Armen-Direktion hat infolge dessen beschlossen, entweder selbst oder durch die neuen beiden Armenämter einen Aufruf zur freiwilligen Meldung zu erlassen.

Die Armen-Direktion hat zu Armenärzten gewählt für den 54. Medizinal-Bezirk Herrn Dr. Ernst Samter und für den 78. Medizinal-Bezirk Herrn Dr. Ludwig Wolffheim.

Die Minister für öffentliche Arbeiten und der Justiz haben im Einvernehmen mit dem Finanzminister Bedenken gegen die von den städtischen Behörden beabsichtigte Geradelegung der südwestlichen Straßenflucht der Neuen Friedrichstraße gegenüber dem Mittelbau des neu zu erbauenden Justizpalastes nicht erhoben. Auch haben dieselben nichts dagegen einzuwenden, daß von der förmlichen Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie an dieser Stelle abgesehen wird. Die Minister haben vorgedachte Genehmigung jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, daß der vor der Klosterkirche (unmittelbar vor dem Chor) belegene Landstreifen dauernd der Bebauung entzogen wird, damit nicht ein Theil des Kirchengebäudes, eines der ältesten Denkmäler Berlins verdeckt werde.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Der zu heute Abend angekündigte Unterricht in Nationalökonomie (Nordschule) findet Umstände halber am Sonnabend Abend statt. Die Semesterferien der Schule beginnen am heutigen Tage und dauern voraussichtlich bis Mitte April. Der Vorstand.

Die Beerdigung des Parteigenossen Reymund Schlüter am Sonntag Nachmittag gestaltete sich überaus feierlich. Wie wir vorige Woche schon mittheilten, litt Schlüter an hochgradiger Schlafsucht, besonders in den letzten Monaten, und in einem solchen Schlafanfalle erfolgte bekanntlich am Dienstag Abend sein Tod in dem Rühle'schen Lokale in der Ackerstraße. Das Personal der Gebrüder Rothmann'schen Nähmaschinen-Fabrik, (hier war Schlüter lange Jahre als Schlosser beschäftigt) war vollzählig mit dem Fabrikbanner erschienen und eröffnete unter Vorantritt eines Bläserkorps den etwa 1000 Personen zählenden Leichenzug, in dem eine große Anzahl Kränze dem im 33. Lebensjahre Verschiedenen als letztes äußeres Ehrenzeichen nachgetragen wurden. Der Kirchhof der katholischen Sebastiangemeinde an der Dalldorfer Chaussee vermochte die Menschenmenge kaum zu fassen, da außer dem eigentlichen Leichenzuge noch viele in Droschken und mit der Pferdebahn den ziemlich entfernt liegenden Begräbnißplatz zu erreichen suchten. Von der sonst üblichen ungebetenen Begleitung und Ueberwachung war diesmal nichts zu bemerken. An der Gruft hatte der Gesangverein „Nordwacht" Aufstellung genommen, unter dessen entsprechenden Grabgesängen der todte Genosse der Erde übergeben wurde, betrauert von seinen hochbetagten Eltern und sonstigen Angehörigen. Der sechste Wahlkreis verliert in Reymund Schlüter einen wenn auch stillen, aber desto zielbewußteren Kampfgenossen, und nicht unerwähnt darf bleiben, daß zur Zeit des Ausnahmegesetzes Schlüter es sehr gut verstanden hat, für eine sichere Verbreitung des so sehr „gesuchten" „Sozialdemokrat" unter den Genossen zu sorgen. Auch die Metallarbeiter-Organisation verliert in Schlüter ein treues Mitglied; mögen recht viele ihm nacheifern! Ehre seinem Andenken! Kranzspenden wurden niedergelegt vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem sozialdemokratischen Verein „Vorwärts" Berlin, den Kollegen des Verstorbenen, dem Gesangverein „Reibeeisen", dem Gastwirth Rühle, in dessen Lokal Schlüter verschieden, und vielen anderen. —

Der Berliner Magistrat als Landschul-Patron. Im „Gemeindeblatt" wird wieder einmal von der Deputation für die Kanalisationswerke und die Rieselfelder eine Landlehrer-Stelle — die des vierten Lehrers an der unter dem Patronat des Magistrats stehenden Schule in Großbeeren — ausgeschrieben. Das Gehalt beträgt jährlich 750 M., außerdem 150 M. Miethsentschädigung und 50 M. Feuerungsentschädigung. Aehnlich niedrige Gehälter sind an den Landschulen, die der Magistrat beim Erwerb der zu Rieselzwecken bestimmten Ländereien in der Umgegend Berlins mit übernommen hat, bisher überall gezahlt worden. In den Stellen-Ausschreibungen der letzten Jahre wurden den Bewerbern folgende Gehälter (überall außer freier Wohnung und Feuerung oder entsprechender Entschädigung) angeboten: dem 2. Lehrer in Rosenthal 750 M. bei provisorischer, 900 M. bei definitiver Anstellung; einem Lehrer in Hellersdorf 640 M. (dazu — außer freier Wohnung und Feuerung — ½ Morgen Kartoffelland und Garten, ½ Schock Stroh, pro Woche 8 Liter Milch, für Roggen und Erbsen 137,20 M. baar); einem Lehrer in Nordend 900 M. bei provisorischer, 1050 M. bei definitiver Anstellung; dem Lehrer und Küster in Heinersdorf 1000 M., dem zweiten Lehrer in Großbeeren 1000 M., dem Lehrer, Organisten und Küster in Ruhlsdorf 900 M.; dem zweiten Lehrer in Ruhlsdorf 750 M.; dem ersten Lehrer in Schenkendorf 900 M.; dem ersten Lehrer und Küster in Malchow 1189 M.; dem zweiten Lehrer in Malchow 800 M.; dem dritten Lehrer in Großbeeren 750 M., später vielleicht 810 M.; dem zweiten Lehrer in Blankenfelde 750 M. Einige Stellen haben in wenigen Jahren mehrfach (die in Rosenthal von 1891—1896 viermal) den Inhaber gewechselt. Von den Bewerbern wird stets verlangt, daß sie ihre Examina gemacht und sich im Schuldienst nachweislich bereits bewährt haben.

Die sozialen Ursachen der Geisteskrankheiten. Ebenso wie die körperlichen Krankheiten treffen bekanntlich auch die Geisteskrankheiten den Menschen nicht planlos und willkürlich, sondern sie sind stets die Folge bestimmter, in vielen Fällen auch nachweisbarer Ursachen. Unter diesen Ursachen spielen sowohl bei den Körper- wie auch bei den Geisteskrankheiten die sozialen, wie Noth, Ueberanstrengung, ungenügende Wohnung, Sorge ꝛc., eine große Rolle. Belehrende Rückschlüsse auf diese Einwirkung sozialer Ursachen auf die Entstehung von Geisteskrankheiten gestatten die von den städtischen Irrenanstalten Herzberge und Dalldorf gemachten Angaben über den Beruf der den Anstalten überwiesenen Patienten. Von den im abgelaufenen Verwaltungsjahr den beiden Anstalten zugeführten männlichen Kranken waren von je 100:

	Herzberge:	Dalldorf:
Handwerker	43	39
Arbeiter	26	23
Kaufleute u. Gewerbetreibende	20	15
Gelehrte, Beamte, Künstler ꝛc.	7	10
Von je 100 Frauen wären:		
Arbeiterinnen, Dienstmädchen .	19	31
Handwerkerfrauen u. -Wittwen	21	22
Arbeiterfrauen u. -Wittwen .	11	19
Kaufmannsfrauen u. -Wittwen	8	5
Militär- und Beamtenfrauen und -Wittwen	7	5

Die kleineren Zahlen solcher Patienten, die sich auf verschiedene Berufe zersplittern, sind hier nicht mit aufgeführt.

Interessant ist noch die Mittheilung der Anstalt Herzberge, daß sich unter je 100 der aufgenommenen Frauen 3 Prostituirte befanden. —

Der „Kaufmännische Hilfsverein zu Berlin" hat 1896 (bezw. 1895) in seiner Stellenvermittelung 1049 (1058) angemeldete Vakanzen und 2456 (2330) eingeschriebene Bewerber gehabt. Besetzt wurden nur 746 (714) Stellungen. Der Jahresbericht für 1896 berechnet das Verhältniß der besetzten Stellungen zu den angemeldeten Vakanzen — 1896: 71,11 pCt., 1895: 67,81 pCt. — und bemerkt dazu: „Hieraus ergiebt sich, daß auch unsere Stellenvermittelung im vergangenen Jahre mit wachsendem Erfolge gearbeitet hat." Berechnet man aber (was der Bericht nicht thut!) das Verhältniß der besetzten Stellungen zu den eingeschriebenen Bewerbern, so erhält man für 1896: 30,37 pCt., für 1895: 30,64 pCt. Diese Zahlen sind erheblich niedriger, und sie lassen auch den „wachsenden Erfolg" vermissen. Der einzige Fortschritt von 1895 zu 96 besteht darin, daß die Chefs, welche Leute brauchten, ihre Wünsche in größerem Umfange befriedigt erhalten konnten, weil sie unter der größeren Zahl von Bewerbern, die ihnen der Verein präsentiren konnte, mehr Auswahl hatten. Die Chefs, die dem Verein als Gönner (außerordentliche oder immerwährende Mitglieder) angehören, werden das in der That als einen „wachsenden Erfolg" ansehen, aber den Stellung suchenden Handlungsgehilfen ist damit leider wenig geholfen.

Der Bau der elektrischen Stadtbahn der Firma Siemens u. Halske ist heute wieder in Angriff genommen worden. Mit dem Anfahren des Arbeits- und Baumaterials und dem Ausschachten der Baugruben ist bereits begonnen worden. Zunächst wird in der Skalitzerstraße, vom Kottbuser Thor ab, ausgeschachtet. Die Fundamentirungsarbeiten werden in der Richtung nach dem Schlesischen Thor zu fortschreiten. Nach Ostern gedenkt die Firma mit Aufstellen der Säulen und Aufbringen der Eisenkonstruktion beginnen zu können. Gegen eine Anzahl Hausbesitzer in der Köthenerstraße, die sich mit der Gesellschaft wegen Abtretung von Hinterland nicht einigen wollen, soll das Enteignungsverfahren beantragt werden.

Weil er sich fortgesetzt der Verpflichtung entzog, seine Kinder zu erhalten, obwohl er dazu in der Lage war, ist ein hiesiger Arbeiter — laut Bekanntmachung im „Gemeindeblatt" — zu 20 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft verurtheilt worden. Das ist in drei Jahren erst der dritte derartige Fall, über den die Armendirektion im „Gemeindeblatt" zu berichten hat. Bei dem Feldzug gegen die „pflichtvergessenen Väter", der vor drei Jahren mit vielem Geschrei angekündigt wurde, ist also bisher recht wenig herausgekommen.

Der Ausschuß für die Erhaltung des Botanischen Gartens als Park will eine Massenpetition an den Landtag richten, in welcher der Landtag gebeten werden soll, dem Finanzminister die Ermächtigung zum Verkauf des Gartens für Bauspekulationszwecke zu versagen.

Raufbolde. Zwei Pistolenduelle haben in der letzten Zeit wieder im Grunewald stattgefunden. Der erste Zweikampf, bei dem ein Angehöriger der hiesigen landwirthschaftlichen Hochschule betheiligt war, wurde vor etwa vierzehn Tagen ausgefochten. Er verlief ebenso unblutig wie der zweite. Dieser fand Ende voriger Woche in einer frühen Morgenstunde statt. Als Gegner standen sich ein hiesiger und ein auswärtiger Korpsstudent gegenüber, die einer jungen Dame wegen an einander gerathen waren. Nach dem ersten Kugelwechsel kam in diesem Falle eine Aussöhnung zu stande. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Nachträgliches vom „Nationalfest". Die Bäcker-Innung „Concordia" hat beschlossen, aus Anlaß der Zentenarfeier dem Kaiser durch den Obermeister Gemeinhardt eine Huldigungsadresse zu überreichen.

Praktisch. Ein Pastor, namens Hülle, ist gelegentlich der Hundertjahrfeier mit dem „Wilhelm-Orden" beschenkt worden. Jetzt bringt die „Norddeutsche Allgemeine" eine weitläufige Lebensbeschreibung des in den weitesten Kreisen unbekannten Mannes, um zu erklären, wer er sei und daß er auch wirklich den Orden verdient habe. Kann diese Gepflogenheit nicht auch auf dekorirte Kommerzienräthe ausgedehnt werden? Es trifft sich so selten, daß die Verdienste derartiger vorbildlicher Staatsstützen im Volke bekannt sind.

Politik in der Schule. Freisinnigen Blättern zufolge wird das vor 12 Jahren erschienene Oskar Meding'sche Machwerk „91 Jahre Glaube, Kampf und Sieg", welches neben einer Verherrlichung Wilhelms I. allerhand plumpe Ausfälle gegen die Oppositionsparteien enthält, in Berliner Gemeindeschulen als Prämie vertheilt. Da rede noch einer davon, daß die freisinnige Gemeindevertretung nichts von Patriotismus wissen will. Sie treibt ihn bis zur Selbstentäußerung.

Welche patriotischen Unternehmer zahlen ihren Arbeitern nicht den schuldigen Lohn für die ihnen aufgezwungenen Feiertage? In den Preßmarmor- und Granitwerken von F. Heuber, Berlin O., Fruchtstr. 1—2, haben die sämmtlichen Arbeiter am 22. März feiern müssen, ohne daß der Besitzer seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Lohnzahlung nachgekommen wäre. „Wem es nicht paßt, der kann gehen," hieß es am Sonnabend.

Gleichermaßen ist der Hofdrechslermeister M. Röhl, in Firma Neumeister, seinen Arbeitern den Lohn für den 22. März schuldig geblieben. Des weiteren sind noch folgende patriotische Unternehmer zu nennen, die ihren Arbeitern gelegentlich der Zentenarfeier einen unfreiwilligen Feiertag aufzwangen, ohne ihren Verpflichtungen zur Lohnzahlung nachzukommen: H. W. Heidmann, Lehrter Güterbahnhof, Paul Stolte, Bauunternehmer, Anhaltstraße 10, Hoflieferant Schneidermeister Sachs, Taubenstr. 7, Hoflieferant Kühlstein (Wagenfabrikant), Steinsetzmeister A. Brehme, Wriezenerstraße 40, Fahrrad-Fabrikanten Quosdorff und Bultwell, Bauhedarfsfabrik Schulz u. Komp., Nieder-Schöneweide, Horn- und Perlmutter-Knopffabrikant Leibholz, Oranienstraße 183, Versicherungsgesellschaft Neptun, Oranienstr. 97, Hoflieferanten Stahlfeder- und Federhalterfabrik S. Röder u. Fuchs (früher A. Rey), Ritterstr. 123.

Weiter wird uns geschrieben: Die Firma Jules Bister, Unter den Linden 8, die zu den sogenannten „feinen" Konfektionsgeschäften gehört, ist Hoflierant des Kaisers. Es ist daher nicht zu verwundern, daß sie sich durch Illumination und Ausschmückung des Geschäfts hervorthat. Sie zwang gleichfalls ihre Arbeiterinnen, 1½ Tage zu feiern und behielt den diesen rechtmäßig zustehenden Lohn ein, trotzdem die Arbeiterinnen auf 14tägige Kündigung angestellt sind. Jetzt haben die bürgerlichen Frauen Gelegenheit, ihre zur Zeit des Frauenkongresses gespendeten Worte in die That umzusetzen, indem sie alle Geschäfte meiden, die den Arbeitern den schuldigen Lohn vorenthalten.

Ein Baumeister Zigra läßt am Savigny-Platz drei Bauten ausführen. Die Bauarbeiter waren am vorigen Montag wie gewöhnlich zur Arbeit gekommen. Als sie um 9 Uhr gerade ihr Frühstück verzehrten, erschien ein Angestellter des Baumeisters und verkündete, daß die Arbeiter sofort den Bau zu verlassen hätten, wenn sie nicht mit polizeilicher Gewalt herabgetrieben werden wollten. Baumeister Zigra hat den Arbeitern bis jetzt noch keinen Pfennig von dem Lohn gezahlt, dem er ihnen für den Montag schuldet.

Besonders hoch wird es dem preußischen Kriegsministerium in verschiedenen Zeitungen angerechnet, daß es in voriger Woche der Arbeiterschaft gegenüber seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. So schreibt ein hiesiges Blatt:

„Sehr freigebig (!) ist zur Hundertjahrfeier das preußische Kriegsministerium gewesen. Es hat in den Militärwerkstätten zu Spandau den Betrieb am Montag und Dienstag ruhen lassen und die Arbeiter für den verloren gegangenen Verdienst voll entschädigt. Die Leute erhielten je nach der Höhe ihres Tagelohnes oder ihres durchschnittlichen Akkordverdienstes pro Tag zwischen drei und sechs Mark ausgezahlt. Die Direktionen der Spandauer Fabriken haben für diesen Zweck rund 80 000 Mark aufgewendet."

Mit der „Freigebigkeit" hat das Kriegsministerium nur seine gesetzliche Pflicht erfüllt; den Arbeitern ist gegeben worden, was der staatliche Unternehmer ihnen schuldete. Es macht sich in Blättern, die Tag für Tag die Heiligkeit des Eigenthums predigen, überaus kurios, wenn sie als abnorme Großmuth, als eine über das Maß der Verpflichtungen weit hinausgehende Handlung hinstellen, was einfach nicht mehr als in der Ordnung ist. Wer seinen Arbeitern nicht den Lohn für Feiertage zahlt, die er ihnen aufzwingt, der handelt juristisch genau so wie der böswillige Schuldner, und moralisch noch weit verwerflicher als dieser. Denn der Gläubiger kann sein Geld ohne Gefahr einklagen; für den Arbeiter bedeutet es aber Entlassung, wenn er sich erdreistet, in solchem Falle bei den Gerichten sein Recht zu suchen. Mehr als je trifft gelegentlich der Zentenarfeier das Bibelwort zu: „Wer seinem Arbeiter den Lohn nicht giebt, der ist ein Bluthund."

Der abgesetzte Bürgermeister Roll aus Gnesen will sich, wie die „Posener Zeitung" meldet, in Berlin als Rechtsanwalt niederlassen.

Das Liebesleben einer Ordnungsstütze schildern Berliner Blätter in folgendem: „Eine bittere Enttäuschung hat ein Stadtverordneten-Vorsteher und Eigenthümer aus der Umgebung Berlins erlebt. Schon oft hatten Verwandte ihm zugeredet, sich ein Weib zu nehmen, lange vergeblich. Endlich aber fühlte er sich auch selbst vereinsamt und der Zufall wollte es nun bald, daß er in Berlin ein Mädchen kennen lernte, das ihm so recht gefiel. Sie hatte einen alten, stolz klingenden Namen, v. B., und verfügte auch über einige Reichthümer. Beides behauptete sie wenigstens, und da er, dem sie es sagte, sterblich in sie verliebt war, so fand sie in allem auch Glauben. Da die Siebzehnjährige auch an ihm, obwohl er die Vierzig bereits überschritten hat, Gefallen fand, so stand der ehelichen Verbindung nichts im Wege. Mit dem glücklichen Bräutigam freuten sich die Anverwandten über den vornehmen Zuwachs der Familie. Ein verhängnißvoller Besuch aber machte alles Glück zu nichte. Fräulein v. B. weilte einige Zeit auf dem Gute eines Bruders ihres Bräutigams. Da fiel es nun den weiblichen Familiengliedern auf, daß die junge Dame nicht ein einziges Zeichen in irgend einem Wäschestück hatte. Man wurde stutzig und äußerte seinen Verdacht auch dem Heirathskandidaten. Der theilte ihn natürlich anfangs nicht, war aber doch vorsichtig genug, sich jetzt einmal näher nach

den Verhältnissen seiner Angebeteten, der er bisher blindlings vertraut hatte, zu erkundigen. Der frühere Kriminalbeamte v. P. ermittelte zunächst, daß die junge Dame, die sich von dem Gute des zukünftigen Schwagers sofort wieder nach Berlin hatte begeben wollen, dort erst acht Tage später angekommen war. Was für eine Kunstreise sie in der Zeit gemacht hatte, war nicht recht festzustellen. Endlich stellte sich aber auch heraus, daß sie kein reiches Fräulein v. B. war, sondern einen bürgerlichen Namen führt und die Tochter einer Frau ist, die sich durch Zimmervermiethen im Westen der Stadt so gut es geht durchschlägt. Diese Entdeckungen wirkten auf den guten Mann sehr niederschmetternd. Als er nun aber von der Braut, die von den Nachforschungen keine Kenntniß hatte, gar die briefliche Mittheilung erhielt, daß die Hochzeit dränge, da dampfte er Knall und Fall nach Konstantinopel ab. Bis jetzt hat man nur vernommen, daß er dort glücklich angekommen ist; weiteres hat der Enttäuschte noch nicht vernehmen lassen.

Wahrscheinlich sammelt die Ordnungsstütze am Goldenen Horn Kräfte, um binnen kurzem wieder im stande zu sein, das Heiligste, was der Deutsche kennt, die Stellung der Frau, gegen den Umsturz zu vertheidigen.

Ergänzungen zu den Verhaltungsmaßregeln im Falle einer Mobilmachung werden jetzt von den Bezirkskommandos den Mannschaften des Beurlaubtenstandes durch die Post zugestellt. Diese Ergänzungen sind in den Militärpaß einzulleben und bei den Kontrollversammlungen vorzuzeigen. Wer sie verliert, hat den Verlust sofort bei seinem Bezirkskommando anzuzeigen.

Ein Frühgewitter, das gestern zwischen 7 und 8 Uhr über Berlin und den Vororten niederging, weckte mit einigen heftigen Schlägen die Langschläfer aus dem Morgenschlummer, die reichlichen Niederschläge, die uns die letzten Tage brachten, haben die Vegetation mächtig gefördert.

Abermals will der brave Bürgersmann die Polizei gegen die Prostitution aufbieten. Diesmal sind es die Anwohner der Steinmetz-, Alvensleben- und Kulmstraße, welche wegen des „nächtlichen Unfugs" an den Polizeipräsidenten petitioniren. Ja, wenn die Schutzmannschaft gegen diese nothwendige Begleiterscheinung der heutigen „Ordnung" helfen könnte!

Die Schloßfreiheit ist wieder für den vollen Verkehr freigegeben.

Die Polizei soll neuerdings angewiesen worden sein, besonders genau darauf zu achten, daß der § 115a der Gewerbe-Ordnung, nach welchem Lohn- und Abschlagszahlungen an Arbeiter ohne Genehmigung der Polizeibehörde nicht in Gast- und Schankwirthschaften oder in Verkaufsstellen stattfinden dürfen, von den Unternehmern oder deren Vertretern befolgt werde.

Vor den Augen seiner Frau erschossen hat sich am Sonntag Abend um 10 Uhr der 48 Jahre alte Arbeiter Karl Knorr aus der Birkenstr. 56. Knorr, der seit fünf Jahren verheirathet war, hatte auf dem genannten Grundstück die Pförtnerstelle. Gestern Abend saß er im Nachbarhause in der Schankwirthschaft von Hoff. Frau Knorr machte um 10 Uhr im Hause das Licht aus und sah sich bei der Gelegenheit auch nach ihrem Manne um. Als sie, in der Thür stehend, dessen Einladung zu einem Glas Bier ablehnte, griff Knorr plötzlich in die Tasche, nahm Geld und Schlüssel heraus, um sie auf den Tisch zu legen, zog dann eine Pistole hervor, die er schon lange bei sich trug, und tödtete sich auf der Stelle durch einen Schuß in den Mund. Knorr hatte in der letzten Zeit viel Aerger wegen einer Frau, die er anscheinend ohne Grund des Diebstahls geziehen hatte.

Soldatenselbstmord. Ein Soldat des 18. Infanterie-Regiments hat sich gestern Abend an einsamer Stelle zwischen Spandau und Charlottenburg vor den 7 Uhr 42 Min. von Spandau abgehenden Vorortzug geworfen und ist von diesem buchstäblich zermalmt worden. Die genauere Feststellung der Personalien, sowie das Motiv zur That selbst ist bisher noch unbekannt. Der Soldat befand sich aller Wahrscheinlichkeit nach hier auf Urlaub.

Ueberfall. In der Nacht zum 10. d. M. ist der Schuhmacher Hellwig vor dem Hause Kirchbachstr. 5 hinterrücks angefallen und mittelst gefährlichen Werkzeuges körperlich so schwer mißhandelt worden, daß er mit zertrümmertem Schädel in der Klinik Ziegelstraße vernehmungsunfähig darniederliegt. Hellwig ist anscheinend das Opfer einer Personenverwechselung geworden; die Thäter dürften in der berüchtigten Klasse der Zuhälter zu suchen sein. Es ist erwünscht, daß Zeugen des Vorfalles sich bald auf dem Polizeipräsidium, Alexanderplatz, Zimmer 244, zu ihrer Vernehmung einfinden.

Unglücksfälle in Vergnügungslokalen, durch schlechte Konstruktion oder Baufälligkeit der dort aufgestellten Schaukeln, Turn- und Spielgeräthe ꝛc. veranlaßt, sind nicht seltenes. Es ist deshalb eine polizeiliche Revision nach dieser Richtung hin für die Vergnügungslokale Berlins und der Vororte angeordnet worden. Den Wirthen ist außerdem zur Pflicht gemacht worden, bei Aufstellung und Betrieb derartiger Unterhaltungsgeräthschaften die größte Vorsicht walten zu lassen, da sie event. bei Verschulden persönlich haftbar und auch strafrechtlich verantwortlich sind.

Das „unfehlbare Mittel". Eine behördliche Untersuchung wird der Tod der 82 Jahre alten Postschaffnersfrau Barbara Kubernath aus der Hussitenstr. 22 zur Folge haben. Die Frau litt seit Jahren an Athembeschwerden und Kopfschmerzen. Das Leiden steigerte sich öfters zu so heftigen Anfällen, daß sie auf Stunden und sogar auf Tage das Bewußtsein verlor. Gegen die Kopfschmerzen hatte ihr nun eine Bekannte ein Pulver empfohlen, das ein Droguist in der Anklamerstraße verkauft. Das Mittel hatte immer geholfen, und so wurde es denn auch am Freitag wieder angewandt, als sich wieder ein heftiger Anfall einstellte. Der vierzehnjährige Sohn holte erst sechs und dann noch zwei Pulver. Die Kranke nahm alle acht, gerieth stark in Schweiß, verlor das Bewußtsein und starb am Sonnabend Mittag, ohne wieder zu sich gekommen zu sein.

Ein räthselhafter Ueberfall. Ein hiesiges Blatt berichtet: Am 6. d. M. gegen 10 Uhr kamen in die Schankwirthschaft von Pahl in der Invalidenstraße 92 drei Matrosen. Als Pahl um 12 Uhr Feierabend bieten mußte, erwiderte ihm einer der Matrosen: „Sie haben uns garnichts zu bieten, wir lassen uns nicht rausschmeißen." Ein bürgerlicher Gast, der noch da war, fiel mit der Frage an den Wirth ein: „Na, bist Du denn nicht mehr Herr in Deinem eigenen Hause?" Kaum hatte er das gesagt, so sprangen auch die Matrosen schon auf, um über ihn herzufallen. Sie ließen jedoch von ihm ab, als der Wirth sich ins Mittel legte. Dafür aber erhielt dieser einen Faustschlag ins Auge und einen Messerstich in den Hinterkopf. Nun wurden die Matrosen zur Thür hinausgedrängt. Pahl folgte ihnen, um sie durch einen Schutzmann feststellen zu lassen. Als er aber bis zum Louisenplatz noch keinen Beamten gefunden hatte, wurde er zur Umkehr gezwungen, indem ihm einer der Seemänner noch einen scharfen Hieb über die Schulter versetzte. Pahl war infolge der Verletzungen 14 Tage krank. Auf seine Anzeige beim Reichs-Marine-Amt wurde er vor 8 Tagen mit dem bürgerlichen Gaste dorthin vorgeladen. Unter den auf dem Hofe an der Boßstraße aufgestellten Matrosen bezeichneten beide Männer drei mit Bestimmtheit als die Thäter. Gegen diese drei richtete sich nun das Verfahren. Vorgestern erhielt nun Pahl vom Reichs-Marine-Amt den Bescheid; daß das Verfahren eingestellt worden ist. Die Ermittelungen haben ergeben, daß diese drei Matrosen an dem fraglichen Abend und in der Nacht vom 6. zum 7. März ihr Quartier nicht verlassen haben. Hiernach wird die Angelegenheit kaum noch eine Aufklärung finden.

Bei der Reinigung eines Revolvers, die der 42 Jahre alte Schankwirth Friedrich Harms nachmittags in seiner Wohnung in der Gitschinerstr. 107 vornahm, entlud sich die Waffe und die Kugel drang Harms in den Unterleib. Er wurde in das Krankenhaus Am Urban gebracht.

Von einem größeren Schuljungen, der am Sonntag inmitten einer Anzahl Kameraden an der Ecke der Perleberger- und Rathenowerstraße mit einer Pistole Unfug trieb, ist um 3½ Uhr nachmittags ein des Weges kommender Beamter des Moabiter Untersuchungsgefängnisses angeschossen und am Knie verletzt worden. Glücklicherweise ist die Wunde nicht gefährlich. Der deutsche Heldensohn, der den Frevel verübte, entkam.

Siebenmal wurde die Feuerwehr am letzten Sonntag alarmirt und fast stets gleichzeitig zu mehreren Bränden. Früh um 10 Uhr brannte eine Wohnung in der Landsberger Allee 128. Als die erste Kompagnie an der Brandstätte ankam, brannten hauptsächlich Betten und Möbel unter großer Rauchentwickelung. Die Wohnungsinhaberin wurde von der Wehr in Sicherheit gebracht. Sie hatte am Kopfe und an den Händen schwere Verletzungen erlitten und mußte nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden. Abends um neun Uhr ging der Dachstuhl des Hauses Zionskirchstraße 40 in Flammen auf. Eine Anzahl kleiner, nicht versicherter Miether ist arg geschädigt. — Die übrigen Brände konnten schnell gelöscht werden.

Im Schiller-Theater wird morgen „Die Bildhauer", Schauspiel in 4 Akten von Eugen Reichel, zum ersten Male in folgender Besetzung der Hauptrollen gegeben: Andreas Krist, Bildhauer Eduard von Winterstein, Waldemar Dorner, Bankier Julius Cohen, Frau Friederike Dorner, Marie Wilke, Helene Dorner, Hedwig Pauly, Franz Lehrt, Violinvirtuose Albert Patry, Dr. Kurt Hellendorf, Carl Dahlen, Bödner, Stadtrath Alfred Schmasow, Albert Rosett, Bildhauer Ewald Bach, Adele Bauer, Näherin Paula Lewermann, Wager, ein Handelsmann Max Walden. — Heute kommt „Maria Stuart" zur Aufführung, die Rolle der Elisabeth spielt Frau Antonie Leuthold a. Gast.

Im Volks-Theater gelangt Ende der Woche das Heinrich Willken'sche Volksstück „Hopfenraths Erben" zur ersten Aufführung. Vorher und zwar vom Dienstag ab, wird vielseitigen Wünschen entsprechend, Hugo Müller's Lebensbild „Von Stufe zu Stufe" gegeben.

Aus den Nachbarorten.

Ein drolliger Streit hat sich in der Gemeindevertretung Lichtenberg entsponnen, da der Gemeindevorstand dem Kaiser Wilhelm ein Denkmal setzen will, während verschiedene Bürger und Gemeindevertreter verlangen, daß dem Kaiser Friedrich ein Denkmal errichtet werden soll.

Der bekannte Naturarzt und frühere Rechtsanwalt Martin Glünicke hat in seiner zu Friedrichshagen belegenen Villa durch Aufschneiden der Blutadern an den Beinen und der Pulsadern am gestrigen Sonntag seinem Leben ein Ende gemacht. Nachmittags 4 Uhr hörten die Nachbarn Glünicke's ein lautes Stöhnen, sie gingen dem Schalle nach und fanden ihn in seinem Blute schwimmend in den letzten Zügen. Das Motiv zu der verzweifelten That war ein unheilbares Halsleiden. Die Gattin Glünicke's, eine Amerikanerin, war zur Zeit der That in Potsdam. Glünicke war zu Anfang der achtziger Jahre beim Berliner Landgericht I als Anwalt thätig, ließ sich als solcher Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen, ging nach Amerika und wurde in der Liste der Anwälte auf grund ehrengerichtlichen Urtheils gelöscht. Vor einigen Jahren kehrte er als Naturarzt zurück; er fand kolossalen Zulauf, namentlich behauptete er den Krebs heilen zu können. Seine Praxis brachte ihm ein Vermögen ein, das er in der letzten Zeit auch zu einer verfehlten Zeitungsgründung verwendete.

Die Bahnwärter-Wittwe Frau Marie Zesch aus Klein-Besten bei Königs-Wusterhausen, welche unter dem dringenden Verdachte steht, in der Nacht zum 12. Mai v. J. ihren Ehemann des Nachts im Schlafe erschossen zu haben, ist wieder in Untersuchungshaft genommen worden. Als die in Königs-Wusterhausen geführte Untersuchung abgeschlossen war, wurde Frau Zesch aus der Untersuchungshaft entlassen, der Untersuchungsrichter am Landgericht II fand aber, als er die Untersuchungsakten nachprüfte, daß zu einer Einstellung des Verfahrens kein Anlaß vorliege. Auf seine Veranlassung wurde Frau Zesch von neuem verhaftet. Auf die von der Beschuldigten erhobene Beschwerde hob die beschlußfassende Strafkammer die Untersuchungshaft von neuem auf, hiergegen erhob aber die königliche Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Kammergericht und dieses hat nun die erneute — dritte — Verhaftung der Frau angeordnet. Die Beschuldigte befindet sich bereits wieder im Moabiter Untersuchungsgefängnisse.

Einen schrecklichen Tod fand der Kutscher Karl Bingner aus der Krummestraße Nr. 27 zu Charlottenburg, der bei den Vereinigten Mörtelwerken beschäftigt war. Bingner wollte mit seinem leeren Wagen nach dem Depot in der Bachstraße Nr. 4/5 fahren, um Feierabend zu machen. Als er in der Kurfürstenstraße war, begann es zu regnen. Um sich zum Schutz gegen die Nässe eine wollene Decke umzulegen, erhob er sich. Daraufhin rückten die Pferde plötzlich scharf an, Bingner stürzte vom Wagen und fiel so unglücklich hin, daß ihm die Räder über die Brust gingen und diese zerquetschten. Der Verunglückte, der eine Frau und zwei Kinder hinterläßt, gab fast auf der Stelle seinen Geist auf. Ein Arzt, der zu Hilfe gerufen wurde, konnte nur feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war.

Eine Liebestragödie hat im benachbarten Köpenick am Sonnabend ihre Aufklärung gefunden. Am 14. März verschwand plötzlich die zwanzigjährige Tochter des Wäschereibesitzers W. und gleichzeitig mit ihr der in der Waschanstalt beschäftigte achtundzwanzigjährige Knecht Paul Bergmann. Anna W. hatte mit dem letzteren ein Liebesverhältniß unterhalten, von welchem die Eltern des jungen Mädchens vor etwa vierzehn Tagen durch Zufall erfuhren. Wohl in der Befürchtung, daß der Wäschereibesitzer seine Einwilligung zu einer ehelichen Verbindung nicht geben werde, hat das Paar gemeinschaftlichen Selbstmord ausgeübt. Am Sonnabend Nachmittag wurde die Leiche des Bergmann in der Spree hinter dem Köpenicker Kietz gelandet. Die Leiche des Mädchens ist bisher noch nicht gefunden worden.

Soziale Rechtspflege.

Für Kutscher und Mitfahrer in Brauereien und ähnlichen Betrieben ist eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes von erheblicher Bedeutung. Der Kutscher Koch verunglückte bei einer Geschäftstour dadurch, daß der Wagen umschlug, in dem sich einer der höheren Angestellten einer Brauerei befand. Koch, der sonst Bier zu fahren hatte, war diesmal ausnahmsweise mit der Führung des fraglichen Personenwagens betraut worden. Seinen Anspruch auf eine Unfallrente wies die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft mit der Begründung ab, daß die vom betreffenden Brauereibeamten unternommene „Kundenreise" dem kaufmännischen Theil des Brauereibetriebes und nicht seinem technischen Theile zugehöre, und daß demnach von einem entschädigungspflichtigen Unfalle beim Brauereibetriebe nicht geredet werden könne. Das Schiedsgericht erkannte im gleichen Sinne. Auf den Rekurs des Klägers erhob das Reichs-Versicherungsamt über die näheren Umstände Beweis. Es wurde festgestellt, daß bei solchen Geschäftsreisen bei den einzelnen Kunden das Bier auf seine Brauchbarkeit geprüft wird; auch werden bei der Gelegenheit Reklamationen entgegengenommen. Hierin erblickte das Rekursgericht einen hinreichenden Zusammenhang auch mit dem technischen Theil des Betriebes, um einen Betriebsunfall anzunehmen. Es sprach deshalb dem Kläger die gewünschte Unfallrente zu.

Die Haftung der Arbeiter für ihnen anvertraute Gegenstände ist nach einem wunderlichen Urtheil der Kammer VII des Gewerbegerichts recht weitgehend. Dem Kutscher Z. ging ein wasserdichter Plan verloren, den er unstreitig mit auf die Tour bekommen hatte. Sein Arbeitgeber, der Fuhrherr Wallna, zog ihm deshalb 5 M. vom Lohne ab. Der Kutscher klagte dann beim Gewerbegericht auf Herauszahlung des Geldes. Wallna machte gegen die Klage geltend, der verschwundene Plan sei annähernd 50 Mark werth und er sei berechtigt, mindestens die 5 Mark Restlohn einzubehalten. Die Verhandlung ergab keinen Anhaltspunkt dafür, auf welche Weise und zu welcher Zeit der Plan abhanden kam. Ein Strafverfahren ist gleichfalls resultatlos verlaufen. Obwohl also eine positive Schuld dem Kläger nicht nachgewiesen werden konnte, wurde er dennoch abgewiesen. Assessor Unger begründete das Urtheil damit, daß Z. den ihm übergebenen Plan unbedingt wieder hätte abliefern müssen und daß er auf jeden Fall für das anvertraute Gut hafte. Es sei dies, ohne daß es ausdrücklich verabredet werde, eine der Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältniß.

Gerichts-Zeitung.

Hat die Landespolizeibehörde ein Disziplinarrecht über Aerzte? Auf die Entscheidung dieser Frage lief im wesentlichen ein Rechtsstreit hinaus, der am Montag das Ober-Verwaltungsgericht beschäftigte. Ein Spezialist für Lupuskranke, der praktische Arzt Dr. med. Lasker, hatte in seinem Wartezimmer ein Plakat mit folgender Inschrift aufgehängt: „Ich bitte zu beachten, daß meine speziellen Verordnungen in der vorgeschriebenen Weise nur in der Apotheke „Zum weißen Schwan" zubereitet werden." Wegen dieses Plakats setzte der Polizeipräsident gegen Lasker eine Strafe von 300 M. fest, indem er sich auf das Edikt vom 27. September 1725 stützte. Darin heißt es: „Den Aerzten wird hiernach verboten, einen Chirurgen vor dem anderen, auch einen Apotheker vor dem anderen vorzuschlagen und zu rekommandiren, sondern es muß den Patienten freier Wille gelassen werden." Dieses Edikt wurde den Aerzten 1798 in Erinnerung gebracht, nachdem einige Modifikationen daran vorgenommen worden waren. So wurde nunmehr den Aerzten „nachgelassen", bei schwierig zu bereitenden Rezepten den Patienten bestimmte Apotheker vorzuschlagen. Verboten wurde ihnen dagegen, von den Apothekern Weihnachtsgeschenke anzunehmen. — Dr. Lasker griff die Verfügung im Verwaltungs-Streitverfahren an und erzielte beim Bezirksausschuß, allerdings aus rein formalen Gründen, ein obsiegendes Erkenntniß. Das Ober-Verwaltungsgericht hatte sich bereits im Januar mit der Berufung des Polizeipräsidiums zu beschäftigen. Der Polizeipräsident ließ sich durch einen Juristen und einen Mediziner vertreten. Die Herren vertraten den Standpunkt, daß es sich um eine Disziplinarverfügung handle, gegen welche eine Klage überhaupt nicht zulässig sei. Sie beantragten dementsprechend die Aufhebung der bezirksgerichtlichen Entscheidung und Wiederherstellung der Strafverfügung des Polizeipräsidenten. Dr. Lasker bestritt, daß dem Polizeipräsidenten eine Disziplinarbefugniß über Aerzte zustehe. Auch meinte er, das fragliche Heilmittel „Unguentum antiluposum" sei eine schwer zu bereitende Arznei, deren Herstellung die Apotheke „Zum weißen Schwan" am besten besorge. Damals beschloß das Gericht, einen neuen Termin anzuberaumen und dem Kultusminister davon Mittheilung zu machen. Der Minister ließ sich indessen im gestrigen Termin nicht vertreten. Den Polizeipräsidenten vertrat ein Medizinal-Assessor und den Dr. Lasker der Rechtsanwalt Hamburger. Ersterer blieb bei den früheren Behauptungen, daß das bewußte Medizinaledikt von 1725 ein jetzt noch rechtsgiltiges Disziplinargesetz sei, während Hamburger unter Bezugnahme auf die neuere Gesetzgebung den Standpunkt vertrat, es hätten die Verwaltungsbehörden gegenüber den Aerzten kein Disziplinar-Aufsichtsrecht.

Der III. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts fällte in der Angelegenheit folgende Entscheidung: Der Landespolizeibehörde stehe ein disziplinarisches Aufsichtsrecht über approbirte Aerzte nicht zu. In dem Medizinaledikt seien allerdings Bestimmungen, aus denen in gewissem Sinne vielleicht auf ein solches Recht geschlossen werden könnte. Indessen sei zu berücksichtigen, daß damals (1725) zwischen dem Polizei-Aufsichtsrecht und dem Disziplinarrecht nicht sonderlich unterschieden wurde. Auch die ganze spätere Gesetzgebung habe sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß die Landespolizei den Aerzten als Disziplinarbehörde gegenüberstehe. Die angeblich disziplinarische Straffestsetzung sei darum aufzuheben. Jedoch sei die Auflage, das Plakat zu entfernen, die in jener polizeilichen Verfügung enthalten sei, aufrecht zu erhalten. Das Medizinaledikt bestehe noch zu recht, wenn es auch kein Disziplinargesetz sei, und die Entfernung des Plakates dürfe die Polizei auf grund ihrer allgemeinen polizeilichen Befugnisse fordern.

Ein Nachspiel zur Gewerbe-Ausstellung erreichte am Montag vor dem Kammergericht sein Ende. Der Gastwirth Oertler war dafür haftbar gemacht worden, daß an einem Sommertage in der von ihm gepachteten „Spreewald-Schänke" am Karpfenteich verdorbenes Fleisch verkauft wurde. Der Kaufmann Borchardt erhielt an jenem Tage in der „Spreewald-Schänke" eine Portion Schweinebraten vom Kellner servirt, die sehr bedenklich roch. Er ließ das Fleisch wieder forttragen, nachdem er es angeschnitten und nun auch noch wahrgenommen hatte, daß es ganz grau war. Oertler, der sich im Restaurant befand, schickte ihm jedoch den Braten wieder zurück, und ließ B. sagen, angeschnittenes Fleisch nehme er nicht wieder ab. Borchardt brachte nunmehr das Streitobjekt nach der Gendarmerie-Station. Es wurde alsbald vom Chemiker Lohmann untersucht, der feststellte, daß es verdorben und gesundheitsgefährlich sei. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten Oertler wegen Uebertretung des Nahrungsmittel-Gesetzes zu einer Woche Gefängniß und 100 Mark Geldbuße und sprachen die Publikation des Urtheils in zwei Blättern aus. Hiergegen legte der Angeklagte Revision ein. Das Kammergericht gab derselben auch statt und hob die Vorentscheidung auf. Es nahm mit der Vertheidigung an, daß nicht Oertler als derjenige anzusehen sei, der den Verkauf bewirkt habe. Der Verkauf sei vielmehr schon abgeschlossen gewesen, als Oertler den Braten zu Gesicht bekommen habe, und zwar habe ihn der Kellner, der das Fleisch vom Küchenmeister erhielt, bereits abgeschlossen gehabt. Der Verkauf sei perfekt geworden in dem Moment, als der Gast das bestellte Fleisch annahm und anschnitt. Indessen sei nicht gleich auf Freisprechung zu erkennen, sondern die Sache an das Landgericht I zu anderweitiger Entscheidung zu verweisen. Denn es müsse nachgeprüft werden, ob Oertler nicht mangelhafte Betriebsaufsicht, also Fahrlässigkeit vorzuwerfen sei. Ein wunderliches Stück Juristerei!

Aus einem Kriegerverein. Der Schlossermeister B. war Mitglied des Vereins ehemaliger Garde-Füsiliere und des Vereins „Fortschritt", eines freisinnigen Bezirksvereins im 3. Berliner Reichstags-Wahlkreise. Der Verein „Fortschritt" hatte voriges Jahr eine Einladung zur Märzfeier erlassen und auch den Namen des Schlossermeisters unter die Einladung gesetzt, ohne daß dieser davon wußte. Die Geschichte wurde im Kriegerverein ruchbar und man beschloß, B. als Revolutionär aus dem Verein auszuschließen. Gegen diesen Beschluß klagte der Schlossermeister. Der Vertreter des beklagten Vereins, der kürzlich aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossene Dr. jur. Alfred Ballien, bezeichnete u. a. die Einladung zur Märzfeier als eine Hochverrätherei und Beleidigung des Staatsoberhauptes und behauptete auch, daß die Zugehörigkeit zum Verein „Fortschritt", der nicht mehr fortschrittlich, sondern revolutionär sei, sich mit der Mitgliedschaft im Verein ehemaliger Garde-Füsiriere nicht vertrage. (Der arme Fortschrittler!) Im Februar d. J. kam es zu einem Vergleich, der, wenn in dieser Frist kein Widerspruch erfolgte, nach drei Wochen rechtskräftig werden sollte. Jede Partei sollte ihre eigenen und die Hälfte der Gerichtskosten tragen. Man kam jedoch beiderseits von dieser Einigung zurück, das Verfahren nahm seinen Fortgang und endete in der vorigen Woche mit der kostenpflichtigen Verurtheilung des beklagten Vereins, den am 4. Mai v. J. ungerechtfertigter Weise ausgeschlossenen Kläger wieder aufzunehmen.

Ein Pudel als Voltigeur hat Anlaß zu einem Zivilprozesse geführt, der gestern vor dem hiesigen Landgericht zu Ende gebracht wurde, nachdem mehrere Termine deswegen stattgefunden hatten, vier Personen vereidigt worden waren und zwei Rechtsanwälte sich mit geistvollen Rechtsausführungen abgequält hatten. Der Pudel, ein lustiges und gelehriges Vieh, hatte sich den Scherz gemacht, gerade in dem Augenblick, als ein Ladenbesitzer seine Ladenthür öffnete, mit hineinzuschlüpfen. Als er sich dann umwandte und ein

fremdes Gesicht auf sich gerichtet sah, bekam er es mit der Angst, gab seinem Unwillen durch einige Knurrtöne zu erkennen und sprang dann mit kühnem Entschluß durch die Scheibe des Ladens zur Straße hinaus. Die Passanten blieben entsetzt stehen, als der Pudel plötzlich auf die Straße geschossen kam, das Thier schüttelte sich aber nur ein paar Mal und lief dann, mit dem Ausdrucke voller Befriedigung über die vollbrachte Heldenthat, direkt in das Haus seines Herrn, dem er durch lautes Bellen ankündigte, daß er Einlaß begehre, um auf seinen Lorbeeren auszuruhen. Er war aber doch nicht schnell genug gewesen, der Ladenbesitzer war ihm auf den Fersen und verlangte von dem die Thür öffnenden Herrn des Hundes Ersatz für die Fensterscheibe. Dies wurde verweigert, und so hatte sich dann das Gericht mit dem Lustsprunge des Pudels, der, wie festgestellt wurde, das beneidenswerthe Loos eines Luxushundes vom Schicksal erhalten hat, zu beschäftigen. Die Interessen des geschädigten Ladenbesitzers vertrat Rechtsanwalt Sachs, die des Pudelbesitzers Rechtsanwalt Gustav Kaufmann. Da durch den Todtensprung nur ein verhältnißmäßig kleines Loch in der Scheibe hervorgebracht war, so blieb nichts übrig, als den leichtfüßigen und leichtfertigen Pudel als Zeugen vor das Gericht zu laden. Er kam gestern dieser Zeugenpflicht mit der ihm angeborenen Grandezza nach und sein Besitzer suchte nachzuweisen, daß, wenn auch bisweilen ein Kameel durch ein Nadelloch gehen soll, dieser wohlbeleibte Bourgeoispudel unmöglich durch das in der Scheibe sich zeigende kleine Loch hindurch gekommt hätte. Von der Gegenseite wurde allerdings geltend gemacht, daß der vierbeinige Zeuge in der Zwischenzeit durch den Genuß seiner leckersten Leibgerichte zu einem Embonpoint gekommen sei, dessen er sich bis dahin nicht erfreut habe. Die Haupt- und Staatsaktion vor Gericht endete damit, daß der Besitzer des Pudels verurtheilt wurde, dem Gegner den Werth der Scheibe mit 13,50 M. zu ersetzen. Mit den Leibgerichten des klugen Pudels wird es nun wohl zu Ende sein.

Die Lage in Hamburg.

Unser Hamburger Korrespondent schreibt uns:

Die kombinirte Versammlung der Hafenarbeiter aller Branchen, welche gestern Mittag stattfand und welche von über 6000 Personen besucht war, beschloß nach einer langen und sehr lebhaften Debatte folgende Resolution: „Die Versammlung sieht in dem Versuch der Importeure englischer Kohlen, den Kohlen-Akkord-Schauerleuten die Unterzeichnung des bekannten Reverses aufzuzwingen, ein Mittel, die Arbeiter den Unternehmern gegenüber machtlos zu machen. Sie hält die betreffenden Bedingungen für nicht mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung vereinbar. Sie empfiehlt den Kohlen-Akkord-Schauerleuten jedoch, vorläufig die Arbeit wieder aufzunehmen und, sofern die Senatskommission zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen ihr Versprechen, die Mißstände im Hafen zu untersuchen und abzustellen, nicht noch einlöst, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Sollte auch dieser Weg erfolglos bleiben, dann verspricht die heutige Versammlung, die aus dem verflossenen Kampfe gelernt hat, daß nur eine organisirte Arbeiterschaft den Unternehmern gegenüber etwas auszurichten vermag, den Unternehmern einen neuen Kampf, auf den sich die Arbeiterschaft besser vorbereiten wird, als auf den verflossenen." Damit ist die Gefahr eines neuen Generalstreiks im Hamburger Hafen, die sehr nahe lag, aus der Welt geschafft. Die Kohlen-Akkord-Schauerleute gingen großentheils heute Morgen zum Bureau der Importeure, um den Revers zu unterschreiben und sich Arbeitskarten zu lösen, jedoch wurde ihnen erklärt, daß man vorläufig keiner Arbeitskräfte benöthige.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Klempner! Die Kollegen, welche bisher dem Fachverein der Klempner angehört haben und noch nicht zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten sind, werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Uebertritt zu den bekannten Vergünstigungen laut Beschluß nur noch bis zum 1. April stattfinden kann. — Gleichzeitig sei auf die heute Abend 8½ Uhr bei Cohn, Beuthstraße, stattfindende Versammlung (siehe Annonce vom Sonntag) hingewiesen. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Kupferschmiede bei der Firma Martin u. Pilzing haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Einen erfreulichen Aufschwung hat das Vermögen der Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (Eingeschr. Hilfskasse Nr. 61) im vorigen Jahre zu verzeichnen. Dasselbe betrug am Schluß des Jahres 26 349,68 M., während der gesetzliche Reservefonds nur 18 500 M. betragen braucht, mithin hat die Kasse in den nächsten Jahren keine Erhöhung der Beiträge nöthig, es wird vielmehr im nächsten Jahre eine Verminderung der Beiträge bezw. eine Erhöhung des Krankengeldes stattfinden.

Deutsches Reich.

Gewerkschafts-Abrechnungen. Zentralverband der Töpfer, III. u. IV. Quartal 1896. Mitgliederzahl 4400, Filialen 112, Vertrauensmänner-Organisationen 20. Einnahme der Hauptkasse (inkl. Bestand Ende des III. Quartals 2085,08 M.) 18 569,50 M. Ausgabe 18 985,54 M. Kassenbestände am Ende des IV. Quartals 1896: a) der örtlichen Verwaltungen: 2162,01 M., b) der Hauptkasse: 4633,96 M. — Unter den Ausgaben figuriren: Druck des „Töpfers" 1948,65 M., Streikunterstützung 4667,20 M., Agitation 660,62 M., Kongreßkosten 2411,75 M. Von den Zahlstellen wurden an die Hauptkasse abgeführt 14 081,31 M.

Zur Lohnbewegung der Steinsetzer wird uns geschrieben: In Hamburg mehren sich die Anzeichen eines günstigen Ausgangs des Steinsetzerstreiks von Tag zu Tag. Selbst die bisher unnahbaren Unternehmer fangen jetzt an, ihrerseits Annäherungsversuche zu machen. Selbstverständlich sind die Arbeiter bereit, darauf einzugehen, sobald die Absicht zu unterhandeln klar und deutlich ausgesprochen wird. Alle Bemühungen, auswärtige Streikbrecher heranzuziehen, sind ergebnißlos geblieben. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer noch den Versuch machen werden, indirekt Streikbrecher heranzuziehen, und zwar durch Vermittlung von Altonaer oder Wandsbecker Meistern. Es ist deshalb nothwendig, daß der Zuzug nicht blos von Hamburg, sondern für die nächsten Wochen auch von Altona und Wandsbeck ferngehalten wird. Im ganzen sind jetzt 875 Mann zu unterstützen.

In Magdeburg dauert der Streik bei der Firma Ladenthin noch unverändert fort. Einige der Ausständigen hatten bei einem anderen Meister angefangen, sollten jedoch — laut Innungsbeschluß — am vorigen Sonnabend entlassen werden. Als sich am Montag sämmtliche Arbeitende mit den Entlassenen solidarisch erklärten, wurden dieselben wieder eingestellt. Aehnlich ging es bei dem Steinsetzmeister Köhler. Derselbe hatte an den bei ihm beschäftigten Vorsitzenden der Verbandsfiliale das Ansinnen gestellt, sein Amt niederzulegen, dies durch Inserat bekannt zu geben und ihm, dem Meister, das betreffende Inserat brieflich zuzusenden. Als der Vorsitzende diesem Verlangen nicht nachkam, sollte er am Montag entlassen werden. Auch hier erklärten sich sämmtliche Arbeitenden mit dem Gemaßregelten solidarisch, was zur Folge hatte, daß nach kurzer Zeit alle wieder eingestellt wurden und auch die versäumte Zeit bezahlt erhielten. Von der Firma Ladenthin ist der Zuzug noch fernzuhalten; es sind noch 18 Mann zu unterstützen.

In Osterburg sind der Vorsitzende und der Kassirer wegen der Lohnbewegung gemaßregelt worden, jedoch ist Aussicht vorhanden, daß bei strenger Fernhaltung des Zuzugs die Gemaßregelten eingestellt werden müssen. Es mangelt an Arbeitskräften; bis jetzt konnten solche trotz der größten Mühe nicht herangezogen werden.

Eine Massenversammlung der Bergleute in Bochum war von der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" am Sonntag Nachmittag in den größten Saal der Stadt Bochum einberufen. Trotz der dringlichen Abmahnungen des Führers vom christlichen Gewerkverein der Bergarbeiter, welche von allen ultramontanen und unternehmerfreundlichen Blättern eifrigst kolportirt war, und trotz der ausdrücklichen Erklärung des Herrn Brust, der vom Besuch der Versammlung abrieth und bemerkte, sie, die christlichen Bergarbeiter hätten mit dem geplanten Protest gegen die abweisende Antwort der Zechenbesitzer auf die von den christlichen Bergarbeitern gestellte Forderung auf Lohnerhöhung nichts zu thun, war doch die Versammlung von über 6000 Bergarbeitern besucht. Kopf an Kopf gedrängt standen die herbeigeeilten Bergleute und lauschten gespannt den Ausführungen des Genossen Hué. Eingehend zerpflückte Redner die künstlichen Berechnungen der Zechenbesitzer über die bereits stattgehabte (!) Erhöhung der Bergarbeiter-Löhne, über das Sinken der Arbeitsleistung und die Geringfügigkeit der Dividenden. Auf grund amtlicher Statistiken wies Redner die Haltlosigkeit dieser Argumente nach. Die Führer des christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter schickten sich schon an, die Sache im Sande verlaufen zu lassen — anstatt die Frage der Lohnerhöhung nunmehr energisch weiter zu verfolgen, hielten sie es für besser, auf den alten „sozialdemokratischen Verband" zu schimpfen.

Nach dem Referat entspann sich eine lebhafte Debatte, ausschließlich in der Richtung der Ausführungen des Referenten. Der Vorsitzende des alten Verbandes, Genosse Möller, unterbreitete der Versammlung zwei Eingaben, von denen sich die eine an den preußischen Landtag, die andere an den Reichstag richtet. Unter Berufung auf die kaiserlichen Erlasse verlangen die Petenten Sicherstellung des Koalitionsrechtes und die Verleihung von Korporationsrechten an die Arbeiter. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde eine Resolution gefaßt, wonach die Bewegung zu gunsten der Lohnaufbesserung mit der Antwort des bergbaulichen Vereins nicht abgeschlossen sei. In den nächsten Tagen würden die einzelnen Belegschaften bei den Verwaltungen der Zechen vorstellig werden, um Lohnzulagen, welche den günstigen geschäftlichen Verhältnissen entsprechen, zu erlangen. Sofern dieser Schritt erfolglos bleiben sollte, würden die Belegschaften in den einzelnen Bezirken bei ihren Vertretern am Berg-Gewerbegericht die Anrufung desselben als Einigungsamt beantragen, damit den Bergleuten bei späteren Konflikten nicht der Vorwurf gemacht werden könnte, sie hätten nicht alle Wege gütlicher Vereinbarung beschritten. In musterhafter Disziplin fand die Versammlung mit einem begeisternden Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung ihren Abschluß.

In Münder am Deister in Hannover haben die Stuhlarbeiter der Fabrik von Gebr. Jörns durch ihre Einmüthigkeit erreicht, daß die beabsichtigte Lohnreduktion zurückgenommen wurde.

In der Zementwaaren-Fabrik von Oester in Brackwede haben, wie die Bielefelder „Volkswacht" mittheilt, die Arbeiter bis auf einen die Arbeit niedergelegt. Sie forderten eine Aufbesserung des Stundenlohnes von 25 auf 30 Pf. Der Fabrikant antwortete ihnen, daß sie ja nur 12 Stunden zu arbeiten brauchten, dann hätten sie auch einen Thaler verdient!

Die Schuhmacher Bielefelds haben dort, wo ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, mit wenigen Ausnahmen die Kündigung eingereicht.

Zum Tischlerstreik in Elberfeld-Barmen. Die Situation ist für die Arbeiter unverändert. Unter den Meistern machte sich in der letzter Versammlung eine große Mißstimmung geltend und viele sind recht ungehalten, daß sie in ihrem freien Entschluß durch die vereinbarte Konventionalstrafe beengt sind. In Barmen haben weitere vier Unternehmer mit 15 Arbeitern die Forderungen bewilligt.

Der Streik der Tapezirer in Leipzig ist zu gunsten der Arbeiter beendet.

Die Leipziger Schriftgießereibesitzer haben auf grund der Verhandlungen mit der Gehilfenkommission die vereinbarten Tarifabmachungen akzeptirt. Der Akkordtarif sowie die allgemeinen Bestimmungen treten schon diese Woche in kraft.

Die Schriftgießergehilfen Leipzigs haben beschlossen, die Kündigung wieder rückgängig zu machen, falls die Prinzipale den zwischen den Kommissionen der Arbeiter und Prinzipale getroffenen Tarifabmachungen ihre volle Zustimmung ertheilen und auch ihrerseits die Kündigung der Gehilfen als ungeschehen betrachten. Am Sonnabend verhandelten die Unternehmer über die getroffenen Vereinbarungen. Beide Kommissionen haben beschlossen, keinerlei Aenderungen der getroffenen Abmachungen zuzulassen. Bei vorkommenden Maßregelungen wollen die Gehilfen einmüthig die Arbeit ruhen lassen. Bei den Verhandlungen mit den Prinzipalen haben zwar die Gehilfen ihre Forderungen nicht vollständig erreicht, doch haben sie in erster Linie die Schaffung eines Einheits-Tarifs und den Neunstundentag durchgesetzt, während früher in jedem Geschäft andere Lohn- respektive Akkordsätze herrschten.

Die Bäckergesellen Dresdens beauftragten ihren Delegirten zum Geraer Kongreß, jeden Vorschlag zurückzuweisen, der zur Verbesserung der Lage der Bäcker Deutschlands auf Herbeiführung eines Streiks abziele. Wegen der ungenügenden Organisation sei an den Erfolg eines Ausstandes gar nicht zu denken, er würde nur die Gewerkschaft schädigen.

Eine Konferenz der Schneider und Schneiderinnen Thüringens wird am 1. Osterfeiertag in Erfurt im Saale der Lützelburg abgehalten.

Die Holzarbeiter in Gera beschlossen den Zehnstundentag, 15 M. Mindestlohn (jetzt beträgt derselbe nur etwa 11 M.), 10 pCt. Zuschlag für Lohn- und 15 pCt. für Akkordarbeit, für Ueberstunden 20 Pf., für Sonntagsarbeit doppelte Bezahlung, ferner Lohnauszahlung am Freitag, Aushängung der Werkstattordnung an sichtbarer Stelle, Freigabe des 1. Mai und menschenwürdige Behandlung zu fordern. Endlich wird noch verlangt, daß bei Akkordarbeit der nach vorstehenden Forderungen zu berechnende Durchschnitts-Wochenlohn garantirt wird. Ueber die Versammlung, wo dies beschlossen wurde und die von ca. 90 Holzarbeitern besucht war (bei ca. 140 insgesammt beschäftigten) sagt die „Reuß. Trib.": „Man ist ja als Besucher von Arbeiterversammlungen nicht gewöhnt, frische und rothe Gesichter zu sehen, aber mit so ausschließlich bleichen und abgehärmten Gesichtern, wie in jener Tischlerversammlung, trifft man die Theilnehmer, junge wie alte, doch zum Glück noch selten an. Daß diese Leute endlich daran denken, die Besserstellung ihrer wirthschaftlichen Lage anzustreben, kann auch der hartgesottenste Gegner der Arbeiterforderungen nur gerechtfertigt finden."

In Offenbach-Oberrad ist die Unterstützung der streikenden Schuhmacher für die letzte Woche erhöht worden. Ueber den Stand des Streiks selbst liegt keine Nachricht vor.

Aus Mainz wird uns geschrieben: Zwischen den hiesigen Zimmerergesellen und den Zimmermeistern bestehen seit langer Zeit Differenzen wegen der von den ersteren erhobenen Forderungen. Am Freitag hat man sich nun in einer Besprechung zwischen den Meistern und der Lohnkommission auf folgende Punkte geeinigt: Erhöhung des Lohnes von 35 auf 38 Pfennige pro Stunde bei 10½stündiger Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden bis acht Uhr abends mit 40, der Nacht- und Sonntagsarbeit und der Arbeiten auf dem Wasser mit 50 Pf. pro Stunde; wöchentliche Lohnzahlung beziehentlich Abschlagszahlung in der Höhe des verdienten Lohnes. Eine Zimmererversammlung am Sonnabend erklärte sich mit diesen Abmachungen einverstanden. Voraussichtlich erfolgt auch die Zustimmung der Unternehmer bei der auf nächsten Donnerstag angesetzten gemeinschaftlichen Besprechung.

Die Maurer Mannheims beschlossen, wenn ihre Forderungen bis Ostern nicht bewilligt sind, die Arbeit einzustellen. Die Unternehmer verhalten sich zur Zeit ablehnend.

In Kitzingen haben die Bauhandwerker (Tüncher, Maurer, Zimmerleute und Dachdecker) die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen den Zehnstundentag und 30 Pf. Mindestlohn die Stunde. Die Meister haben erklärt, daß, wer nicht zu ihren Bedingungen arbeiten wolle, sich als entlassen betrachten solle. Die Zahl der Streikenden beträgt mehrere Hundert.

In Schwabach haben die Maurer im Wege der Verhandlung mit den Meistern folgende Ordnung der Lohnverhältnisse erreicht: Zehnstundentag, 36 Pf. Stundenlohn. Zuschlag für Ueberzeitarbeit. — In den Schwabacher Gußstahl-Kugelwerken ist ein Streik ausgebrochen, weil den betr. Arbeitern die Nachtarbeit nicht extra bezahlt wurden.

Ausland.

Der Porzellanarbeiterstreik in Dallwitz i. B. ist bekanntlich durch Vermittelung des neugewählten sozialdemokratischen Reichsraths-Abgeordneten Dr. Verkauf beigelegt. Ueber die Bedingungen wird mitgetheilt: Eine Reihe der von den Streikenden aufgestellten Forderungen wurden fallen gelassen. 230 Streikende werden sofort eingestellt, die übrigen nach und nach; so lange Streikende unbeschäftigt sind, werden keine fremden Arbeitskräfte eingestellt. Den Brennhausarbeitern wurde die Abkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden bewilligt, ohne daß ein Lohnausfall stattfindet. Die Lohnverrechnung soll nunmehr nicht monatlich, sondern vierzehntägig erfolgen. Die Abstellung sanitärer Mißstände wird in Gemäßheit der erlassenen behördlichen Aufträge geschehen. Die Organisation wird von seite der Unternehmer in keiner Weise behindert werden. Allgemeine Lohnaufbesserungen finden zwar nicht statt, doch ist nach Aufnahme des vollen Betriebes die Firma bereit, hinsichtlich einzelner Arbeiterkategorien in Unterhandlungen zu treten. Das getroffene Uebereinkommen wurde unter der Voraussetzung akzeptirt, daß die anderen Ortsgruppen der Porzellanarbeiter-Organisation zur Wiederaufnahme der Arbeit ihre Zustimmung ertheilen.

Ueber den holländischen Weberbund, der in Goor ein „Volkshaus" zu bauen beabsichtigt, wird uns aus bester Quelle mitgetheilt, daß dieser Weberbund nicht, wie uns versichert worden war, zur sozialdemokratischen Partei Hollands gehört.

Die Streiks in England im Jahre 1896. Das englische Arbeitsamt veröffentlicht in der letzten Nummer der „Labour Gazette" die Streikstatistik vom Jahre 1896 mit dem Vorbehalt, daß es „vorläufige Ergebnisse" seien, bei denen Richtigstellungen nicht ausgeschlossen sind. Es wurden im Berichtsjahre im ganzen 1037 Konflikte gezählt, gegen nur 876 im Jahre 1895. Die Zahl der betheiligten Personen war aber 1896 geringer als in den vier vorhergehenden Jahren; sie betrug 199 600 gegen 268 758 im Jahre 1895, 324 245 im Jahre 1894 und 636 386 im Jahre 1893. Am stärksten betheiligt waren der Zahl der Konflikte nach die Metallindustrie: 285 mit 47 400 Personen, der Zahl der betroffenen Personen nach die Kohlen- und Steinbruchindustrie: 69 200 Personen in 175 Konflikten.

Was die Endresultate der Differenzen anlangt, so waren 74 100 Personen in 439 Konflikten erfolgreich; in 189 mit 49 800 Arbeitern war der Erfolg ein theilweiser, während 67 100 Personen in 346 Einzelfällen gänzlich erfolglos waren. Die meisten Erfolge hatten, wenn die Zahl der betheiligten Personen in betracht gezogen wird, die Arbeiter des Baugewerbes, die geringsten die Bergleute.

Unternehmer-Verbände.

Eine Versammlung von Vertretern **deutscher Grobblech-Walzwerke**, die am 26. März in Köln tagte, hat, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" mittheilt, den Syndikatsvertrag angenommen und Vorbereitungen für Errichtung von Geschäftsstellen getroffen.

In Düsseldorf ist am 27. März eine **„Bank für Bergbau und Industrie"** errichtet worden. Zweck der Gesellschaft ist die Betheiligung bei bergbaulichen und industriellen Unternehmungen aller Art mit Ausschluß des eigentlichen Bankgeschäftes. Das Aktienkapital beträgt 7 500 000 M. Betheiligt sind u. a. das Bankhaus von der Heydt u. Co., die Berliner Bank sowie das Bankhaus S. L. Landsberger in Berlin, und aus der Rheinprovinz die Bankhäuser R. Suermondt u. Co. in Aachen, von der Heydt, Kersten u. Söhne in Elberfeld, J. H. Stein und die Bank für Rheinland und Westfalen in Köln, Peters u. Co. in Krefeld sowie die Niederrheinische Bank, Zweiganstalt der Duisburg-Ruhrorter Bank in Düsseldorf.

Soziales.

Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Der Anwalt dieser Vereinigung, Herr Dr. Crüger, bittet uns in Beziehung auf die Notiz in Nr. 72 des „Vorwärts" berichtigend mitzutheilen, daß der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften nicht auf Kosten der Handelskammern Untersuchungen über die Lage des Kleinhandels anstellt, sondern sich auf Aufforderung bereit erklärt hat, sich an den Erhebungen über die Lage des Kleinhandels zu betheiligen, die von einer Anzahl Handelskörperschaften veranstaltet werden.

Industrie-Gewinne. Der Gewinn der „Oberschlesischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb" betrug im letzten Geschäftsjahre abzüglich aller Spesen, Zinsen 2c., zuzüglich 10 002,64 M. Vortrag aus 1895, 2 646 968,69 M. gegen 1 384 620,50 M. pro 1895. Vom Aufsichtsrath wurde beschlossen, wiederum 1 000 000 Mark auf Anlage-Konto abzuschreiben, 180 000 Mark Agio-Gewinn bei Begebung der Kommanditbetheiligung beim Emaillirwerke „Silesia" zu reserviren und von dem verfügbaren Rest eine Dividende von 8 pCt. gegen 2 pCt. im Vorjahre der Generalversammlung zur Vertheilung vorzuschlagen. Der Vorstand berichtet, daß die Gesellschaft zu befriedigenden Erlösen ihre Produktion schon auf ca. 6 Monate verkauft hat und ausreichend beschäftigt ist.

Die Aktiengesellschaft „Deutsche Waffen- und Munitions-Fabriken" vertheilt auf das vergangene Jahr 25 pCt. Dividende, und zwar nach reichlich bemessenen Abschreibungen.

Der Aufsichtsrath der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning in Höchst a. M. beschloß, für 1896 eine Dividende von 28 pCt., wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Versammlungen.

Die Leiter bezw. die Einberufer von öffentlichen sowie Vereinsversammlungen werden darauf hingewiesen, daß ihnen heute und in den nächsten Tagen unter der Adresse der betreffenden Lokalinhaber Flugblätter bezw. Zirkulare zugehen werden, die, falls der Wirth die Aushändigung vergessen sollte, von diesem einzufordern wären.

Schöneberg. In der am 22. März stattgehabten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hielt Genosse Köster einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die 48er Zeit, dem eine rege Diskussion folgte. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten und der Bekanntgabe, daß die nächste Versammlung am 5. April stattfindet, wurde die Versammlung geschlossen.

Diskutirklub Süden. Heute Abend 8½ Uhr, Schönleinstr. 6 bei Gwald: Vortrag. Rege Betheiligung erwünscht.

Freie Vereinigung der Kaufleute. Mittwoch, den 31. März, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Schriftstellers Joh. Gaulke über: Die sozialistische Bewegung in Amerika.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

M. M. 7. Können Ihnen leider keine Auskunft geben. Fragen Sie einen Arzt.

O. S. 33. Sprechen Sie gelegentlich bei uns vor.

M. L. 47. Uns unbekannt.

C. Alboldi. Wir müssen die Aufnahme Ihrer Erklärung ablehnen.

Tischler W. K. Lindenstr. 44.

L. B. 23. Pantomime.

H. B., Rostockerstraße. Hohenzollern.

Erwerb. Der Revers ist leider rechtsverbindlich.

M. K. Wir lehnen dankend Ihr Anerbieten ab.

Sch. Der Erklärung auf Austritt aus der Landeskirche muß ein auf Entgegennahme der Erklärung gerichteter Antrag vorausgehen. Sodann findet nicht vor 4 und nicht nach 6 Wochen nach Eingang dieses Antrages Termin vor dem Richter zur Aufnahme der Austrittserklärung zu gerichtlichem Protokoll statt. — **E. S.** Die Miethsstempel-Steuer beträgt für Miethen von jährlich mehr als 300 bis einschließlich 500 M. 50 Pf., von 500 bis 1000 M. 1 M. Ihr Vermiether hat also gemogelt. — **Budapest.** Bei der Kreis-Ersatzkommission. — **G. W. 100.** 1. Nein. 2. Durch eine Hebeamme. — **F. G., Friedrichsberg.** 1. Durch die Nichtanmeldung seitens des Unternehmers hat Ihr Bruder Rechte nicht verloren; sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. 2. Geringe körperliche Fehler. — **J. P. 106.** Der Betreffende hat nicht aufzukommen. — **P. P. 66.** Ja. — **B. Sp.** Ja. — **H. Bant.** 1. Ja. 2. Schwerlich. 3. Polizeibehörde. — **J. B. 101.** Lohnbeschlagnahme wegen Steuern ist nur soweit zulässig, als es sich um direkte Staatssteuern und Kommunalabgaben (einschließlich Kreis-, Kirchen- und Schulsteuern) handelt, die seit nicht länger als 3 Monaten fällig geworden sind. — **H. P. 64.** 1. Bis vollendetem 24. Lebensjahre. 2. Klage auf Ergänzung beim Landgericht ist zulässig, dauert aber länger als bis Sie das 24. Lebensjahr erreicht haben, also warten Sie bis dahin. 3. Todtenschein des Vaters ist nach dem 24. Lebensjahre nicht mehr erforderlich. — **F. P. 100.** Unverständlich. — **A. L. 99.** 1. Ja. 2. Nein. — **J. S. 100.** Ja. — **O. W. 50.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Unbekannt. — **H. G. 59.** Nein. — **O. G. 49.** Es ist leider nur Beschwerde an die vorgesetzte kirchliche Behörde möglich. — **H. 10.** Nein. — **A. Z. 100.** Ja. — **R. G. 36.** Die Frau hätte gegen Vergütung einer Halbjahrsmiethe oder Stellung eines annehmbaren Untermiethers mit Ablauf des Quartals, in dem ihr Mann infolge Geisteskrankheit die Wohnung nicht mehr benutzen konnte, den Vertrag aufzuheben. Hat sie das Quartal verstreichen lassen, so ist sie an den Vertrag gebunden. — **K. L. 21.** 1. Ja. 2. Dadurch, daß die Tochter ihre Forderung einklagt und dann Beschlagnahme vornimmt. — **A. B. 500.** Dem Retentionsrecht des Vermiethers unterliegt alles Pfändbare. Seinem Retentionsrecht ist nur das entzogen, was dem Zugriff jedes Gläubigers entzogen ist (unentbehrliches Hausgeräth, Betten, Handwerkszeug ꝛc.). — **G. Krause.** 1. Zahlen Sie an dem legitimirten Erben oder hinterlegen Sie die Miethe. 2. Durch den Tod des Vermiethers wird in den Rechten und Pflichten des Miethers nichts geändert; die Erben setzen den Vertrag an Stelle des verstorbenen Vermiethers fort. — **H. S. 1.** 1. Nein. 2. Ja. — **K. 9.** 1. Ohne Einsicht in den Strafbefehl nicht zu beantworten. 2. Ja.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. März 1897.
Etwas kühler, zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 29. März 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 4° R.)
Swinemünde	738	S	5	wolkig	7
Hamburg	737	WSW	7	wolkig	6
Berlin	739	SW	4	Gewitter	10
Wiesbaden	741	W	4	bedeckt	10
München	745	SW	5	Regen	11
Wien	747	NO	1	wolkig	7
Haparanda	747	SO	2	bedeckt	—4
Petersburg	752	SO	2	bedeckt	—1
Cork	754	NW	1	heiter	6
Aberdeen	746	N	9	wolkig	2
Paris	748	W	5	halb bedeckt	7

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 30. März.

Opernhaus. Enoch Arden. Bajazzi.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Deutsches. Einsame Menschen.
Berliner. Kaiser Heinrich.
Lessing. Cyprienne. Hierauf: In Civil.
Neues. Le premier Mari de France. Nachm. 3 Uhr: Ma Cousine.
Westen. Reif-Reiflingen.
Residenz. Associés.
Linden. Der Karneval in Rom.
Thalia. Frau Lieutenant.
Schiller. Maria Stuart.
Zentral. Ein fidoler Abend.
Volks. Von Stufe zu Stufe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Im Maler-Atelier.
Alexanderplatz. Die Tanzfrida.
Ostend. Berlin wie es weint und lacht.
American. Lumpe-Gastspiel: Ritter
Passage-Panoptikum. 32 Mädchen aus Samoa.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Maria Stuart.**
Mittwoch, abends 8 Uhr, zum ersten Male: **Die Bildhauer.**

Thalia-Theater.
(vormals **Adolph Ernst-Theater**).
„Frau Lieutenant."
Vaudeville in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel
Musik von G. Serpette und V. Roger.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Frau Lieutenant.**
In Vorbereitung: **Die Drillingsmutter.** Schwank in drei Aufzügen von Gravod.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schultz.
Zum 54. Male:
Ein fidoler Abend.
Burleske dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern v. J. Freund und W. Mannstädt.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Ein fidoler Abend.**
Schluß der diesjährigen Possen-Saison Sonntag, den 18. April cr.

Friedrich Wilhelmst. Theater,
Chausseestr. 25/26.
Im Maler-Atelier. Charakterbild in 4 Akten von Gustav Heinrich Schneideck. — Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Die Veilchenfresser.**
Donnerstag: **Don Carlos.**
Billets sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Romeick, Leipzigerstraße 6, und Julius Lengenfeld, Markgrafenstr. 50.

Alexanderplatz-Theater,
Alexanderstr. 40.
Heute und die folgenden Tage: Gastspiel des urkomischen Bendix.
Die Tanzfrida.
Berliner Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten (4 Bildern) von Heinrich Wilker. Musik von Albert Wicher.
Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr.
Sämmtliche ausgegebenen Bons behalten ihre Giltigkeit.
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 11—1 Uhr und abends von ½7 Uhr an.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Heute: **Berlin, wie es weint und lacht.** — Anfang 8 Uhr.
Freitag: Mit neuer Ausstattung und Dekorationen: **Klein Geld.** Posse mit Gesang von E. Pohl.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Täglich: Großes Konzert
von vollbesetztem Orchester und
Extra-Vorstellung.
Nur
Künstler ersten Ranges.
Anf. Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf., nummerirt. Sperrsitz (Sonntags) 75 Pf.
Die Direktion.

Volks-Theater
34. Reichenberger-Straße 34.
Pferdebahnstation: Kottbuser Thor.
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild in 4 Akten von Dr. Hugo Müller. — Die neuen Couplets und Gesangstexte v. R. Brodel, komponirt von R. Thiele.
Anfang **8** Uhr. Kassenöffnung **7** Uhr.

Feen-Palast, Burgstraße 22.
Direktion **Winkler & Fröbel.**
Nur noch bis Mittwoch
das so erfolgreiche
Künstler-Personal
Jeannette Valnqueur. Annita Moser. Jackson Holton. Gebr. Gray. Fred Francis. Harry Blondin. Dähn und Walde.
Miß Inda's Jagd-Abenteuer.
Duval's Damen-Schönheits-Gallerie.
Lebende Photographien u. s. w.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
In Vorbereitung: **Ein schwarzes Wiegenkind,** unter Mitwirkung des Direktors Wilhelm Fröbel.

Der Krieg auf Kreta
Neuester Schlager
von Siegwart Genthes
in
Kaufmann's Variété
als
Sultan der Türkei.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstraße 97.
Berlin, wie's baut und trackt!
Bilder aus dem Volksleben v. Ely.
Der letzte Fang.
Operette von Runge-Landwehr.
Im vorderen Saal täglich:
Tyroler-Konzert Alois Ebner.
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute
Dienstag, den 30. März:
Vorletzte Soirée
der
Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Neues Programm!
Morgen, Mittwoch:
Vorletzte Soirée im **Moabiter Stadttheater.**
Donnerstag, den 8. April:
5000. Soirée
der
Stettiner Sänger in Berlin.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Schluß der Saison am 15. April.
Dienstag, den 30. März 1897,
abends 7½ Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Nach Sibirien.
Außerdem: Hippolog. Potpourri v. 14 Fuchshengsten, dress. u. vorgef. von Dir. **Busch.** Bator, ung. Vollblughengst, dress. und geritten von Herrn **Foottit-Burghardt.** Adjunkt, ostpr. Hengst, ger. v. Mme. **Maria Doré.** **Ein Reiterinnen-Potpourri.**
Spezialitäten 1. Ranges. Vorzügliche Klowns.
Morgen: **Nach Sibirien.**

Urania, Tauben-Strasse No. 48—49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62 Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7½ Uhr abends ab **50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschläge.

Münz-Straße Nr. 20, 1. Etage,
Winkler's großes
Anatomisches Museum
Freitag: Damentag. | Nur bis 4. April geöffnet. **Entree 50 Pf.**

Passage-Panopticum.
32 Mädchen aus Samoa.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen **Pygmäen**
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
Neu! Troupe Richardt (1 Herr, 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.
Neu! Kathi Richter, Tyrolienne.
Neu Long and little Adolfi, Tanzduettisten.
Neu! Ein geplagter Dichter. Posse.
Anfang Wochentags 7½ Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Giltigkeit.

Apollo-Theater.
Nur noch bis zum 31. März:
Fritzi Ferry.
The 3 Kezias.
Brothers Toskary.
Verlängertes Gastspiel der
5 Sisters Lorrison.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Donnerstag, den 1. April 1897:
Vollständig neues Programm.

Nur noch kurze Zeit.
Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläums-Saison 1896/97.)
Dienstag, den 30. März 1897,
abends 7½ Uhr:
Wiederholung der am Sonnabend, den 27. März, mit so großem Beifall aufgenommenen Gala-Vorstellung.
Durchschlagender Erfolg.
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasien.
Außerdem die hervorrag. Nummern des Repertoirs. Jonjou hippiane mit 12 Freiheitspferden, dress. und vorgef. vom Dir. **Fr. Renz.** Auftreten des Schulreiters Mr. **Gaberel** mit dem Schulpferde Albarac. 6 Trakehner Fuchshengste, dress. u. vorgef. v. Herrn **Hugo Herzog.** Frühlingsreigen, ger. von 5 Damen.
Mittwoch, den 31. März cr., abends 7½ Uhr: **Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasien.**

Hochplatz Kasino
(Inhaber: Wilhelm Nuss) **Gerichtstr. 10**
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Säle zu jeder Festlichkeit auch an Vereine noch zu vergeben.

Warne jeden, meinem Sohne Leop. Stock etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Frau **Fulik**
1289b Brunnenstraße 162.

Achtung, Wagenbauer! Allen Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Berlin 5, zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schlosser

Heinrich Kleiber

durch Absturz in der Charlottenstr. 14, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes in der Marstraße aus statt.
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die überaus liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines guten Mannes, des Tischlers

Fritz Hoff

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Wwe. **Ottilie Hoff.**

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 27. d. M. verstarb bei Ausübung seines Berufs unser Kamerad, der Zimmerer 1275b
David Schlicht.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. cr., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Hedemannstr. 4, nach dem Dreifaltigkeits-Friedhof in Britz, statt.
Um rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.

Gestern wurde uns unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Frau 1278b
Rosalie Rosenthal
geb. **Goldberg**
in ihrem 69. Lebensjahre durch den Tod entrissen.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Rosenthal.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, vorm. 11 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes Schönhauser Allee aus, statt.

Danksagung.
Für die große Theilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, des Maurers **August Dösch,** sagen allen Freunden und Bekannten, sowie dem Verband deutscher Maurer und dem Gesangverein Gemüthlichkeit ihren herzlichen Dank. **Die trauernde Wittwe**
1269b nebst Kindern.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich das Schankgeschäft von Franz Pannier, Gerichtstr. 62, käuflich übernommen habe.
H. Filter.

L. Klatt, Kranzbinderei u. Blumenhandlung.
6. Landsbergerstr. 6, Ecke Höchstestr. (früher Königsbergerstraße)
empf. Widmungskränze mit Schleifen, Guirlanden, Bouquets ꝛc. *

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von **Robert Meyer,**
57992* **No. 2. Marlannenstr. No. 2.**
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets ꝛc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Reste. Reste.
Hosenreste, jed. Rest eine Herrenhose, 5 M. Sommerpäletotreste, jeder Rest einen Paletot, 10 Mark. 1373b*
Knabenanzugreste, sehr groß, 2—3 M. Herrenanzugreste in größter Auswahl.
Kraustr. 14, I., kein Laden.

Mahagoni Wäsche- u. Kleidersp., gut erh., preisw. z. verk. Gitschinerstraße 82, H. r. 2 Tr. l. 1284b

Markusstr. 53 v. 1 l. frdl. Schlafst.

Möbl. Zimmer nach vorn z. 1. April zu verm., 15 M., Am Ostbahnhof 13 II l.

Freundl. möbl. Schlafst., Reichenbergerstr. 63a v. 4 Tr. bei Mansky.

Für 1 oder 2 Herren 1 zweif. oder 1 einfenstr. Zimmer resp. möbl. Schlafst. zu vermiethen, bei Frau Leonhard, Koppenstr. 21 vorn 1 Tr. 1276b

Leere Vorderstube, sep., billig, verm. Königsthor, Friedenstr. 6 IV, Lischke.

Kl. Stube an 1 o. 2 Herrn z. vm. Merkel, Dresdenerstr. 134. 1273b

Schlafst. l. H., Dresdnerstr. 22 III bei Barnick. 1272b

Charlottenburg. Christstr. 20, Laufseite nahe Westend, schöner Laden m. Wohn. u. gr. Keller sof. bill. z. v.

Schlafst. f. Herrn, sep. Eing., Kottbuserstr. 2, H. r. 3 Tr. Pawlak.

Frdl. möbl. Schlafst. verm. Wwe. Gosiniak, Wahlmannstr. 35, v. 4 Tr.

Bill. Schlafst. f. 2 H. Manteuffelstraße 50, v. 2 Tr. Wwe. Linke.

2. Wahlkreis.
Am Dienstag, 30. März, abends 8½ Uhr, in Habel's Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5—7:
Partei-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Richard Fischer** über: **„Reaktionäre Pläne".** 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die diesjährige Maifeier. Wahl eines Komitees. 211/8
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Vertrauensperson.

Zentralverein der Bildhauer.
Dienstag, den 30. März 1897, abends 8½ Uhr, Annenstraße 16:
Versammlung.
Tagesordnung: Wie verhalten sich die Kollegen zu der weiteren freien Zustellung der Bildhauer-Zeitung? Geschäftliches. Verschiedenes. 21/12

Achtung! **Arbeiterinnen.** Achtung!
Mittwoch, den 31. März, abends präzise 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
sämmtlicher in
Buchbindereien-, Kontobuch-, Album-, Ledergalanteriewaaren, Luxuspapier- und Kartonfabriken beschäftigten Arbeiterinnen
in den Arminhallen, Kommandantenstrasse No. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Stellung der Frau in der Familie und als gewerbliche Arbeiterin". Referentin: Fräul. **Ottilie Baader.** 2. Diskussion. 3. Werkstubenangelegenheiten und Verschiedenes. 26/1
Kolleginnen! Wir richten hiermit an Euch die dringende Aufforderung, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Einberuferin.

Tapezirer.
Allgem. deutscher Tapezirer-Verein (Filiale Süd).
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 31. März, abends 8½ Uhr, bei Zubeil, Lindenstr. 106.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl. 4. Verschiedenes.
(Filiale Nord):
Donnerstag, den 1. April, abends 8½ Uhr, bei **Babiel,** Rosenthalerstr. 57
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwarten **Die Ortsverwaltungen.**
Am Sonnabend, den 3. April, findet in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, das **8. Stiftungsfest** statt.

Beim bevorstehenden **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof I. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 7, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14. — **Gesundbrunnen:** Wilh. Gaßmann, Grünthalerstr. 64. — **Rosenthaler Vorstadt:** Gustav Rosenthal, Gransеerstr. 6. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringerstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringerstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Jägerstr. 70, II. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx ꝛc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Alleinige Schlafst., Geg. Halleſches Thor, s. Weitzel, Bülowstr. 91, 4 Tr.

Frdl. Schlafst. Mariannenstr. 8, v. 2 Tr. r. 1287b

Arbeitsmarkt.

Für die geschäftliche Leitung des Verlags und der Expedition eines tägl. erscheinenden Blattes wird eine geeignete Persönlichkeit gesucht. Offerten unter Angabe der bisherigen Thätigkeit und event. der Gehaltsansprüche sind umgehend an R. Assmann, Braunschweig, Gördelingerstr. 41, zu senden. *

Lehrmädchen
für Putzfedern gegen sofortiges Gehalt und dauernder Beschäftigung verlangt 1153b **Adolf Rosen,**
Gertraudtenstraße Nr. 23.

Versilberin. Farbigmacherin verl. Kretschmann, Köpnickerstr. 109a.

Plätterinnen auf geschweifte und gerade Umlegekragen in und außer dem Hause sucht [1239b **M. Treppe,** Lothringerstr. 16 Qg. IV.

Knaben-Waschblousen-
Arbeiterinnen, für einfachen bis feinsten Genre verlangen bei hohen Löhnen H. u. M. Jacobsohn, Spittelmarkt 14, 1 Tr. Meldung Nachm. 3—6 Uhr. [1128b

Tüchtigen Dirigenten
sucht älterer Männergesang-Verein für Dienstags. Adr. an **Franz Wedemeier.** Manteuffelstr. 62. 1290b

Schweiz.
Glasbläser gesucht.
Vorarbeiter für größere Glasbläserei für dauernde Stellung bei gutem Lohn gesucht. Offerten mit Angabe der Lohnansprüche sub Chiffre OF 1302 an **Orell Füßli,** Annoncen, **Zürich.**

Techn. Xylographen
finden auch außerhalb meines Ateliers lohnende Arbeit. 1270b
Rich. Boug, Potsdamerstr. 88.

Ein sehr geübter Karton-Pappenzuschneider u. Riner bei hohem Lohn wird verlangt. Offerten an die Exped. unter Chiffre A. 60.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Ein Erfolg der Organisation.

London, Ende März.

Die Krisis in den nord-englischen Schiffsbau-Werkstätten ist bis auf weiteres abgewendet. An die Stelle von Drohungen sind die Präliminarien zu friedlichen Konferenzen getreten. Zwei Umstände haben zu diesem Resultat vorwiegend beigetragen: die Uneinigkeit in den Reihen der Unternehmer und die feste Haltung der Amalgamirten Maschinenbauer-Gewerkschaft, die selbst wieder ermöglicht war durch den guten Stand dieser Gewerkschaft und die günstige Lage der Eisenindustrie.

Nicht nur wegen der großen Zahl der interessirten Arbeiter, sondern auch wegen der Natur der Kriegsführung darf die Bewegung, um die es sich hier handelt, das Interesse der gesammten Arbeiterwelt beanspruchen.

Es handelt sich für die Amalgamirten Maschinenbauer, nachdem die Lohnfrage im wesentlichen durch Vergleich erledigt worden war, um einen Kampf gegen das Einnisten der Ueberzeitarbeit, um die Wiederherstellung des neunstündigen Arbeitstages. Daneben spielen Fragen der Abgrenzung der Arbeitssphären zwischen verschiedenen Arbeiterkategorien, von denen die einen dem Amalgamirten Maschinenbauer-Verein, die anderen meist dem Bunde föderirter Metallarbeiter von Nord-England angehören. Zwei Momente sind bei diesen Kämpfen um Arbeitsabgrenzung maßgebend. Erstens das Kasseninteresse der streitenden Gewerkschaften: je mehr Beschäftigungen eine Gewerkschaft für die von ihr vertretenen Arbeiterkategorien beanspruchen kann, um so geringer natürlich die Zahl ihrer Arbeitslosen. Zweitens Tariffragen. Je nach der Klasse von Arbeitern, der die bestrittene Arbeit zuertheilt wird, fällt sie unter einen andern Tarif oder unter eine andere Rubrik eines allgemeinen Tarifs. Diese Kämpfe repräsentiren so gleichzeitig ein Stück Zunftgeist wie ein solches sehr moderner Entwicklung, sie setzen einen ziemlichen Höhegrad gewerkschaftlicher Organisation voraus. Sie sind besonders häufig an der Nordostküste von England, am Tyne und Tees, wo sie Ausstände von monatelanger Dauer verursacht haben, seltener dagegen am Clyde und in Belfast.

Diesem Umstand ist es wahrscheinlich geschuldet, daß in den letztgenannten Distrikten die Unternehmerfirmen im Stillen gegen die von Newcastle aus befürworteten Aussperrungen revoltirt haben. Am vorletzten Sonnabend sollte nach Beschluß des Unternehmerbundes im ganzen Bundesgebiet einem Viertel der beschäftigten Mitglieder des Amalgamirten Maschinenbauervereins gekündigt werden, und so von Sonnabend zu Sonnabend weiter, bis schließlich der ganze Verein ausgesperrt wäre. Dessen Leitung gab dagegen die Ordre aus, daß, wo solche Partialkündigungen erfolgten, sämmtliche andern Vereinsmitglieder sie ihrerseits mit der sofortigen Kündigung beantworten sollten. Es ist dies als ein taktischer Mißgriff bezeichnet worden, weil die Ausführung der Ordre die Aussperrung in einen Streik verwandelt und so die Unternehmer in die Lage gebracht hätte, ihren Bestellern gegenüber sich auf die jetzt in fast allen Kontrakten vorgesehenen Streikvorbehalte zu berufen. Indessen ist das Interesse der Unternehmer selbst auch in diesem Punkt getheilt. Weil es sich nicht um einen Konflikt mit allen organisirten Arbeitern des Gewerbes, sondern nur mit jener der Organisationen handelt, würden bei Ausstand dieser je nach der Zusammensetzung ihres Personals die einen Unternehmer ihren Betrieb völlig einzustellen, andere ihn dagegen nur etwas zu reduziren gehabt haben. Damit wären die ersteren sehr benachtheiligt gewesen, denn die Streikvorbehalte in den Kontrakten schützen blos vor Konventionalstrafen wegen verspäteter Ablieferung, entschädigen aber nicht für entgangene Profite und Neu-Aufträge. So kam es, daß Firmen, auf deren Werken die Amalgamirten Maschinenbauer besonders stark sind, wie u. a. die großen Schiffsbaufirmen Harland und Wolff in Belfast, sich nicht dazu entschließen konnten, die Kündigungen ergehen zu lassen. Konnten aber die Unternehmer den Amalgamirten Maschinenbauern keine geeinte Front darbieten, so war bei deren reichen Kampfmitteln an einen baldigen Sieg garnicht zu denken. Und diese Einsicht hat den Kampf, noch ehe er ausgebrochen, zum Vortheil der Arbeiterorganisation entschieden. Der Amalgamirte Maschinenbauerverein hat gegenwärtig 88 614 zahlende Mitglieder. Davon entfallen auf die vom Konflikt betroffenen Distrikte rund 15 000. Wenn alle diese streikten, hätte der Verein bei 10 Schillingen Streikgeld die Woche wöchentlich 7500 Pfund für sie aufzubringen gehabt. Dazu etwa 1000 Pfund für sonstige Arbeitslose. Er hatte nun bereits neben dem regelmäßigen Beitrag von 1 Schilling die Woche eine Extra-Streiksteuer von 9 Pence ausgeschrieben, so daß er während der Streikzeit auf eine Wocheneinnahme von 88 600—17 000 = 71 600 mal 1 Schilling 9 Pence, d. h. rund 6265 Pfund rechnen konnte, dies würde ein Wochendefizit von 2235 Pfund ergeben, das aber dem Verein keine Kopfschmerzen machte, denn sein Kapitalvermögen ist jetzt wieder auf über 300 000 Pfund Sterling angewachsen. Mit solchen Mitteln läßt sich etwas anfangen. Ohne Appelle an Außenstehende, ohne große Aufregung der Masse seiner Mitglieder konnte er den Kampf wochen-, monatelang führen.

Und so haben es die Unternehmer für gut gehalten, von ihrer hohen Position etwas herunterzusteigen. Das schon gemeldete Anerbieten des Konkurrenz-Vereins der Amalgamirten Maschinenbauer, auf Beschäftigung des von diesem beanstandeten Arbeiters in Sunderland vorläufig zu verzichten, bot ihnen die günstige Gelegenheit, dies mit Anstand zu vollführen. Am 23. März waren sie in Carlisle zur Konferenz zusammen, und das Resultat ihrer Berathungen war, daß die Kündigungen jetzt zurückgenommen sind. Es wird eine Zusammenkunft von Vertretern des Unternehmerverbandes und der organisirten Arbeiter stattfinden, um über die verschiedenen Streitpunkte „friedlich" zu verhandeln.

Was diese Verhandlungen auch bringen werden, es ist nicht zu viel, schon jetzt von einem Siege der Arbeiterorganisation zu sprechen — ein Sieg, der darum nicht weniger glorreich ist, weil er ein in jeder Hinsicht unblutiger ist.

Rechtzeitige Opfer und umsichtiges Handeln haben erzielt, was melodramatisches Heldenthum in neun von zehn Fällen nicht durchzusetzen vermag.

Als charakteristisch dafür, wie unter diesen Umständen Unternehmerverband und Gewerkschaft miteinander verkehrten, mag hier der Briefwechsel folgen, der den vorläufigen Abschluß der Krisis markirt.

1. Brief des Unternehmerverbandes an die Gewerkschaft:

„Verband der Maschinenbau-Unternehmer-Vereine.

Herrn George M. Barnes, Generalsekretär
des Amalgamirten Maschinenbauer-Vereins.

Werther Herr! Unter Bezugnahme auf die Telegramme, die zwischen Ihrem Verein und dem Bunde der föderirten Schiffs- und Maschinenbau-Gewerkschaften ausgetauscht und gestern in der Tagespresse veröffentlicht worden sind, sind die verbündeten Unternehmer der Ansicht, daß der dort gemachte Vorschlag geeignet ist, das Hinderniß, das einer gemeinsamen Berathung mit Ihrem Verein im Wege ist, zu beseitigen. Sie sind daher bereit, ihn zu akzeptiren, wobei ausgemacht sein soll, daß während der Dauer der Verhandlungen alle Maschinen in den Vallion-Werkstätten*), über die Streitfragen obwalten, unbeschadet aller Ansprüche der beiden Parteien, still stehen sollen. Wenn wir bis nächsten Freitag von Ihnen hören, daß Sie zu einer gemeinsamen Konferenz auf der Grundlage unseres Briefes vom 26. v. M. bereit sind, so werden die Kündigungen für die Dauer der Verhandlungen aufgehoben werden.

*) Eben das Werk in Sunderland, von dem oben die Rede war.

Die Unternehmer sind bei diesem Schritt von dem ernsthaften Wunsch beseelt, wenn möglich die Verluste und Leiden, die eine allgemeine Stillsetzung der Werke im Gefolge haben müßte, vermeidlich zu machen und zu beweisen, daß es nicht ihre Absicht ist, einem Kampf zuzutreiben, bevor sie alle vernünftigen Mittel zu seiner Abwendung versucht haben. Wir hoffen aufrichtig, daß auf der vorgeschlagenen Konferenz die Verhandlungen beiderseitig in freundschaftlichem Geiste geführt, sowie daß Mittel ausgefunden werden, die allen Schwierigkeiten und Reibereien, welche zur Zeit das Geschäft so ernstlich beeinträchtigen und hemmen, ein Ende machen, und daß ein besseres und dauerndes Einvernehmen erzielt werde.

Aufrichtig die Ihrigen
Thomas Biggart }
James Robinson } Sekretäre."

2. Antwort des Gewerkschaftssekretärs an die Unternehmer.

„Amalgamirter Verein der Maschinenbauer.

Werthe Herren! Ihr gestriges Schreiben ist von dem Vollziehungskomitee des obigen Vereins zur Kenntniß genommen worden. Als Ergebniß desselben habe ich den Auftrag, Ihnen mitzutheilen, daß wir dem Vorschlag einer Konferenz zustimmen und damit einverstanden sind, daß die Maschinen auf den Vallion-Werken in Sunderland während der Dauer der Verhandlungen ohne Präjudiz still gesetzt werden.

Gleichzeitig habe ich Ihnen mitzutheilen, daß letzten Montag gegen 12 Mann in Barrow entlassen wurden, weil sie sich weigerten, am Vorabend einer Aussperrung Ueberzeit zu arbeiten. Wir erwarten selbstverständlich, daß diese Leute wieder eingestellt werden und daß ebenso die Arbeiter, die vor dem Ausbruch der Streitigkeiten auf den Vallion-Werken an den Maschinen gearbeitet haben, „über die Streitfragen obwalten", bei Wiederaufnahme der Arbeit Beschäftigung zugewiesen erhalten.

Wir übernehmen es unsererseits, das im Hinblick auf die angekündigte Aussperrung gegebene Verbot des Ueberzeitarbeitens zurückzunehmen, sowie die anderen Bedingungen Ihres Briefes vom 26. Februar zu erfüllen.

Bitte geben Sie uns einige Tage vorher Nachricht über Zeit und Ort der Zusammenkunft, sowie über die Zahl Ihrer Vertreter.

Aufrichtig der Ihrige
G. H. Barnes."

Die hochtönendsten Schlagworte, die ausgesuchtesten Beleidigungen würden nicht so eindrucksvoll die Macht der Organisation predigen, wie die schöne Vereinigung von Festigkeit und Höflichkeit, wie sie aus der Antwort des Gewerkschaftssekretärs auf den von Betheuerungen überfließenden Brief einer Verbindung heraustönt, die ein Kapital von weit über hundert Millionen Pfund Sterling repräsentirt.

Allerdings ist die Konjunktur den Arbeitern überaus günstig. Aber selbst die beste Konjunktur kann ungenügend und selbst falsch ausgenützt werden, wenn sie die Arbeiter ungenügend organisirt findet. Gerade der Umstand giebt dem Kampf der amalgamirten Gewerkschaft seine Bedeutung, daß er hauptsächlich darauf abzielt, durch Beseitigung der Ueberzeitarbeit in der guten Konjunktur Grund zu legen für möglichst gute Ueberwindung der nicht ausbleibenden Zeit des Rückschlages. —

Versammlungen.

Die Holzarbeiter hatten am 25. März in Keller's Festsälen eine Versammlung einberufen, die leider nur mäßig besucht war. Nach einem Referat des Genossen R. Schmidt über das Thema: Sozialpolitische Tagesfragen, wurde von dem Revisor Klinger die Abrechnung des Vertrauensmannes verlesen. Die Einnahmen vom 1. Juli 1896 bis gegenwärtig beliefen sich auf 286,71 M. und die Ausgaben auf 167,85 M.; mithin ist ein Bestand von 118,86 M. vorhanden. Dem Vertrauensmann wurde Decharge ertheilt und bei der Neuwahl Otto Klinger mit diesem Posten betraut. Zu Revisoren ernannte die Versammlung Weber und Manz und in die Gewerkschaftskommission wurde Hentschke und Klinger gewählt. Hierauf behandelte Glocke die Stellung zur Maifeier; er ist der Meinung, daß die Holzarbeiter sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission anschließen werden und die Feier den Charakter wie im Vorjahre annehmen müsse. Da, wo die Möglichkeit geboten ist, sollte die Arbeitsruhe eintreten und die Arbeiter sich an der Versammlung am Vormittag betheiligen. Die Durchführung der Arbeitsruhe werde sich in diesem Jahre schwieriger gestalten, da der 1. Mai auf den Sonnabend fällt. Redner empfahl deshalb, dahin zu wirken, daß am Freitag die Lohnzahlung eintritt. Ein Widerspruch gegen diese Vorschläge erhob sich nicht, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Die Schlosser und Maschinenbauer hielten am Sonntag im Konzerthaus Sanssouci eine sehr gut besuchte Versammlung ab, wo Genosse Bebel unter großem Beifall einen Vortrag hielt. Er führte den Versammelten auf grund statistischen Materials ein anschauliches Bild vor Augen von dem Verfall des Handwerks und der Entwickelung der Großindustrie, wobei er insbesondere durch interessante Einzelheiten den Entwickelungsgang des Schlossergewerbes illustrirte. Der Redner legte weiter dar, wie nothwendig die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter sei; er wies darauf hin, daß die großen Ausstände des letzten Jahre hauptsächlich deshalb so ungünstig verlaufen seien, weil sie von einer größtentheils unorganisirten Masse geführt wurden. Genosse Bebel erinnerte daran, daß die Unternehmer viel mehr Klassenbewußtsein bekunden und eine bessere Organisation hätten wie die Arbeiter, und ersucht die letzteren, soweit sie noch nicht organisirt sind, die Worte eines englischen Ministers zu beherzigen, welche derselbe kürzlich zu einer Arbeiterdeputation gesagt hat: Er wünsche den Tag herbei, an welchem es keinen Arbeiter mehr gebe, der nicht organisirt sei. Nachdem Lüning und Delius gleichfalls ihre Kollegen zum Anschluß an die Organisation gemahnt hatten, betrat Dr. Ruhland vom Bunde der Landwirthe das Podium, um den Versammelten das alte Märchen von der Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter aufzutischen. Er pries das gute Verhältniß, welches auf der kaiserlichen Werft zwischen Beamten und Arbeitern herrschen soll und führte zum Beweise dafür an, daß die Kieler Werftarbeiter, obwohl größtentheils der Sozialdemokratie angehörend, den Wohlfahrtseinrichtungen des Unternehmens (Kantine und Konsumverein) sehr sympathisch gegenüberständen. Ehe die Arbeiter Kampforganisationen gründen, sollten sie doch erst den Versuch machen, mit den Unternehmern Hand in Hand zu gehen und eine Versöhnung der Gegensätze herbeizuführen. Sehr treffend bemerkte Genosse Bebel zu den Ausführungen dieses Redners, daß er, seiner Rede nach zu urtheilen, vom praktischen Leben nichts verstehe. Wenn er die Berliner Verhältnisse kennen würde, dann müßte er wissen, daß die Organisation der hier Versammelten nur durch die Provokation der Unternehmer entstanden sei. Der Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern werde nicht durch den bösen Willen der esteren, sondern durch die sozialen Verhältnisse hervorgerufen. Bezüglich des vom Vorredner gerühmten guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Beamten der Kieler Werft sei zwar zugegeben, daß die Marinebehörden die von ihnen beschäftigten Arbeiter humaner behandeln, wie beispielsweise die Eisenbahn-Verwaltung, doch werde auch über erstere — wie die neulichen Verhandlungen im Reichstage bewiesen hätten — vielfach Klage geführt. Wie im übrigen die Staatsbehörden, wo sie als Arbeitgeber auftreten, die Arbeiter und deren politische und gewerkschaftliche Bestrebungen behandeln, dafür führte Genosse Bebel eine Reihe bekannter Thatsachen an, denen gegenüber nur ein naives Gemüth von Versöhnung reden könne. Nachdem noch einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen hatten, ging die Versammlung zur Besprechung der in der Fabrik von Förster u. Runge herrschenden Mißstände über. Von mehreren Seiten wurde geklagt über mangelhafte Werkstatteinrichtungen, Uebelstände in hygienischer Beziehung und niedrige Löhne, die sich sehr häufig zwischen 12 und 14 Mark bewegen sollen. Die Schuld an einem Theil der gerügten Mißstände wurde dem Meister Zubeil zugemessen, der zu der Versammlung eingeladen aber nicht erschienen war. Im Laufe der Debatte machte Sinzel dem früheren Werkstatt-Vertrauensmann Lubatsch den Vorwurf, daß er die beregten Mißstände nicht schon früher öffentlich zur Sprache gebracht habe, was dieser damit rechtfertigte, daß das betreffende Material schon seit längerer Zeit der Agitations-Kommission vorgelegen habe. Nach längerer Debatte wurde dieser Gegenstand, ohne daß man einen Beschluß über denselben faßte, verlassen. Dann wurde Berndt als zweiter Vertrauensmann für den Norden gewählt.

Mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den königl. Eisenbahn-Werkstätten beschäftigte sich am Sonntag in den Konkordia-Sälen eine Gewerkvereinsversammlung (Hirsch-Duncker) des Ortsverbandes der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Merkwürdigerweise fehlten hierbei die bei dieser Frage am meisten interessirten Arbeiter, was seinen Grund darin hatte, daß die Eisenbahn-Werkstätten-Inspektionen theils direkt, theils indirekt ihren Arbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung den Besuch der Versammlung verboten hatten. Dagegen waren die Werkstättenvorsteher sämmtlicher Berliner Inspektionen zur Stelle. Nach einem Vortrage des Maschinenbauers R. Klein und reger Debatte, an der sich auch einige Werkstättenvorsteher betheiligten, wurde die Absendung einer Petition an den Eisenbahnminister beschlossen, die folgende Punkte enthält: 1. Einführung der 14tägigen Lohnzahlung in allen Werkstätten, wenn möglich am Freitag. 2. Erhöhung der Lohnsätze, weil die bis jetzt gezahlten Löhne von 2,80 und 2,50 M. pro Tag ungenügend sind für gelernte Arbeiter. 3. Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. 4. Einschränkung des Lehrlingswesens in Staatswerkstätten. 5. Aushängung der Akkordsätze an augenfälliger Stelle der Werkstätten. 6. In Rücksicht auf das direkt ausgesprochene Verbot der Inspektion II Berlin, welches den Besuch der Versammlung mit sofortiger Entlassung bedrohte, wird der Minister gebeten, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewährleisten.

Die Müllerei-Arbeiter nahmen in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag den Bericht ihres Vertrauensmannes entgegen. Derselbe weist eine Einnahme von 25,10 M., eine Ausgabe von 20,90 M. und einen Bestand von 4,20 M. auf. Der Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission gab einem der Anwesenden, der übrigens gar kein Müller ist, Veranlassung, in einer langen Rede eine sehr abfällige Kritik an der Gewerkschafts-Kommission zu üben wegen der Stellung, welche dieselbe neuerdings hinsichtlich der Bewilligung von Streiks eingenommen hat, sowie wegen angeblicher Bevormundung der Zentralorganisationen und noch mancher anderen Sachen. Die Ausführungen des Redners bewiesen, daß er weder mit der gewerkschaftlichen Bewegung, noch mit der Thätigkeit und den Aufgaben der Gewerkschafts-Kommission vertraut ist. Von Wittmann und auch von anderer Seite wurde dem Redner indeß nachgewiesen, daß seine Ausstellungen unzutreffend wären und auf falschen Voraussetzungen beruhten. Es sollte nun die Wahl eines Vertrauensmannes, der gleichzeitig als Delegirter zur Gewerkschafts-Kommission zu fungiren hat, vorgenommen werden. In der von 30 bis 40 Personen besuchten Versammlung wollte sich jedoch niemand zur Annahme dieses Amtes bereit finden. Als man nach Erledigung einiger anderer Punkte wieder zu diesem Gegenstand zurückkam, ließ sich Krause bewegen, das Amt des Vertrauensmannes anzunehmen, aber ohne die Vertretung in der Gewerkschaftskommission, welcher Posten also vorläufig nicht besetzt ist. Unter „Verschiedenem" wurde mitgetheilt, daß die Arbeitszeit der Müllereiarbeiter, die in Berlin 12 bis 14 Stunden beträgt, in den „Neuen Bem[illegible]" in der Schlesischen Straße neuerdings auf 16 Stunden verlängert worden ist und zwar bei einem Stundenlohn von 25—30 Pf. In den Mühlenbetrieben der Provinz soll sogar eine 18stündige Arbeitszeit die Regel bilden.

Die Brauerei-Hilfsarbeiter waren am Sonntag Nachmittag nur mäßig im Englischen Garten versammelt, woselbst Schüler die Vortheile der seit fünf Jahren bestehenden Organisation obiger Arbeiter besprach, bedauernd, daß so viele der alten Kämpfer sich zurückgezogen und jede agitatorische Thätigkeit vermissen lassen. Nachdem Redner den 24er Bierboykott mit seinem Kampf gegen das Großkapital gestreift und auf das damals errungene Ansehen der Organisation hingewiesen, in die von gewissen Elementen jedoch später Keile getrieben wurden, verbreitete er sich über die nach dem Boykott wahrgenommenen Mißstände und Entlassungen in der Brauerei Pichelsdorf. Obwohl man versichert, die Entlassenen wieder einzustellen, sei dies nur zum Theil geschehen; allgemein aber seien die Klagen über das Verhalten des Inspektors, der an verletzenden und beleidigenden Aeußerungen und Titulaturen den Arbeitern gegenüber nie fehlen ließ. Als einen Akt der Inhumanität bezeichnete Referent die Maßnahme der Direktion der Germania-Brauerei, nach welcher ein seit langem dort beschäftigter Arbeiter wegen Krankheit entlassen wurde mit dem Vermerk auf dem Entlassungsschein, daß er stets zur Zufriedenheit gearbeitet jedoch wegen „andauernder" Krankheit Entlassung erfolgte. Durch sich anschließende Debatte war eine äußerst umfangreiche. Sappach, der die Ausführungen des Vorredners noch wesentlich ergänzte, rügt äußerst scharf, daß Bierkutscher der Pichelsdorfer Brauerei es ablehnen, Organisirte als Mitfahrer anzunehmen. Auch über das Münchener Brauhaus und Brauerei Patzenhofer wurden Klagen laut; in letzterer seien es hauptsächlich die Hofarbeiter, die unter Mißständen zu leiden haben. Von der Kaiser-Brauerei (Charlottenburg) wird berichtet, daß Hilfsarbeiter die Arbeiten der Burschen verrichten müssen; Pausen seien hier wenige und werden Ueberstunden ungenügend bezahlt. Westphal, einer der als „unliebsam" — wie er selbst anführt — Entlassenen, obwohl Arbeitsmangel vorgeschoben sei, erläuterte in langen Ausführungen das Verhalten des Herrn Direktors Hoffmann-Pichelsdorf. Vor dem Kartell in Spandau habe letzterer Zugeständnisse gemacht, die er nicht gehalten habe. In einer Volksversammlung den Sachverhalt vorlegend, sei er später wegen Beleidigung des Direktors F. von diesem angeklagt und in erster Instanz zu fünf Wochen Gefängniß vertheilt worden. Nachdem noch Schüler die Abschaffung der Fronarbeit in den Brauereibetrieben dringlichst gefordert, erstattet Sappach Bericht über die Gewerkschaftskommission, alsdann in Amt niederlegend, an dessen Stelle Krummbach gewählt wurde.

Arbeiter-Bildungsschr. Dienstag Abend von 9—10½ Uhr: Südost-Schule Waldemarstr. 14: [illegible] (Die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. — Aufsatzlehre.) Herr Heinrich Schulz. — Nordschule, Brunnenstr.: Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirthschaftsstufen-Entwickelung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Werth- und Mehrwerthlehre) Herr Dr. Konrad Schmidt.

Die Lesehalle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 6—9 Uhr, Sonntags von 4—9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstraße 25, die den Vereinsvorständen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6—9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Ost und Umgegend. Vorsitzender Rd. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Montrusselstr. 49, 1 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof, 4 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, zu richten an P. Genz, S. Dresdenerstraße 107/8.

Zentralverein der Bildhr. (Heute, abends 8½ Uhr: Versammlung (Siehe Inserat.)

Pr.-Sh.-G. „Concordia". Sitzung heute Abend 9 Uhr bei Scholz, Elisabethstr. 50.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren für Händler, Restaurateure und Wiederverkäufer! Permanentes Lager von über **1 000 000** gelagerter Cigarren in vorzüglicher Qualität und gediegener solider Arbeit, sowie in allen Façons von **Mark 22,– pro Mille** an. 13212*
Ausstellungen, Preislisten gern zu Diensten. **E. G. Reichelt,** Rixdorf, Bergstr. 67, am Ringbahnhof.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge in Satin, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot 1 u. 2reihig von Mk. 12–27
Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagon.-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen . . . 13⁵⁰–33
Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirnstoffen, 1- und 2reihig 16–24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1- und 2reihig 18–35
Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführ. . . 20–36
Rock-Anzüge i. guten, wollen., schwarz Kammg. u. Satinstoffen, modern. Façons . . 25–38
Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig . . 30–45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Loden-, Cheviot- und Zwirnstoffen.
Havelocks, Staub- u. Reisemäntel zu den billigsten Preisen.
Maschinisten-Anzüge in allen Größen. . . von 3 Mk. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot von Mk. 5–10
Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, kleidsame Façons in großer Auswahl.
Schul-Anzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . von 5 Mk. an.

Bestellungen nach Maaß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Telephon Amt IV 447. Telephon Amt IV 447.

Begründung des Geschäfts 1878.

Färberei und chemische Waschanstalt für Herren u. Damen-Garderobe empf. all. Bef. **W. Neumann,** NO., Gollnowstr. 25 und Frankfurter Allee 86.

Verehrte Damen!

Sie kaufen bei mir die neuesten und elegantesten
Frühjahrsfaçons, Blumen, Federn, Hüte, Perlsant: Bänder, Schleier, Tülle, kurz **Alles zum Engrospreise** was zur Garnirung gehört. Federn waschen, kräuseln 25 Pf., nur kräuseln 10 Pf.
Paul Lenige, Kommandantenstr. 77/79, Laden 2, Industrie-Geb.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, ver[senden] wir zu – **anerkannt** niedrigen Preisen – **Herren-Anzug-** und **Paletotstoffe** vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an Jedermann! Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!
Monopol-Cheviot, uns. bekannte Spezialität, kostet 3½ Met. schwarz, blau od. braun zu einem gedieg. Anzug 10 [illegible].
Anerkennungsschreiben u. Nachbestellungen tägl.!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 8.
Bitten **genau** zu adressiren.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade. **J. Brünn** **Am Stadtbahnhof „Börse".**

Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Dr. med. Rothschild wohnt jetzt **Rixdorf, Bergstr. 47. II,** gegenüber d. alten Wohnung.

Rohtabak

Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämmtliche **Fabrikations-Utensilien.**
(Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preis-Verzeichniß. 10682*
Heinrich Franck,
Nr. 185. Brunnenstr. Nr. 185.

Möbel-Kaufgelegenheit,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem Möbelspeicher, Neue Königstraße 59, und **Möbel-Magazin, Gneisenaustraße 15,** sollen viele Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch große Gelegenheitseinkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis [1]000 Mark, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspind 15 Mark, Kommoden, Küchenspind 12, Stühle 2 Mark, Nußbaum-Kleiderspinden, Verticows 36 M., Muschelspinden 35, Bettstellen mit Matratzen 18, Sophas 18, Säulenspinden, hochelegant, Trumeaux mit Säulen und Krystallglas 60, Buffets in allen Größen, Herrenschreibtisch, Damenschreibtische, Schreibsekretär 30, Garnituren 60 Mark, Paneelsophas, Bücherspinden, Frisirtoiletten, Chaiselongues, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Vollständig ausgestatteter, dekorirter Salon, Speisezimmer und englisches Schlafzimmer stets zur Ansicht. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb.

Achtung! Achtung! **Künstliche Zähne** von 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. *) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

6 Pfund Brot für 50 Pfg. liefert **Albrecht's Bäckerei,** Falckensteinstr. 28. Langestr. 26. Wrangelstr. 8. Lausitzerstr. 2.

Stempel-Fabrik von **Robert Hecht,** Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner,** Neue Königstr. 17. Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten u. ein leichter Erwerbszweig f. Männer, Frauen und Posam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **A. Homburger,** Heiligegeiststraße 49, Berlin. Nachmittags. *

Möbel-Magazin Berlin NW., Bremerstrasse 67. **Oto & Slotawa,** Tischlermeister. 2. Geschäft: Gotzkowskystrasse 3. **Sarg-Magazin** und Beerdigungs-Comtoir.

Hochzeits-Geschenke.
Einzel-Verkauf von **Uhren u. Goldwaren** zu Fabrik-Preisen.
C. Giesen, Oranienstr. 171 (Eingang am Flur).
Pathen-Geschenke.

Auf der Stelle getödtet

wird jede Wanze mit sammt der Brut durch das konzetrirte Wanzen-Fluid, eine Flüssigkeit, welche durchaus sicher wirkt und nirgends Flecke verursacht. Das uns schon lange bekannte erfolgreiche Mittel erhält man ebenso wie die radikal wirkenden Spezialmittel gegen Schwaben und Motten unter Garantie nur beim Erfinder selbst, Herrn [O]tto Reichel, Eisenbahnstraße 4, in Flaschen zu 50 Pfg., 1, 2 und M. nebst Spritzapparat für 50 Pfg., und wird jede schriftliche oder telephische Bestellung hierselbst überallhin frei zugesandt.

Wolff's Kattun-Fabrik
Nieder-Schönweide.
Station Oberspree.

Wegen Inventur und Uebergabe [der] Fabrik bleiben die Geschäftsräume für den Detailverkauf am [30.] und 31. März d. J. geschlossen. – Die großen Bestände, wie bereits sämmtliche Neuheiten der Saison enthalten, werden [s. Z.] der neuen Inhaberin vom 1. April ab zum Verkauf gestellt. 138/20

13618* **Schlafsophas,** Sitzauszug, große Auswahl, von 33 Mark, Paneelsopha's mit Schnitzerei 75, Plüschgarnituren, alle Farben, 100, Ruhebetten nebst Decke 33, Bettstellen (Federmatratze) 30, Marmortoiletten 27, Wäschespinden, Kleiderspinden, einfach 20, Mahagoni, Nußbaum 36, Kommoden 16, Sophatische 10, Ausziehtische 16, Küchenspinden 15, Rohrstühle 2½, Bücherspinden 60, Schreibtische, Buffets, Trumeaux, Pianos allerbilligst. Möbel gegen Ratenzahlung unter solidesten Bedingungen. Schier, Möbelfabrik, Neanderstr. 13.

Sophastoffe und **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! **Proben franko!**
[Port]iersstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
[Emi]l Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Actienbrauerei Hohen-Schönhausen
Hohen-Schönhausen bei Berlin NO.

Telephon: Amt Friedrichsberg, No. 83.
Den Herren Gastwirthen empfehlen wir unsere aus den besten Materialien hergestellten, wohlschmeckenden und gutbekömmlichen Biere und zwar:
Lagerbier (goldgelb),
Pilsener Bier (hell, nach Pilsener Art),
Exportbier (dunkel, nach Münchener Art)
in amtlich geaichten Gebinden zum Nettopreise
von 15 Pf. per Liter
frei Haus resp. frei Bahnhof Berlin.
Auf die vielfachen, von Privaten an uns ergangenen Anfragen erwidern ergebenst, daß wir **unsere Biere, auf Flaschen gezogen, nicht abgeben.**

Die Direktion:
Wilh. Starck. Siebert.

Brauerei Stralau

13482*] Dr. W. Frentzel.
Wir empfehlen unsere vorzüglich eingebrauten Biere:
Lagerbier (goldfarben)
Versandbier (nach Münchener Art)
Saazerbräu (nach Pilsener Art)
in Gebinden und Flaschen (letztere ohne Pfand).

Musikautomat
en, staunend billig [1026L*
G. Schubert & Co.,
Berlin SW., Beuthstr. 17, I. (Kein Laden.)

Betten, Steppdeck., Gardin., Vorhären, Stores, Sommerpaletots, Wäsche, Anzüge, Hosen, Regulator, Remontoiruhr., Goldwaar. spottb. **Pfandleihe Neanderstr. 6.** *

Wichtig für Brautleute!
Wegen Ersparniß der Ladenmiethe verkaufe **Möbel,** Spiegel, Polsterwaaren bedeutend billiger. Die Arbeiten werden a. bestem Material angefertigt.
Buckow, Tischlermeister, Invalidenstraße 13. *

Wohnungseinrichtung. *
Nußbaum, neu, bestellte Arbeit, billigst verkäuflich, Admiralstr. 8, vorn I lks.

Gr. Möbelverkauf

wegen Umzugs des Möbelspeichers **Rosenthalerstr. 13.** Um die ganz bedeutenden Transportkosten zu ersparen, verkaufe ich jetzt zu jedem annehmbaren Preise. Zum Umzuge und für Brautleute ist somit Gelegenheit gegeben, ganze Ausstattungen, sowie einzelne Stücke ganz besonders billig einzukaufen. Es stehen viele einfache, mittlere u. hochelegante Einrichtungen am Lager, auch gelegentlich angekaufte herrschaftliche Möbel, sehr billig. Verliehen gewesene und gebrauchte Möbel spottbillig: Kleiderspinden 15, Kommoden 10, Küchenspinden 10, Stühle 2, Bettstellen mit Sprungfedermatratzen 18, 23, 30, Trumeaux 50, 60, Buffets, Zylinderbureaux, eleg. echt nußb. Damenschreibtische 40, 60, Garnituren 50, 70, Spiegel in allen Arten und Größen, Frisir-Toiletten, Sophas 16, 23, 36 M. x. Eigene Tapezier- u. Dekor.-Werkstatt, vier große Möbel-Lagerräume. Einrichtungen auch auf Theilzahlung. Beamten ohne Anzahlung. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben, werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und in der Wohnung aufgestellt, auch außerhalb. *

Sophastoff-Reste
zu Bezügen ausreichend, in Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch, sowie Satteltaschen spottbillig.
J. Adler,
10552* Teppich-Haus.
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrirte Preislisten gratis u. franko.

Platin-Linke
Chausseestr. 49/50 zahlt heute, ebenso wie früher, die höchsten Preise. [1117b

Gardinen-Rester-Ausverkauf
älterer Muster in weiß und crême zu 1–4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager Berlin O., Grüner Weg Nr. 80** part., Eing. vom Flur (**kein Laden**). Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

Fahrräder, Herrenrower, Tourenrower, Damenrower bill. Kasse. Theilz. gestatt. Brunnenstr. 10, I.

Nußbaum-Möbel *
ganze Wirthschaft verkäuflich **Waldemarstr. 68,** vorn 1 Tr.

Möbel billig, Ostbahn-Gebäude am Küstriner Platz. *

Für 36 Mark
liefern feinen Anzug n. Maaß. Für 30 M. f. Sommer-Paletot nach Maaß. Für 8–12 M. feinste Hosen nach Maaß. **Bedeutendes Stofflager.** *
Krausenstr 14, I, kein Laden.

Möbel
auf **Theilzahlung. J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.** *

1. und 3. Osterfeiertag, sowie Sonnabend, 1. Mai, abends, zu vergeben.
B. Nieft's Festsäle, 17. Weberstr. 17. 13632*

Albrecht's Salon, Memelerstr. 67. 99328*
Vergebe meinen Saal auch Sonntags an Vereine und Gesellschaften. Sonnabends noch frei.

Verantwortlicher Redeur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.